



Forum Stadt

Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

51. Jahrgang
4|2024



Thomas Götz
Vom Agrikultursystem ins
Anthropozän: Stadt, Kultur-
landschaft und Energieregime

Alexander Valerius
Harmonie der Planer?
Städtebauliche Gemein-
schaftsideale während des
Nationalsozialismus

Rolf Monheim
Potenziale im UNESCO-Welterbe
„Altstadt von Bamberg“

Hans Schultheiß
Rassische Verfolgung
deutscher Juden in Waiblingen

Dankwart Guratzsch
Dann ist Dämmen bloß dumm

Forum Stadt
Verlag



**Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte,
Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung**

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.«
in Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,
Matthias Klopfer, Hans-Rudolf Meier, Elisabeth Merk und Jürgen Reulecke

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, Trier,
Historisches Institut

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Email: hans.schultheiss@email.de

Forum Stadt

Postfach 100355

73728 Esslingen

Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 102, - Einzelheft EUR 26, -
Vorzugspreis für Studierende EUR 64, -
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des
Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres
erfolgen und müssen bis zum 15. November des lau-
fenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder der Re-
daktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49(0)8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbe-
dingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche Ver-
lagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts.
Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Her-
stellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung
in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung
online und offline. Alle in dieser Zeitschrift veröffentli-
chten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheber-
rechts ohne schriftliche Genehmigung in irgendeiner Form
reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertra-
gen werden.

© 2024 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziolo-
gie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Inhalt 4/2024

*Abhandlungen**Thomas Götz*

- Aus dem Agrikultursystem ins Anthropozän: Stadt, „Kulturlandschaft“
und Energieregime auf dem Weg in die Gegenwart 307

Rolf Monheim

- Potenziale öffentlicher Räume im UNESCO-Welterbe
„Altstadt von Bamberg“ für die Stärkung der Innenstadtidentität 325

Alexander Valerius

- Harmonie der Planer? Gottfried Feder, Alfred Striemer,
Fritz Rechenberg und ihr städtebauliches Gemeinschaftsideal
während des Nationalsozialismus 341

Hans Schultheiß

- Rassistische Verfolgung deutscher Juden in Waiblingen 359

*Forum**Dankwart Guratzsch*

- Dann ist Dämmen bloß dumm 387

Judith Breuer

- Hinweis „Historische Altstadt“ auf touristischen Schildern 391

Autorinnen / Autoren 393

Abb. Umschlag:

Bamberg; Am Kranen mit Regnitz / Schiffslände, Dominikanerkloster und Sandviertel, im Hintergrund Kloster St. Michael; Foto: *O. Küffner, 2024*.

Hinweis zu geschlechtergerechter Sprache aus Gründen der Lesbarkeit:

Sämtliche personenbezogenen Bezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

Aus dem Agrikultursystem ins Anthropozän:

Stadt, „Kulturlandschaft“ und Energieregime auf dem Weg in die Gegenwart*

1. (Agri-)Kulturlandschaften als (Solar-)Energielandschaften

Warum Städte und ihr Umland heute so anders aussehen als noch vor 250 Jahren, war und ist Gegenstand vieler Wissenschaften, nicht zuletzt im interdisziplinären Austausch. Je nach Ausgangspunkt und Interesse wechseln Perspektive und Beleuchtung – Siedlungsforscher, Rechtshistoriker oder Stadtsoziologen schauen anders hin als Kunst- und Architekturhistoriker, als Landesplaner, Kommunalpolitiker oder Denkmalpfleger. Und schon der breit aufgestellte Stadthistoriker wird sich für einen (Haupt-)Zugang oder ein eng definiertes Ensemble von Zugängen entscheiden.

So triftig ein jeder von diesen dann sein mag – hinsichtlich der Reichweite von Erschließung und Erklärung gibt es doch Unterschiede. Eine universalhistorisch-vergleichend konzipierte (Makro-)Perspektive, um Stadt und (Um-)Land in ihrem jeweiligen Gewordensein zu begreifen, geht zuvorderst davon aus, dass alle menschlichen Gesellschaften zu ihrem Fortbestehen den materiellen Austausch mit der sie umgebenden Natur organisieren (müssen) – sie bilden ein sozialökologisches System.¹ Menschliche Populationen nach der Sesshaftungwerdung kolonisieren Natur, indem sie (kultivierte) Biomasse ernten, zu Nahrung und anderen Artefakten

* Überarbeitete und verdichtete Fassung einer (Online-)Vorlesung, die ich am 11. Januar 2024 im Rahmen des Studiums Generale „Kulturlandschaften im Wandel – Natur, Geschichte, Erbe“ an der Universität Bozen gehalten habe. Der Vortragsstil wurde über weite Strecken beibehalten; der Anmerkungsapparat ist auf das Nötige beschränkt. Für hilfreiche Hinweise und Anmerkungen zum Text danke ich herzlich meinem Regensburger Kollegen Dr. Mathias Häußler.

1 Statt umfangreicher Einzelnachweise sei hier für das Folgende verwiesen auf des rezente orientierende Kompendium: *M. González de Molina / V. M. Toledo, The Social Metabolism. A Socio-Ecological Theory of Historical Change*, Second Edition Cham (CH) 2023 und die stadtgeschichtliche Konkretisierung: *S. Barles, Urban Metabolism*, in: *S. Haumann / M. Knoll / D. Mares* (Hrsg.), *Concepts of Urban-Environmental History*, Bielefeld 2020, S. 109-124 sowie *C. Otter, Beyond Cities, Beyond Nature. Building an European Urban Stratum*, in: *T. Soens / D. Schott / M. Toyka-Seid / B. de Munck* (Hrsg.), *Urbanizing Nature. Actors and Agency (Dis-)Connecting Cities and Nature since 1500*, London 2019, S. 313-328. Allgemein hinführend: *F. Krausmann / M. Fischer-Kowalski, Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Globale Transformationen der Energie- und Materialflüsse*, in: *R. Sieder / E. Langthaler* (Hrsg.), *Globalgeschichte 1800-2010*, Wien/Köln/Weimar 2010, S. 39-66.

weiterverarbeiten und diese dann fallweise konservieren – nicht zuletzt in Form von Gebautem einschließlich der hierfür notwendigen Infrastruktur. Am Ende von Extraktion, Produktion, Distribution und Konsum von Stoffen stehen Emissionen und Abfälle; diese können Kreisläufe ausformen oder in Deponien enden. Für die Prozesse der Umwandlung benötigen Gesellschaften *Energie*, die sie der dann zur „Umwelt“ gewordenen „Natur“ entnehmen – und an diese wieder abgeben. Dieser gesellschaftliche Stoffwechsel („sozialer Metabolismus“) ist auf das engste mit der Nutzung und Bewirtschaftung von Land sowie den davon abhängigen räumlichen Mustern gesellschaftlicher Organisation verbunden. Menschliche Siedlungen, damit auch Städte, sind Produkte dieser Muster und daher als systemische Indikatoren des sozial-metabolischen Regimes zu verstehen. Anders gewendet: Sie sind Produkt und Ausdruck gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Eine Transformation von Raummustern in und außerhalb von menschlichen Siedlungen verweist somit auf die Transformation des gesamten gesellschaftlichen Stoffwechsels.

In rund 95% ihrer Geschichte waren Menschen nun Jäger und Sammler – und brauchten keine Städte. Erst nach der Neolithischen Revolution vor rund 12.000 Jahren entstanden weltweit eine Reihe von bäuerlichen Kulturen, dann von entwickelten agrarischen Zivilisationen, deren letzte, die europäische, bis vor rund 250 Jahren sozialmetabolisch weder besonders noch – im Blick auf die hochentwickelte chinesische – gar herausragend war. Den bestimmenden naturräumlich-klimatischen Rahmenbedingungen gemäß ist, nun im Schwenk auf Europa, der Mittelmeerraum von einer nordwesteuropäischen Agrikultur zu unterscheiden, die auf Roggen, Hafer und dem schweren Wendepflug beruhte.² Allenthalben aber handelte es sich um ein technisch modelliertes bzw. kontrolliertes Solarenergiesystem. Dessen Fundament war Biomasse; Tiere wie Menschen fungierten als „biologische Energiekonverter“, die in der Lage sind, in der Nahrung enthaltene photosynthetisch-chemische Energie mechanische Energie umzuwandeln.³

Das vorindustrielle Agrarsystem bringt nun nicht nur eine neue, vorher nicht gekannte Biodiversität, sondern letztlich auch die visuelle Vielfalt der Agri-Kulturlandschaft, präziser von Agri-Kulturlandschaften hervor. Und dieser Plural ist systemisch bedingt, denn er ist das Ergebnis einer kleinräumig unterschiedlich ausfallenden und stets prekären Balance von Flächennutzung unter den jeweils vorherrschenden regionalen Bedingungen. Fläche ist und wird dabei systemisch immer knapp, das zeigt

2 Vgl. M. Mitterauer, *Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs*, 4. Aufl. München 2004, S. 17-41.

3 Energie ist ja nichts anderes, als die Fähigkeit, Arbeit zu verrichten bzw. im Ergebnis eine Sache von A nach B zu bringen, vgl. M. González de Molina / V. M. Toledo (s. A 1), S. 150; umfassend grundlegend V. Smil, *Wie die Welt wirklich funktioniert. Die fossilen Grundlagen unserer Zivilisation und die Zukunft der Menschheit*, München 2023, hier S. 35-49.

sich spätestens dann, wenn die Bevölkerung wächst: Acker, Viehweide und Wald (fürs Heizen und Bauen) können nicht beliebig – auf des Anderen Kosten – ausgeweitet werden. Verordnete Optimierungen und folgende Ertragssteigerungen, das demonstrieren selbst die Agrarreformen vor und nach 1800, stießen erneut an Limits. Man kann sich an sie herantasten, sie aber nicht überwinden – das Veto des Grenznutzens wirkt. Für Raum- und Siedlungsstrukturen nun zentral: Vor dem Aufkommen der Dampfzucker- und Dampfzucker-Industrie lohnte sich der Transport von Holz oder Getreide einfach nicht mehr, wenn der Energiebedarf für die Zugtiere den Energiegehalt des Transportguts überstieg. Aktuelles Wachstum untergrub das Potenzial künftigen Wachstums. Das Agrarsystem ist als Solarenergiesystem prinzipiell negativ rückgekoppelt. Insofern war seine Form der Energienutzung im präzisen Sinn auch nachhaltig – und zwar zwangsläufig! Denn es gab schlicht keine *Energiebestände*, die hätten verkonsumiert werden können. Eine dauerhafte ökonomische Struktur auf der Grundlage von permanentem Verbrauch und ohne „Recycling“ knapper Stoffe war unmöglich. Alles ist knapp, wenn Energie knapp ist – anders und allgemeingültig formuliert: „Other things being equal, the degree of cultural development varies directly as the amount of energy per capita per year harnessed and put to work.“⁴ Jedes Wirtschaftssystem beruht letztendlich darauf, wie Energie als Ressource erschlossen, verarbeitet und in Produkte und Dienstleistungen umgewandelt werden kann.⁵

Um den folgenden energiehistorischen Epochenbruch in seiner Tragweite zu verstehen, ist festzuhalten: „Kulturlandschaften“ samt ihrer Siedlungen sind, sozial-metabolisch betrachtet, im begrifflich trennscharfen Sinne *Agri*-Kulturlandschaften, energetisch alimentiert allein durch zielgenau umgeleitete Solarenergie. Ihr Ensemble bildete das *Ancien Régime écologique* im Alten Europa, das in concreto Raum bot für ein kleinteiliges, vielfältiges Nebeneinander segmentierter und wegen der vergleichsweise überschaubaren Materialflüsse mehr oder minder locker vernetzter, dezentral definierter Kleinstgesellschaften. Deren jeweiliges, auch bauliches So-Sein im Raum ist das Ergebnis und Ausdruck begrenzter Energieverfügbarkeit. An diese biophysikalische, entscheidend durch das Energieregime bestimmte Erdung von „Kulturlandschaft“ gilt es zu erinnern, will man einen heutzutage vielfach üblichen allzu verspielten Konstruktivismus vermeiden.⁶

4 L.A. White, *Energy and the evolution of culture* [1943], hier zit. n. V. Smil, *Energy and Civilization. A History*, Cambridge, MA 2017, S. 3.

5 Vgl. V. Smil (s. A 4), S. 33 f.

6 Vgl. grundlegend R.P. Sieferle, *Naturlandschaft – Kulturlandschaft – Industrielandschaft*, in: *Comparativ* 4 (1995), S. 40-56; umfassend *ders.*, *Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt*, München 1997. Ähnlich, aber mit etwas anderer Periodisierung und ohne Bezug auf Sieferle letztthin W. Bätzing, *Der Wandel anthropogen geprägter Raumstrukturen von den Jäger- und Sammlergesellschaften bis zur Gegenwart. Ein geographischer Blick auf die materiellen Auswir-*

2. Städte im Agrikultursystem

Städte konnten unter diesen Umständen weder maßlos in die Breite noch in den Himmel wachsen – Geschlechtertürme wie in Regensburg oder Perugia hin oder her. Warum nun ist keine „alte“ Stadt wie die andere? Naturräumlich-kleinklimatische Voraussetzungen präfigurierten Handlungsspielraum und die Praxis des Ressourcenmanagements vor Ort. Daher lassen sich die sozialmetabolischen Zwänge und Grenzen der solarenergetisch alimentierten Stadt nicht zuletzt an ihrer äußeren Gestalt ablesen. Vorab „dicht“ im Sinne von „kompakt“ musste auch deswegen sein, weil jeder Transport von Ressourcen Energie und Fläche verschlang. Jede agrikulturelle Stadt blieb Bestandteil eines immer nur begrenzt erweiterbaren humanökologischen Subsistenzsystems. Sie war als gewerbliches Zentrum ein Ort der Arbeitsteilung, mithin sozialmetabolisch betrachtet ein Ort des Konsums, der in der Regel auf seinem Territorium selbst zu wenig eigene Primärenergie, also Nahrung für Menschen und Nutztiere, bereitstellte, sondern den Energiebedarf durch importierte, zumeist konsumfertige Endenergie deckte. Der damit verbundene Primärenergieumsatz schlug in anderen, je nach Stadtgröße auch weit entfernten Räumen zu Buche. Die absolutistischen Residenzstädte repräsentieren damals die äußerste Möglichkeit, auf Kosten des (Um-)Landes zu leben. Demographisch waren auch sie, ganz besonders sogar, wie alle agrikulturellen Städte, Senken: Bis zu einem gewissen Maß absorbierte man die Bevölkerungsüberschüsse – aber eben auch nur begrenzt und mit allen krankmachenden Konsequenzen. Der Energieumsatz pro Kopf lag in der Stadt generell niedriger als der auf dem Land, wo die Pufferungskapazitäten größer waren; daher tat Vorsorge not: Und so gehörte neben gut gefüllten Getreideschrannen den städtischen Versorgungswäldern, zumal der nicht selten reichen Spitäler, die besondere Aufmerksamkeit städtischer Obrigkeiten; sie dienten, multifunktional, als Energiequelle, Baustofflieferant und Waldweide. Je mehr Autonomie das Stadtrecht garantierte, desto tiefenwirksamer die subsistenzrelevanten Komponenten: Diese betrafen das Markt- und Gewerberecht, das Umweltrecht im engeren Sinn, mithin die Reglements für Brunnen und Stadtbäche oder die Entsorgung und Wiederverwendung von Abfällen und Exkrementen oder den Schutz vor Seuchen. Stadtpläne oder erhaltene Nutzgebäude wie Schranken oder Zunfthäuser sind vor diesem Hintergrund

kungen sich verändernder Mensch-Umweltbeziehungen vor dem Hintergrund der aktuellen Umweltprobleme, in: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft 165 (2023), S. 339-350. Ohne systematischen Einbezug der Schlüsselkategorie „Energie“ hingegen, trotz des umfassenden Anspruchs: H. Küster, *Die Entdeckung der Landschaft. Einführung in eine neue Wissenschaft*, München 2012.

immer auch als Quellen-Artefakte im energiesystemischen Kontext zu interpretieren, ebenso schriftliche Quellen wie Stapelrechte oder Zunftordnungen.⁷

Bis vor gut 200 Jahren spiegelten Städte zuallererst die individuelle Vielfalt regionalspezifischer Energieversorgung, Subsistenzkreise und stofflich-transporttechnisch limitierter Einzugsbereiche wider. In summa: Das vorindustrielle Energieregime präfigurierte Materialität und Gestalt der Stadt. Weil eine jede vor der fossilenenergetischen Transformation des 19. Jahrhunderts letztlich immer ein abhängiger Teil der sie umgebenden Agri-Kulturlandschaft war, hieß das aber auch: Welches Baumaterial verfügbar, will heißen energetisch darstellbar war und daher verwendet wurde, ist vorab aus konkreten materiellen Zwängen ableitbar. Welcher Stein oder welches Holz mit welchen Techniken bearbeitet wurde – das war sozialmetabolisch restringiert, und gerade das machte die Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit einer Stadt mit aus. Schon die Architekturtheorie war ja nicht zuletzt an die Verfügbarkeit von Baustoffen gebunden – was zumal der von Knappheitszwängen geprägten, bürgerlich-bäuerlichen Alltagsarchitektur über kunsthistorische Epochen hinweg eine bemerkenswerte Konstanz insbesondere in der Konstruktion bescherte. Diese war in ihrer Formsprache insofern gleichsam naturwüchsig, als ihre räumliche Gebundenheit grundlegend energiesystemisch bedingt war. Gerade die Unfähigkeit zur Verallgemeinerung und großflächigen Homogenisierung brachte das vielfältige Nebeneinander der ehemaligen (Agri-)Kulturlandschaften hervor. Deren Bauten bildeten den Kernbestand einer gewissermaßen regionalen Identität i.o., die so selbstverständlich-nichtreflektiert weil sozialmetabolisch zwingend war, dass sie noch ohne „-ismus“ und damit programmatisch-ideologische Überhöhung auskam. Regionalismus, verstanden auch als Architekturprogramm, sollte bezeichnenderweise dann formuliert werden, als ebendiese Bestände gefährdet erschienen.

3. Die (erste) fossilenenergetische Transformation der alten Stadt und ihrer Gestalt

Flächendeckend fundamental verändert wurde die „alte“, vorindustrielle Stadt durch den Wechsel des Energieregimes, was den so folgenreich ausstrahlenden europäischen Sonderweg im Kern begründete.⁸ Und der als eher unwahrscheinliche Kombination verschiedenster Faktoren weder der naheliegendste Ausweg aus der Malthusianischen Bevölkerungskrise nach 1800, noch gar als Energiewende avant la

7 Vgl. B. Padberg, Die Oase aus Stein. Humanökologische Aspekte des Lebens in mittelalterlichen Städten, Berlin 1996; B. Marquardt, Umwelt und Recht in Mitteleuropa. Von den großen Rodungen des Hochmittelalters bis ins 21. Jahrhundert, Zürich 2003, S. 193-227.

8 Zum Folgenden grundlegend R. P. Sieferle/F. Krausmann/H. Schandl/V. Winiwarter, Das Ende der Fläche. Zum gesellschaftlichen Stoffwechsel der Industrialisierung, Köln/Weimar/Wien, hier insbesondere S. 104-139, S. 167-191, 194-202, S. 241-247, S. 307-319.

lette irgendwie intendiert-geplant war – diese historischen Erfahrungen gilt es bei allen hochfliegenden Visionen heute zu bedenken; dazu unten mehr.

Die von England ausgehende Industrielle Revolution war ja im Kern ein Substitutionsvorgang: Der Zugriff auf den in Erdzeitaltern gewachsenen „unterirdischen Wald“ der Kohleflöze emanzipierte von bisherigen Flächenrestriktionen, ersetzte massenhaft menschliche Arbeitskraft und schuf den Nahrungsmittelspielraum für eine spektakuläre Bevölkerungsexplosion. Der ökologische Fußabdruck überschritt erst staatliche Grenzen, bald auch Kontinente – und schon auf mittlere Sicht auch jenen der Städte selbst: Der virtuelle Flächenbedarf Wiens z. B. betrug bereits um 1900 ein Drittel der Fläche der heutigen Republik Österreich. Der relative Überfluss an fossiler Energie, zuvorderst für Raum- und Prozesswärme, sorgte ökonomisch für Skaleneffekte. Transportkosten sanken und beförderten neue Investitionen. Dampfmaschine und Eisenbahn machten immer unabhängiger von der endosomatischen Energie menschlicher und tierischer Biokonverter. Höhere Löhne für demographisch expandierende Gesellschaften und billiger werdende fossile Energie waren die Zauberformel; wachsende Nachfrage nach entsprechender Technologie lohnte entsprechende kapitalintensive Investition und ersetzte menschliche Arbeitskraft. Dieser Prozess konnte sich jetzt positiv rückkoppeln: Die Ära des physischen Wirtschaftswachstum begann und mit dem neuen Energiesystem eine universalhistorisch neu- und einzigartige Form des gesellschaftlichen Stoffwechsels. Nur deshalb konnten Städte nun derart wachsen – und deren Abfall war jetzt nicht mehr Teil eines Kreislaufs, sondern wurde als „Müll“ zum Deponieproblem.⁹ Die solarenergetisch eingeschnürte „alte“ Stadt mutierte jetzt zur „Altstadt“ – und fallweise dann zur „city“ – mit allen Begleiterscheinungen. Erst kam das Stadtgas, um 1900 dann verbreitet Elektrizität, auch in altherwürdiges Gemäuer und dann auch in die Provinz. Die Straßenbahn schien bereits als Vehikel für eine weitere neuartige Entgrenzung, für nunmehr mögliche Trennung von Arbeit und Wohnen. Jetzt stand jedem vor Augen, was die alte Stadt letztlich von Grund auf transformierte: *It's energy, stupid!*¹⁰

Mit der Auflösung der sozialmetabolischen Grundlagen der agrikulturellen Stadt gerieten Architektur und Stadtentwicklung bezeichnenderweise in eine Orientierungskrise, auf die einstweilen mit geometrischer Planung und Neo-Stilen reagiert wurde. Voraussetzung hierfür waren großflächig standardisierte und verbilligte Produkte bzw. Verfahren; industriell-fossilenergetisch produzierte bauliche Surro-

9 Erhellende rezente Fallstudie: G. Stöger, Transformationen städtischer Umwelt. Das Beispiel Linz. 1700-1900, Wien/Köln/Weimar 2021, Kap. 4 und 5, insbesondere S. 118-123.

10 Was aber noch zuletzt nahezu völlig außer Betracht blieb in der so monumentalen Gesamtschau von F. Lenger, Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850, München 2013, vgl. etwa S. 449-453.

gatstoffe wurden bis um 1900 flächendeckend verfügbar. Eisenbeton und hydraulisch hergestellter Portlandzement ersetzten natürliches Mauerwerk. Wellblech, Eternit und Dachter (bezeichnenderweise gewonnen aus Gasteer, einem Abfallprodukt der städtischen Gasbeleuchtung) verdrängten, auch weil sie immer billiger wurden, vorab auf dem Land die feuergefährlichen Dachbedeckungen. Baugesellschaften arbeiteten bereits mit schablonenhaften Vorgaben und Fertigelementen aus dem Katalog. Mit dem historistischen Allerweltsstil negierten die Neubauten den Ort, an dem sich errichtet wurden. In der überkommenen Kulturlandschaft zeigten sich erste Bruchlinien, dann Disruptionen. In den sich ausbreitenden Arbeiterquartieren der industriellen Agglomerationen hausten nun jene auf dem Land freigesetzten Massen, die in doppelter Weise als Treiber des nun entgrenzten gesellschaftlichen Stoffwechsels begriffen werden müssen: Ernährt von einer sich schrittweise industrialisierenden Landwirtschaft, wachsende Übersee-Importe hierbei mit inbegriffen, dynamisierten sie im demographischen Übergang als Produzenten wie Konsumenten den Take-Off in immer neuen Selbstverstärkungsschleifen – erneut ist nicht zuletzt die Gestalt der Stadt recht eigentlich nur sozialökologisch zu begreifen.

Die um 1900 akute Kritik an der Stadt der Gründerzeit samt postulierter Alternativen ist zwar allbekannt – weniger geläufig aber sind vielfach deren energetische Voraussetzungen.¹¹ Die Avantgardisten verleiteten die neuen energetisch-bautechnischen Möglichkeiten etwa des Stahl- und Spannbetons zu einer neuen Nüchternheit in der Formensprache und einer emphatischen Bejahung technisch-funktionaler Modernität und der Emanzipation des Bauens von Ort und Zeit. Auf Stütze und Last, das Fundament antik-abendländischer Architekturtheorie, brauchte immer weniger Rücksicht mehr genommen zu werden; Schwerelosigkeit avancierte stattdessen zum Inszenierungsideal. Modernisierungsskeptische Architekten hingegen setzten nicht nur in den deutschsprachigen Ländern¹² auf Variationen von „Heimatschutz“ als Historismus-Heilmittel – symptomatisch, da wie dort: Im Kern ging es um die Erhaltung der noch erfahrbaren älteren Einheit von Siedlung und Landschaft, um den Schutz der vom Untergang bedrohten Agri-Kulturlandschaft und der in ihr wurzelnden alten, vorindustriellen Stadt. Altstadtsschutz-Satzungen mussten nun vorschreiben, was bis dato wegen limitierter Energie- und Materialflüsse so selbstverständlich wie alternativlos war, vorab die zu verwendenden „heimischen“ Bau- und Werkstoffe. Der architekturpolitische Regionalismus rekurrierte auf klein-

11 Entgegen der Ankündigung im Titel fehlt die Reflexion auf den Energieregime-Wechsel bei S. Roesler, <https://geschichtedergegenwart.ch/stoffwechsel-eine-proto-oekologische-kategorie-der-energie-und-materialwende-in-der-architektur/> [05.08.2024].

12 A. Schlimm, Eine Entente Cordiale für den Schutz der Heimat? Europäische Kooperationsversuche von Landschafts- und HeimatschützerInnen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2021, www.europa.clio-online.de/searching/id/fdae-95815 [31.07.2024].

räumige Eigenheiten und Differenzen, erinnerte, zitierte, anverwandelte eigentlich vornationale Traditionen (auch wenn er diese dann fallweise als emblematisch „nationales“ Erbe überhöhte).¹³ Letzursächlich scheiterte er an der unaufhaltbaren Selbstläufigkeit des Energieregime-Wechsels. Ob Heimatstil oder Funktionalismus – beide „begräftigten letztlich das Prinzip, gegen das sie rebellierten. [...] Die Mobilisierung der Landschaft und der Stadtbilder vollzog sich mit der gleichen Gewalt eines Naturprozesses, wie es dem Gesamtprozeß der [fossilenergetischen, T.G.] Transformation zu eigen ist.“¹⁴

4. The Great Acceleration – der Weg ins Ölzeitalter und in die totale Industrielandschaft

Ob nun kriegszerstört oder nicht – (erst) nach 1945 folgte der letztlich entscheidende Schritt, der vorab Europas Städte in die Gegenwart katapultierte: der Eintritt ins Erdölzeitalter. Diese zweite fossilenergetische Revolution ging einher mit der zunächst nachholend-umfassenden Amerikanisierung Westeuropas mittels der Möglichkeiten der Kohlenwasserstoffchemie und ihrem zentralen Werkstoff Plastik; auf weitere Sicht blieb weltweit davon kaum ein Raum unberührt. Zement, Stahl, Kunststoffe und Ammoniak sind seitdem und bis auf weiteres „die vier Säulen der modernen Zivilisation“ (Vaclav Smil).¹⁵ Für kaum drei Jahrzehnte, den *trente glorieuses*, schien zunächst in der „ersten Welt“ das Ende der Knappheit dauerhaft zu sein: Konsum jetzt und sofort für alle und Wachstum für immer – in Westeuropa verdreifachte sich bis 1973 das BSP. Nicht nur Umwelthistoriker sprechen vom „50er-Jahre-Syndrom“ oder der „großen Beschleunigung“, die uns seitdem und mittlerweile weltweit weiterhin rasen lässt.¹⁶

Sozialmetabolisch epochal war die frühe Nachkriegszeit allemal: Erst die hohe Energiedichte der flüssigen Kraftstoffe ermöglichte die Massenmotorisierung, die Aufhebung von Distanzen, die Einebnung jahrhundertealter regionaler Unterschiede sowie des vorab visuell scharfen Kontrasts von Stadt und Land. Wobei um 1900 selbst größere europäische Städte intern noch ‚rurbane‘ Züge aufwiesen – Nutzgärten oder Tierhaltung waren ja vor Kühlschränken und Supermarkt für viele unabdingbar.¹⁷ In

13 Vgl. beispielhaft letzthin: J. Sandmeier, Die Erfindung des Ortsbildes. Malerischer Städtebau, Ortsbildpflege und Heimatschutz in Bayern um 1900, Berlin 2023.

14 R. P. Sieferle (s. A 6), S. 185.

15 Auch hier umfassend grundlegend: V. Smil (s. A 3), insbesondere S. 109-142, Zitat S. 109.

16 Resümierend C. Pfister, Energiepreis und Umweltbelastung. Zum Stand der Diskussion um das „1950er Syndrom“, in: W. Siemann in Zusammenarbeit mit N. Freytag (Hrsg.), Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven, München 2003, S. 61-86.

17 Vgl. jetzt B. von Voithenburg, Rurbanität in der Großstadt. Dresden und München 1870 bis 1914, Göttingen 2024.

der nun aber sich ausbreitenden „totalen“, nicht mehr nur „segmentären“ Industrielandschaft lösen sich die Konturen von Stadt, Industriegebiet und „Natur“ auf, denn Nahrungsmittelversorgung, Siedlungsstruktur und Verkehrssystem revolutionieren sich gegenseitig. Auch entlegene landwirtschaftlich genutzte Räume unterliegen nun energetisch ermöglichter Funktionalisierung, sie werden eben „total“ für die Industriegesellschaften in Anspruch genommen. Und die Emissionen der Konsumgesellschaft verteilen sich entsprechend ubiquitär: Lärm, Abgase, Mikroplastik. Siedlungen verändern nicht zuletzt deshalb sinnfällig ihr Gesicht, weil Baustoffe und Materialien potenziell überall, jederzeit und vor allem hinreichend billig genug verfügbar werden. Rund 80% der europäischen Bausubstanz sind nach 1945 entstanden¹⁸ – das ist quantitativ spektakulär und systemisch betrachtet symptomatisch.

Im Ergebnis wird die „alte“, die überkommene geschlossene Stadt vollends über sich hinaus- und in die Landschaft hineingetrieben bzw. im Inneren radikal überformt. Und sogar dort, wo sie im Krieg größtenteils zerstört wurde, führt die Stadt nach 1945 das Erbe der ersten Transformationsphase um 1900 fort, denn die energetisch hoch aufwendige Infrastruktur war unter der Hand bzw. dem Boden letztendlich zur eigentlichen Stadt geworden: Auf den Cotown folgte nun der Motown; in ihm obsiegt ein für die Massenproduktion reduzierter international style, bis hinein in die kriegsverschonten Altstädte – Westdeutschland war hierin nicht von ungefähr flächendeckend vorn dabei. Dem Leitbild autogerechte Stadt entsprach die möglich gewordene raumgreifende Suburbanisierung samt Verkehrs-„Erschließung“. Dort, auf dem Land, verschwand die vielfach noch wenig berührte agrarische Kulturlandschaft binnen kürzester Zeit: erst der Abriss des urgroßelterlichen Hofes und der sehnlich gewünschte hygienisierte Neubau, dann Flurbereinigung samt Gebietsreform (oder umgekehrt) – pferdestark war jetzt nur noch der John Deere. In Wellen setzten sich Stadtkonzepte durch, deren Wurzeln weit in die Zwischenkriegszeit zurückreichen und die jetzt erst, nach energetischer Entfesselung, freie Bahn bekamen.¹⁹ Der anfangs noch materialsparenden Leichtigkeit eines ambitionierten Wiederaufbaus folgten nicht nur in Westdeutschland brutalistische Betonburgen, Krankenhäuser, Schulen und Stadthallen, die unter dem Label „Urbanität durch Dichte“ Materialmassen mobilisierten, als gäbe es kein Morgen. Hierfür stehen heute so epochal emblematische „Leitfossilien“ wie das Kongresszentrum ICC in Berlin oder das Centre Pompidou in Paris. Erst in dieser zweiten Welle wurden dann auch im Inneren tradi-

18 V.M. Lampugnani, Nur dauerhafte, dichte und notwendige Architektur kann in der Klimakrise bestehen, in: Neue Zürcher Zeitung, 02.11.2019, www.nzz.ch/feuilleton/nur-dauerhafte-dichte-und-spar-same-architektur-kann-in-der-klimakrise-bestehen-ld.1517343 [31.07.2024].

19 Vgl. die Synopse bei T. Will, „Gartenstädte von morgen“? Was bleibt von der Idee?, in: Forum Stadt 39 (2012), S. 255-278, hier S. 262.

tionelle handwerkliche Baukonstruktionen durch Industrieprodukte ersetzt; hinzu kamen neue Dämmstoffe (wie Polystyrolplatten) und Verbundmaterialien – immer mit viel Erdöl intus. Schon geplant wurde für eine begrenzte Lebensdauer; die „Halblebenszeiten“ der Gebäude verkürzten sich und schon die Entsorgung verschlingt, wachsend, graue Energie. Eine entsprechende Ertüchtigung aber wird fallweise schon ökonomisch unterlaufen bzw. kommt einer (Teil-)Rekonstruktion gleich.²⁰ Und in der tagtäglichen Baupraxis bedeutet dies bis heute: „Der Verpackungskünstler klebt Styropor auf den Beton, spachtelt Kunststoffputz darüber und schließt die Fuge an den Plastikfenstern mit der Silikonspritze.“²¹

Mit der technokratischen Planungseuphorie im Sinne fordistischer Massengesellschaften gingen auch ästhetische Verähnlichungen einher, die „zu wahr“ waren, „um schön zu sein“²²: Milano-Gallatarese, Köln-Chorweiler oder Lyon-Minguettes – so leben kann man in jedem Fall nur mittels einer Landwirtschaft, die statt auf Kreislauf nun auf Durchfluss abstellt, die in ihrer vollständigen Mechanisierung und Chemisierung eine negative Energiebilanz aufweist und mit immer weniger Menschen immer mehr ernährt.²³ Vaclav Smil zufolge handelt es sich bei der Ammoniaksynthese nach dem Haber-Bosch-Verfahren um „den bedeutendsten technischen Fortschritt der Menschheitsgeschichte“ – Nahrungsmittelproduktion heißt heute: „fossile Brennstoffe essen“.²⁴ Nur deshalb können Industrie und Handel – und mit ihnen die Agglomerationen – weltweit wachsen und wuchern. Nicht zu trennen davon sind die geradezu explodierten Handlungsspielräume im Rahmen des Stoffwechsels hochindividualisierter Konsumgesellschaften: Peter Sloterdijk zufolge führt die zur Selbstverständlichkeit gewordene „Erfahrung Energieüberschuss“ zu einer kollektiven „psychosemantische[n] Umrüstung [...] aufgrund anhaltender Entlastungs- und Verwöhneffekte“; nun werden Freiheiten leb- oder vorstellbar, „die bis in die Ebene der Existenzstimmungen durchschlagen“²⁵ und keine Grenzen mehr zu kennen scheinen – und dann weitere *betterment migration* zuvorderst in die (Groß-) Städte nach sich ziehen.

20 Vgl. U. Hassler/M. Aksözen, Systemwechsel zur kurzen Haltbarkeit im Bauwesen: Die Boomjahre des 20. Jahrhunderts, in: Forum Stadt 42 (2015), S. 7-20; R. Kaltenbrunner, Effizienz oder Kultur? Zu den Untiefen der energetischen Erneuerung, in: Forum Stadt 42 (2015), S. 84-90.

21 H. Kolhoff, Architektur. Schein und Wirklichkeit, Springer 2020, S. 96.

22 M. Mönninger, Zu wahr um schön zu sein. Über die Faszination des Devianten, Deformierten und Hässlichen in der Architektur der Nachkriegsmoderne, in: Forum Stadt 46 (2019), S. 3-26.

23 Exemplarisch wie allgemeingültig: F. Krausmann, Vom Kreislauf zum Durchfluss. Österreichs Agrarmodernisierung als sozialökologischer Transformationsprozess, in: Jahrbuch für die Geschichte des ländlichen Raumes 3 (2006), S. 17-45.

24 Vgl. V. Smil (s. A 3), S. 65-106, Zitate S. 116 bzw. 65.

25 P. Sloterdijk, Was geschah im 20. Jahrhundert, Berlin 2017, S. 121; vgl. auch I. Morris, Beute, Ernte, Öl. Wie Energiequellen Gesellschaften formen, München 2020.

5. Im Anthropozän, nicht nur die Architektur – (kein) Ausweg möglich?

Die weltweite Zementindustrie läge heutzutage, wäre sie ein Staat, nach China und den USA beim CO₂-Ausstoss weltweit an dritter Stelle. In China selbst hat man allein 2018 und 2019 so viel davon produziert wie in den USA im gesamten 20. Jahrhundert.²⁶ Die zwischenzeitlich ausgerufenen „Grenzen des Wachstums“ samt „1970er-Diagnose“ (Patrick Kupper) waren also im globalen Rückblick nichts weiter als ein vornehmlich in Westeuropa ausgerufenes Moratorium. Worin man sich nach einer Energie- und der nicht von ungefähr folgenden Kultur- und Orientierungskrise bekanntlich eifrig an einer Rückbesinnung auf die alte Stadt versucht(e): „Städtebauförderung“ sollte nun statt fordistischer Funktionstrennung auf dieutzungsgemischte kompakte Stadt 2.0 zielen, revitalisierender „Denkmalschutz“ statt Flächensanierung mit inbegriffen. Emotionaler Gegenhalt statt totale Vernutzung war seit Mitte der 1970er die Devise in einer reflexiv gewordenen Moderne (Ulrich Beck).

Letztlich war diese bis in die frühen 1990er Jahre währende ‚lange‘ Dekade nur eine kurze Atempause für eine vor allem energetisch zu begreifende „Globalisierung“ und ihre spektakuläre Dynamik. Das alternde Europa mit seinem stabilen Energieplateau (bei outgesourceten Werkbänken!) ist nicht (mehr) der Nabel der Welt. 90% des gegenwärtigen Zementverbrauchs beanspruchen derzeit Schwellen- und Entwicklungsländer und dabei ist die Frage, wer das neue China ist, wohl schon beantwortet: Indien, wie es mittlerweile aussieht, das seinen rasant steigenden Energieverbrauch bis 2047 hauptsächlich mit Kohle bestreiten wird.²⁷ 250 bis 300 t Zement pro Person rechnet man übrigens als Richtgröße für einen zivilisatorischen Mindeststandard. Besagter postulierter Standard würde dann allerdings global den Abbau weiterer 800 - 1.000 t Rohmaterial erfordern – pro Sekunde. Denn Großstädte von heute und morgen, insbesondere ihre Infrastruktur, „sind Verkörperungen des Betons“.²⁸

Außerhalb Europas sind diese Städte heute dabei, bislang fassliche Dimensionen hinter sich zu lassen. 2017 zählte die Metropolregion Tokio 39 Mio. Einwohner. Folgt man den Prognosen, wird es 2050 von Mumbai mit über 42 Mio. verdrängt sein, dieses zu Ende des Jahrhunderts dann von Lagos mit über 88 Mio. Rund 90% der hinzukommenden Stadtbewohner werden dann in Asien und Afrika leben.²⁹ Dabei

26 www.deutschlandfunk.de/klimasuender-beton-ein-baustoff-sucht-nachfolger.740.de.html?dram:article_id=488355 [1.8.2024] (hiernach auch die Angaben im folgenden Absatz); vgl. V. Smil (s. A 3) , S. 132-139, hier S. 137.

27 Vgl. V. Smil, Growth. From Microorganism to Megacities, Cambridge, MA 2019, S. 381.

28 V. Smil (s. A. 3), S. 133.

29 W. Rees, World Population Day, www.youtube.com/watch?v=o3nCFwhV-9E [01.08.2024], hier 14:05 bis 15:45; vgl. V. Smil (s. A 27), S. 332-357 („Cities“, Megacities“); S. Zavetoski, Sustainability and the Refra-

konsumierten Städte schon vor wenigen Jahren weltweit bei 2,6% der genutzten Landmasse 75% der Ressourcen, 80% des Energiebedarfs und produzierten 75% der weltweiten CO₂-Emissionen³⁰ – dies nur zur schon wieder überholten Dimension ihres „ökologischen Fußabdrucks“. Zur Erinnerung: Landwirtschaft entstand erst im letzten Zehntel, Städte erschienen erst im letzten Zwanzigstel der jüngeren Menschheitsgeschichte. Und in nicht einmal knapp zwei Generationen sollen mindestens zwei Drittel der Weltbevölkerung – im Jahr 2050 rund neun Milliarden – weltweit eine „urbane“ Existenz führen. Wohin Visionen dabei führen können, demonstriert ausgerechnet Saudi-Arabien mit seinem Projekt „The Line“, einer 170 km langen kohlenstoff- und individualverkehrsbefreiten Bandstadt in der Wüste – die entsprechende Fallhöhe des Scheiterns (nicht) mit eingepreist, wie jüngste ‚Fortschritte‘ zeigen. Von „Architektur“ kann hier im Übrigen nur noch uneigentlich die Rede sein.³¹ Angesichts all dessen ist Dauer in jedem Fall Täuschung und „Modernität“ als stabile Struktur Illusion. Diese Transformation kennt keinen Stillstand. Im Gegenteil: Sie legt noch an Tempo zu. Einstweilen zumindest.

So ist es nur allzu verständlich, dass seit nun gut 20 Jahren ein aufgeregter Diskurs eine transdisziplinäre Wissenschaftscommunity umtreibt, die das epochal Grundstürzende auf einen Begriff zu bringen verspricht: den des „Anthropozän“. Die Beiträge in ihren Verästelungen im Bogen zwischen Ideen- und Umweltgeschichte sind mittlerweile kaum noch zu überblicken, wobei Verständigungsbrücken zwischen Natur- und Kulturwissenschaften sich fallweise als schmal und brüchig erweisen.³² Zumal sich mehr als nur unter der Hand dem Begriff ein wissenschaftlich fragwürdiges moralisierendes Moment eingeschrieben hat, wenn zwar vorab „dem Menschen“ – ohne näheres Beiwort – die Fähigkeit zur Täterschaft in geo-historischen Dimensionen“ zugeschrieben wird, letztlich aber, zumal beim Äquivalent „Eurozän“, die westliche Zivilisation als solche gemeint ist.³³

Zu nüchterner Betrachtung verhilft stattdessen eben das Verständnis der Voraussetzungen, Hintergründe und Interdependenzen des komplexen und ja keineswegs intendierten Energieregime-Wechsels insbesondere im Zuge der „großen Beschleunigung“ in den 1950er Jahren – sie ist recht eigentlich das Sprungbrett ins Anthropozän.

ming of the World City, in: J. L. Caradonna (Hrsg.), Routledge Handbook of the History of Sustainability, London/New York 2018, S. 219-232, hier 220.

30 S. Zavetoski (s. A 29), S. 221.

31 Vgl. en.wikipedia.org/wiki/The_Line,_Saudi_Arabia [01.08.2024].

32 Vgl. überblicksweise jetzt A. Tanner, Anthropozän Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 03.05.2022, docupedia.de/zg/zg/Tanner_anthropozan_v1_de_2022 [02.08.2024].

33 Vgl. P. Sloterdijk, Das Anthropozän – ein Prozess-Zustand am Rande der Erd-Geschichte, in: J. Renn/B. Scherer (Hrsg.), Das Anthropozän. Zum Stand der Dinge, Berlin 2015, S. 25-44, Zitat S. 26.

Vor allem spezifisch sozialmetabolisch betrachtet, also unter Einbezug von Korrelation und Kausalität von Energieverfügbarkeit und demographischer Dynamik.³⁴ Demzufolge sind Städte, ja alle Siedlungsräume überhaupt mittlerweile in eine weltumspannende „technosphere“ eingespannt; wenige Schlaglichter genügen: So entsprechen die aufgetürmten 1.100 Gigatonnen (10^9) Gebäude und Infrastruktur ($= 50 \text{ kg/m}^2$) dem Fünffachen der Anthropomasse; 2015 wurde 30 mal mehr Gestein bewegt als 1945; heutzutage wird mehr reaktiver Stickstoff ausgestoßen als aus natürlichen Quellen herrührt (70% davon aus USA, China, Indien). Und 95% der Landfläche sind menschengepägt (1700: 5%)³⁵ – nicht zuletzt zum „Hinterland“ gemacht durch und für Städte mobilisierte Stoffströme.³⁶ Großstädte im industriellen Metabolismus sind thermodynamisch betrachtet gigantische Entropie-Produzenten, die auf permanente Mobilisierung bzw. Umwandlung von Energie angewiesen sind, um die technischen – wie sozialen! – Strukturen überhaupt nur aufrechtzuerhalten; „Ordnung“ ist in diesem Sinne immer energetisch abgerungen und erkaufte. Und insofern ist Stadt, ist das urbane Stratum, auch „Natur“ (geworden) – es gibt keine andere mehr: „We inhabit a planet of anthromes rather than biomes.“³⁷ Allein zwischen 1990 und 2020 wurde die Welt mit fast 700 Milliarden Tonnen Beton überzogen, der sich fortan langsam zersetzt. Zerfall, Erneuerung und/oder Abriss samt Entsorgung werden vor allem in China zu einer Mammutaufgabe des 21. Jahrhunderts avancieren – oder man wird das Gebaute absehbar dem Verfall überlassen. In der Geologie der Zukunft wird Beton jedenfalls zu der Gesteinsschicht des Anthropozän.³⁸

Hoffnung auf einen Ausweg verspricht eine „Energiewende“ unter der Parole ‚Weg von den Fossilien!‘, die letztlich voraussetzen muss, die nachholende Modernisierung (will nicht zuletzt heißen: Urbanisierung!) außerhalb Europas ließe sich, wie auch immer freiwillig, einbremsen. Bei einer Entwicklung ähnlich der Chinas nach 1990 hätten wir es allerdings, so der Physiker Vaclav Smil, mit folgenden Steigerungsraten zu tun: „einer Vervielfachung der Stahlproduktion um den Faktor 15, der Zementproduktion um den Faktor 10, der Produktion des synthetischen Ammoniaks um mehr als das Doppelte und der Produktion synthetischer Kunststoffe um

34 Schlagend und detailliert zu Größen und Dimensionen V. Smil (s. A 27), 377-386 und V. Smil (s. A 3), S. 30-35.

35 Vgl. die Synopse bei C. Antweiler, *Anthropologie im Anthropozän*, Darmstadt 2022, S. 15-17. Vgl. auch, Stand 2020, www.nzz.ch/wissenschaft/anthropozoen-mehr-von-menschen-produzierte-masse-als-biomasse-ld.1591317 [26.08.2024].

36 Quellennah für Paris: E. Kim / S. Barles, The energy consumption of Paris and its supply areas from the eighteenth century to the present, in: *Reg Environ Change* 12 (2012), S. 295-310.

37 Vgl. C. Otter (s. A 1), S. 317 f., 323 (Zitat); M. González de Molina / V.M. Toledo (s. A 1), S. 102 f., S. 149 f., S. 358-361.

38 Vgl. V. Smil (s. A 3), S. 138 f.

mehr als das Dreißigfache.“ Nie dagewesene Mengen an neu zu beschaffenden Materialien sind der materielle Preis einer „Dekarbonisierung“: Eine 25- bzw. 50-prozentige Elektrifizierung des weltweiten Fahrzeugbestandes bis 2050 würde den Bedarf an Lithium um den Faktor 18-20, von Kobalt um den Faktor 17-19 und an Nickel um den Faktor 28 bis 31 erhöhen. Wobei die spektakulär sichtbare Rückkehr der Energie(-gewinnung) in die Fläche (samt Neu-Konstruktion von „Landschaft“) de facto einer neuartigen (Re-)Industrialisierung gleichkommt: Fundament und Sockel einer Windkraftanlage bestehen aus hunderten Tonnen Stahlbeton, die Rotoren aus energieintensiv produzierten und schwer recyclebaren Kunstharzen (15 t für ein Windrad nur mittlerer Größe); überbreite LKW und riesige Kräne bringen alles an Ort und Stelle. In summa ist offensichtlich, so Smil, „wie irreführend das Gerede von der bevorstehenden Entmaterialisierung grüner Volkswirtschaften ist.“³⁹

Durch eine „grüne Revolution“ nun eben „intelligent wachsen“ zu wollen – was etwa Ralf Fücks vom Zentrum „Liberale Moderne“ vorschwebt⁴⁰ – eröffnet daher keinen Ausweg aus dem Anthropozän, sondern bedeutet dessen Fortsetzung mit (gar nicht so anderen) – und untauglichen – Mitteln. Nicht nur weil sie nicht zuletzt im so entscheidenden, raumkonfigurierenden Transportsektor (Straßengüter, Luft- und Seefrachtverkehr) absehbar nicht anwendbar bleiben werden.⁴¹ Für die Millionen-Agglomerationen der kommenden Jahrzehnte bieten sie zudem allein deshalb keine Option, weil der Bedarf an Fläche ihre eigene um den Faktor 10 bis 40 überschreitet: „In the case of megacities, the physical and energetic fundamentals are clear. The gap between power densities of PV generation and power densities of electricity consumption commonly encountered in megacities cannot be bridged by existing techniques. Thus, distributed, on-site generation (PV based or any other) will not take any of the world's megacities off the electrical grid before 2050, and it will not supply even a third of their electricity demand.“⁴² Und dies vor dem Hintergrund, dass zumal der EROI (oder EROEI – Energy return on Energy Invested) der Fossilen seit geraumer Zeit unabweisbar dem „law of diminishing returns“ unterliegt.⁴³ Nicht nur

39 Vgl. ebda., S. 140 f., hier auch alle Daten und Zitate.

40 www.wsi.de/data/wsimit_2014_07_fuecks.pdf [02.08.2024].

41 Vgl. V. Smil (s. A 3), S. S. 15 f., S. 41 f., S. 127, S. 160-168. Lapidar zudem Richard Heinberg: „The problem of how to increase energy supplies and reduce fossil fuels and their emissions, while still yielding economic growth in the meantime, is one that is stretching the keenest mind on planet – some would say to the point of breaking with reality“; R. Heinberg, The Problem of Economic Growth, in: J. L. Caradonna (Hrsg.), Routledge Handbook of the History of Sustainability, London-New York 2018, S. 322-338, hier S. 338.

42 V. Smil, Distributed Generation and Megacities, in: IEEE power & energy magazine, march/april 2019, S. 37-41, Zitat S. 41.

43 R. Heinberg (s. A 41), S. 328.

angesichts der Aufholer heißt das: Jeder noch so hoffnungsfrohe „roadmap“ zur völligen Eliminierung fossiler Brennstoffe bis 2050 „is nothing but an exercise in wishful thinking that ignores fundamental physical realities.“⁴⁴

Man mag nun aktuell darauf verweisen, dass ein Degrowth-Kommunismus (Kohei Saito)⁴⁵ doch auch eine Option sei – oder kulturelle Selbstbegrenzung, genossenschaftliche Selbstverwaltung in wieder kleinteiligen Raumstrukturen (Werner Bätzing).⁴⁶ Wobei in jedem Fall eine Antwort allein auf die Frage aussteht, wie in Zukunft neun Milliarden Menschen – davon die meisten Stadtbewohner – wohl friedlich an (günstige) Nahrungsmittel kommen werden.⁴⁷ Ein Versuch, das in sich verwobene, energetisch-ökonomisch hochkomplexe globale System wie auch immer kontrolliert „wenden“ zu wollen, erscheint als extremste Variante eines Denkens, das auch hier noch an die totale Mach- und Planbarkeit durch eine allmächtige Vernunft glaubt. Die Menschheit als Kollektiv ist eine westlich-universalistische Chimäre, und ein Energieregime erfolgreich zu transformieren, dessen kulturelle Beschleunigung die Ko-Evolution mit der vergleichsweise trägen Natur hinter sich gelassen hat, kann nur als Hybris erscheinen. Jede Intervention in ein Teilsystem treibt die Risikospirale nur eine Umdrehung weiter – wenn nämlich die Mittelsysteme selbst eine Objektivität gewonnen haben, die sich einer schlichten Re-Instrumentalisierung entziehen. Eine gelungene Transformation primärer Gefahren in sekundäre Risiken führt mehr denn je zu einer Kaskade neuer Unsicherheiten.⁴⁸ Was manche politischen Gedankenspieler wohl dennoch nicht davon abbringen wird, „auf ihren Territorien eine Art von ökologischem Kriege recht zu proklamieren, unter dem erzwungen wird, was auf freiwilliger Basis nicht zu erreichen ist.“⁴⁹

44 V. Smil, What we need to know about the pace of decarbonization, in: *Substantia. An International Journal of the History of Chemistry* 3(2) (2019), Suppl. 2, S. 71-75, Zitat S. 74.

45 K. Saito, *Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus*, München 2023.

46 W. Bätzing, *Homo destructor. Eine Mensch-Umwelt-Geschichte. Von der Entstehung des Menschen zur Zerstörung der Welt*, München 2023, hier bes. 370-389.

47 Bätzing kalkuliert durchaus mit „Teilzusammenbrüchen“, vgl. ebda., S. 372-374. – Für das Jahr 2084 prognostiziert die UN aktuell 10 Milliarden Menschen.

48 Vgl. eindringlich R. P. Sieferle, Überlegungen zu einer Naturgeschichte der Umweltkrise, in: J. H. J. Schneider / R. P. Sieferle / J.-P. Wils, *Natur als Erinnerung? Annäherung an eine müde Diva*, hrsg. v. J.-P. Wils, Tübingen 1992, S. 77-110.

49 Vgl. P. Sloterdijk (s. A 33), S. 35. Die Vision der bekannten taz-Redakteurin Ulrike Herrmann fasst die NZZ so zusammen: „Freiwilliger Verzicht jedes Einzelnen und ein geordneter Übergang zur Kreislaufwirtschaft – mit den Methoden, wie sie Grossbritannien während des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit anwandte. Das heisst: Planwirtschaft und radikale Rationierung von Konsumgütern durch den Staat, mit dem Ziel, die Wirtschaft geordnet zurück bauen zu können.“ www.nzz.ch/wissenschaft/es-geht-hier-ums-ueberleben-auch-in-der-schweiz-und-in-deutschland-sagt-ulrike-herrmann-sie-will-die-welt-mit-kriegswirtschaft-retten-ld.1741308 [09.09.2024].

6. Was bleibt? Und warum (nicht)?

Städte sind, wie eingangs skizziert, energiesystemische ‚Zeigerorganismen‘. Ohne vertieftes Verständnis ihres gesellschaftlichen Stoffwechsels durch die Zeit ist ihr jeweiliges So-Sein in toto nicht zu begreifen. Einer Variante des *cultural turns*, die Stadt vorderhand als „Text“ auffasst, ist daher ein entschiedenes Plädoyer für eine energiehistorisch fundierte Rematerialisierung der Stadtgeschichtsforschung entgegenzusetzen.⁵⁰ Der Energieregime-Wechsel hat jene Stadt-Räume entstehen lassen, die ebenso heteronom wie sekundär naturwüchsig, mithin das Ergebnis einer paradox erscheinenden konstruierten Planlosigkeit sind.⁵¹ Und es war der Energieüberfluss, der eine gebaute Um-Welt hervorgebracht hat, die, anders als im solarenergetischen Kontext, nun in der Regel gar keine Zeit mehr lässt für die Auskristallisierung von etwas, das man als „Stil“ bezeichnen könnte. Letztlich austauschbare Typologie- und Gestaltungs-codes ohne jeden Ortsbezug haben die „alte“ Stadt beschleunigt in und unter neuen Schichten und Ringen verschwimmen lassen. „Die Phasen, in denen Architektur und Städtebau nach einer Art Inkubationszeit historisch bewertet werden, verkürzen sich immer mehr“ – wenn es bei 12.000 Abrissen in Deutschland pro Jahr überhaupt so weit kommt.⁵² Die Stadt nach 1945 ist insofern als Ganzes denn auch, energetisch getrieben, vielfach zu einer Stadt ohne Gestalt geworden – jedenfalls ohne *unverwechselbare* Gestalt. Ja mehr noch: Die mobilisierte Stillosigkeit wird selbst zum übergreifenden Stilmerkmal.

Angesichts dessen bedarf Überkommenes aus anderen energiesystemischen Kontexten des „Schutzes“, also einer bewussten Entscheidung entgegen der sekundären Naturwüchsigkeit permanenter Transformation. Denkmal- und „Natur-“, „Schutz“ sind als reaktiv-defensive Phänomene von erhellender Paradoxie: Energetisch möglich gewordene (Neu-)Gestaltungen und Nutzungen werden negativ bewertet, Objekte und Räume davon ausgenommen oder konserviert.⁵³ Naturschutzgebiete wie Denkmalschutzzonen unserer Gegenwart sind insofern ein konstruktivistisches Pro-

50 Vgl. grundsätzlich T. J. LeCain, *The Matter of History. How Things Create the Past* (Studies in Environment and History), New York 2017; C. Otter, *Locating matter. The place of materiality in urban history*, in: T. Benedett/P. Joyce (Hrsg.), *Material Powers: cultural studies, history and the material turn*, London 2010, S. 38-59, bes. S. 39-42; vgl. im Anschluss daran T. Götz, *Rematerializing cities: Rechnungsbücher als Quelle für eine Umweltgeschichte der vorindustriellen Stadt – Potenziale und Perspektiven*, in: *Geschichte und Region/Storia e Regione* 32 (2023), H. 2, S. 69-100, hier v.a. S. 91-93.

51 Vgl. zum Folgendem R. P. Sieferle (A. 6), S. 51 f.

52 U. Baus, *Was tun mit den Bauten der Nachkriegsmoderne? Eine architekturkritische Sicht auf alte Leitbilder und neue Strategien*, in: *Forum Stadt* 41 (2014), S. 225-230, hier S. 225. Zum „Ende der Elternhäuser“: www.welt.de/kultur/plus252448388/Wohnungen-Mehr-als-12-000-Gebaeude-werden-jaehrlich-in-Deutschland-abgerissen.html?cachebuster=true [03.08.2024].

53 Vgl. R. P. Sieferle (s. A 6), S. 219 f.

dukt moderner „vernünftiger“ *Planung*, schmal bemessene Segmente, die „dem Lauf der Dinge“ zumindest partiell entzogen sein sollen. Sie werden zum „Pflegefall“, zu einem zu pflegenden Fall. Wie ein jeder Zoom auf die ehemaligen Agrikultur-Landschaften und insbesondere ihren baulichen Bestand veranschaulicht. Visuell ist der Normalfall der Kontrast, die ästhetische Abbruchkante; Denkmalinseln bekommen – *energiehistorisch* signifikanten – Reservatcharakter. Daher ist auch eine geläufige diskursive Praxis zurückzuweisen, avancierte Hervorbringungen einer jetzt anthropozänisch-fossilenergetischen Kolonisierung von Natur der völlig anders gearteten solarenergetischen durch eine unterschiedslose Subsumierung unter die bequeme Formel ‚das sind doch alles Hervorbringungen menschlicher Kultur‘ gleichzustellen. Seit jeher – seit dem Neolithikum – haben Menschen aus Natur „Energielandschaften“ gemacht. Aber: Genetisch-analytisch, ihrem gesellschaftlichen Stoffwechsel und davon abhängig auch in ihren Artefakten nach sind die zwei Energieregimes eben klar zu unterscheiden.⁵⁴ Wie unter dem Brennglas veranschaulicht dies die (einstige) Kornkammer Bayerns, der donaunahe Gäuboden, den heute Logistikhallen, Biomasse-Gasgeneratoren und Photovoltaikfelder dominieren. „Hochwertiger Ackerboden wurde in einem Ausmaß bebaut, wie es in allen Jahrhunderten vorher nie geschehen war.“⁵⁵ Es ist der energetisch transformierte gesellschaftliche Stoffwechsel, der buchstäblich „*ois anders*“ hat werden lassen: „Vertraute Ortsbilder, Landschaftsbilder, Siedlungsbilder und Gebäude, Gerüche und Geräusche verschwanden, Kaufläden, Handwerkerberufe, Fertigkeiten, Gewohnheiten und Gebräuche verloren sich. [...] Höfe verfielen, stattliche Dorfwirtshäuser verloren ihre Bedeutung für das soziale Gefüge und starben einen stillen Tod. [...] Viele der noch verbliebenen denkmalgeschützten Anwesen stehen leer und sind allein dadurch in ihrem Weiterbestand bedroht. Ensembles, soweit überhaupt vorhanden, haben ihre Aussagekraft verloren.“⁵⁶

Abschließend erscheint so manche einschlägige aktuelle Energie- und Wärmewende-Planung im Licht jener Skepsis, die nicht nur die Kirche einstweilen so wie sie ist im Dorf belassen möchte – beziehungsweise dem, was davon noch übrig ist. In Bayern beispielsweise stehen noch 1,3 Prozent der vorhandenen Gebäude unter

54 Insofern präzisierungsbedürftig: „Warburg-Kolleg Energielandschaften“, www.hsozkult.de/event/id/event-141408 [05.08.2024].

55 E. Greipl, 7000 Jahre unter dem Pflug. Agrar- und Energiewenden im Gäuboden – oder was bleibt von der Kornkammer Bayerns?, in: *Ois anders. Großprojekte in Bayern 1945-2020*, hrsg. von R. Loibl (HDBG Magazin N° 7), Regensburg 2021, S. 56-63, Zitat S. 59.

56 Ebda., S. 60.

Denkmalschutz; 2,5 Prozent befinden sich in Ensembles.⁵⁷ Viele Denkmäler, auch und gerade manche unscheinbare, erinnern nicht zuletzt in ihrer Materialität an jene Epoche, die aus *Knappheit an Energie und Stoffen* etwas schaffen musste und dafür die ihr gemäße Zeit brauchte. Gerade für eine sozialökologisch sensibilisierte Umweltgeschichte sind sie Zeugnisse allererster Ordnung. Im Umgang mit den Resten dieser solarenergetisch geprägten Agrikulturlandschaft sollten wir uns zumindest so viel Zeit nehmen, dass die Archäologen des Anthropozän und seiner Vorgeschichte späterhin noch etwas haben, über dessen Entdeckung sie sich vielleicht freuen.

⁵⁷ www.denkmalnetzbayern.de/informationen/aktuelles/stellungnahme-des-denkmalnetz-bayern-zum-aenderungsgesetz-zum-bayerischen-denkmalschutzgesetz [05.08.2024], Stellungnahme vom 22. 10.2022, geändert am 07.08.2023.

Potenziale öffentlicher Räume im UNESCO-Welterbe „Altstadt von Bamberg“ für die Stärkung der Innenstadtidentität

Die Entwicklung des UNESCO-Welterbes „Altstadt von Bamberg“ wird in diesem Beitrag vor allem im Hinblick auf seine öffentlichen Räume betrachtet. Dabei ergeben die auch andernorts kontroversen Verkehrsdebatten ein schwieriges Spannungsverhältnis zwischen wohlmeinenden Ansprüchen und tatsächlicher Umsetzung. In öffentlichen Stellungnahmen wird das Weltkulturerbe als „Qualitätsmaßstab in der Gestaltung [...] und als Chance zur Wertschöpfung“ verstanden: „Das Weltkulturerbe ist mehr als ‚Hülle und Kulisse‘. Es prägt die spezielle Atmosphäre der Stadt und ist ein zentrales Motiv für viele Besuche der Innenstadt. Es bietet damit den Rahmen und setzt Maßstäbe für die Erlebnisqualität der innerstädtischen Angebote in Handel und Gastronomie, Kultur und Tourismus, Dienstleistung und Wohnen. Es verpflichtet zugleich zu denkmalgerechter, schonender Weiterentwicklung sowohl der Bausubstanz wie der innerstädtischen Flächen.“¹

Durch die besondere Gestalt des Bamberger Welterbebereichs mit seiner Dreigliederung in die Bergstadt mit ihrer Konzentration von Kirchen und Klöstern, die Inselstadt mit dem Schwerpunkt des oberzentralen Einzelhandelsangebotes und die Gärtnerstadt mit den Relikten einer urbanen Landwirtschaft sowie durch die trennenden Arme des Flusses Regnitz fehlt Bamberg die Geschlossenheit historischer Innenstädte. Dies schränkt auch die Wahrnehmung als zusammenhängendes Ensemble ein.

Die Ausschöpfung der durch den Welterbestatus der Bamberger Innenstadt bestehenden Potenziale kommt leider nur mühsam voran. Angesichts vielfältiger Herausforderungen besteht hier dringender Handlungsbedarf. Die Entwicklung der Verkehrserschließung etwa der Nürnberger Altstadt zeigt, wie es gelingen kann, schrittweise die auch dort vorhandenen Widerstände zu überwinden und damit den Erfordernissen der Zeit gerecht zu werden. Und das Beispiel der Regensburger

1 Stadt Bamberg, Baureferat, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Mediationsverfahren „Zukunft Innenstadt Bamberg“, Bamberg 2008, S. 17, 28.

Altstadt zeigt, dass in der Symbiose geschichtsbewusster Stadtbildpflege und darauf abgestimmtem Handel und abgestimmter Gastronomie eine äußerst erfolgreiche Destination entwickelt werden kann. Erst recht erhellt ein Blick in italienische Innenstädte, wie öffentliche Räume durch die Befreiung vom Autoverkehr zu Bühnen eines kultivierten Stadtgefühls werden können. In Bamberg würden eine dem Anspruch des Weltkulturerbes gerecht werdende Umgestaltung von Langer Straße und Am Kranen, ergänzt durch die Aufwertung von Holz- und Heumarkt, Promenaden und Schönleinsplatz sowie der Wegverbindung zum Domplatz wesentliche Impulse für die Stärkung der Innenstadtidentität ermöglichen.

Konzepte zur Entwicklung der Bamberger Innenstadt

Die Stadt Bamberg kann auf eine lange Tradition von Verkehrsplanungen zurückblicken, in denen immer wieder die Entlastung wichtiger Innenstadtstraßen vom Autoverkehr vorgeschlagen wurde. So enthielt ein Informationsheft für die Bürgerbeteiligung zum Generalverkehrsplan 1983 folgenden Vorschlag des Verkehrsgutachters Billinger: „dringlich: Beschränkung für Lange Straße – Kapuzinerstraße und Königstraße auf Anlieger-, Bus-, Taxi und Radverkehr.“² In dem beigefügten Verkehrswegeplan wurden für den unteren Bereich der Bergstadt Fußgängerzonen sowie für die übrigen Straßen weitgehend verkehrsberuhigte Bereiche mit Schrittgeschwindigkeit vorgeschlagen (gemäß den damaligen Planungstrends ebenso im Nebennetz des übrigen Stadtgebietes). 1994 betonte ein Informationsblatt der Stadt zur Bürgerbeteiligung beim Generalverkehrsplan: „Eine ungebremsste Entwicklung des Autoverkehrs kann eine Stadt wie Bamberg nicht länger verkraften. Dies gilt vor allem für die Innenstadt und das Berggebiet.“ Der Verkehrsentwicklungsplan 2005 geht vom Leitbild „Plafondierung“ aus, das der Stadtrat 2001 beschlossen hatte. Diese „hat das Ziel, den ModalSplit von 1997 zu stabilisieren und zu erhalten. Dies trotz der anstehenden, größtenteils autoorientierten Planungen und der zu erwartenden Steigerung des Gesamtverkehrsaufkommens.“³

Anknüpfend an ein 2005 abgeschlossenes Projekt „Fitnessprogramm Innenstadt Bamberg“, das der Freistaat Bayern im Rahmen eines EU-Programms „Vital Cities“ gefördert hatte, wurden 2007/2008 in einem Mediationsverfahren „Zukunft Innenstadt Bamberg“ in fünf intensiven „Werkstattsitzungen“ unter Beteiligung von

2 Stadt Bamberg, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Stadt Bamberg, Generalverkehrsplan, Informationsheft zur Bürgerbeteiligung. Planungsempfehlungen, Verwaltungsvorschläge, Stadtratsbeschlüsse, Bamberg 1983, S. 14.

3 Stadt Bamberg, Baureferat, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Verkehrsentwicklungsplan Bamberg, Teil D. Reihenfolge, Realisierungsstufen, Bamberg 2005, S. D-4.

Bürgern, Interessenvertretern, städtischen Verwaltungsstellen und externen Experten (u. a. dem Verfasser) sieben Oberziele erarbeitet und durch einen umfangreichen „Ideenspeicher“ ergänzt. In der Schlusskonvention stand an erster Stelle (allerdings ohne eine Gewichtung): *„Das Weltkulturerbe als Qualitätsmaßstab in der Gestaltung begreifen und als Chance zur Wertschöpfung sehen.“*⁴

Zur Erläuterung heißt es: „Das Weltkulturerbe ist mehr als ‚Hülle und Kulisse‘. Es prägt die spezielle Atmosphäre der Stadt und ist ein zentrales Motiv für viele Besuche in der Innenstadt. Es bietet damit den Rahmen und setzt Maßstäbe für die Erlebnisqualität der innerstädtischen Angebote in Handel und Gastronomie, Kultur und Tourismus, Dienstleistungen und Wohnen. Es verpflichtet zugleich zu denkmalgerechter, schonender Weiterentwicklung sowohl der Baustruktur wie der innerstädtischen Flächen.“

Als weiteres Oberziel wird gefordert: *„Den Motorisierten Individualverkehr deutlich beruhigen und reduzieren“*. Hierzu heißt es erläuternd: „Der MIV beeinträchtigt durch seine Lärm- und Abgasemissionen die Aufenthalts-, Erlebnis- und Wohnqualität der Innenstadt. Unnötige Parksuchverkehre lassen sich durch eine Neuordnung und konsequente Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs vermeiden. Durchgangsverkehre werden um die Innenstadt herum geleitet.“⁵ Diese „Umleitung“ erfordert, die mittig den Haupteinkaufsbereich querende Lange Straße nicht länger als Teil des Cityrings zu verwenden.

Innerhalb der Mediationsdiskussionen nahm das Thema Verkehr einen dominanten Raum ein, während die Erfordernisse des Weltkulturerbes eher wenig Beachtung fanden. (Diese wurden vor allem von der für Denkmalschutz und Welterbe zuständigen Karin Dengler-Schreiber und vom Verfasser dieses Beitrags angemahnt). Auch der Oberbürgermeister und der Baureferent gingen in ihren Vorworten zum Abschlussbericht nicht auf die Potenziale des Weltkulturerbes für die Innenstadtentwicklung ein.



Abb. 1: Bamberg; Fußgängerzone Grüner Markt;
Foto: Krings, 2024.

4 Stadt Bamberg, Baureferat, Stadtplanungsamt (Hrsg.), Mediationsverfahren „Zukunft Innenstadt Bamberg, Bamberg 2008, S. 28.

5 Ebda., S. 31.

Der 2022 vom Ingenieurbüro Planersocietät vorgelegte Verkehrsentwicklungsplan zeigt zwar in seinem Ziel- und Maßnahmenbericht überzeugend den für eine Mobilitätswende einzuschlagenden Weg, kommt aber erst auf Seite 36 zum Thema Weltkulturerbe: „Einen besonderen Diskussionspunkt [...] stellt die Forderung nach einer deutlichen Verkehrsreduzierung im Innenstadt- und Berggebiet bzw. sogar nach einem komplett autofreien Weltkulturerbe dar. [...] Viele Konzepte liegen bereits in den Bamberger Schubladen, das darf nun nicht so weitergehen.“ Allerdings beschränken sich die Gutachter auf die allgemeine Empfehlung, „die Erarbeitung eines den Kfz-Verkehr reduzierenden Innenstadt- und Berggebietsverkehrskonzeptes (Schlüssel-Maßnahme) in Auftrag zu geben und konsequent zu entwickeln.“ Unterpunkte zum Leitziel „Straßen- und Stadträume lebenswert gestalten“ sind: Wiedergewinnung des öffentlichen Raums durch den Menschen, Attraktivierung und Vernetzung von Straßen, Wegen und Plätzen zu Gunsten der Aufenthaltsqualität, Potenzial von Plätzen und Freiräumen ausschöpfen. Noch nicht angesprochen werden die Anpassungen an den Klimawandel (Hitzestau, „Schwammstadt“), die auch für die Verbesserung der Wohnfunktion wichtig sind. Hier wie auch in allen anderen Planungsüberlegungen unerwähnt bleibt auch die Notwendigkeit, den zeitweisen Überdruck durch Touristenströme durch eine Aufweitung attraktiver öffentlicher Besuchsareale abzumildern.

Als weiteren Baustein zur Weiterentwicklung eines Innenstadtkonzeptes legte das Stadtplanungsamt 2024 eine vorbereitende Untersuchung „Tor zur südlichen Kernstadt“ vor, deren umfassenden Vorschlägen zur Aufwertung des öffentlichen Raumes und Steigerung der Aufenthaltsqualität zwar vom Stadtrat zugestimmt wurde, wobei aber die Beschlussfassung zu den Maßnahmen bis zur Vorlage des innerstädtischen Verkehrskonzeptes zurückgestellt wurde (insbesondere für die Lange Straße mit Auflösung des Cityringes).

Die Stadt Bamberg war 1971 mit der Sperrung des Grünen Marktes (vorher Bundesstraße) und der anschließenden Umgestaltung nach einem Entwurf des für das Design der Münchner Fußgängerzone verantwortlichen Bernhard Winkler ganz auf der Höhe der Zeit. Die Hauptgeschäftslage konnte sich dadurch auch gegen die Konkurrenz am Stadtrand behaupten, was sich heute an einem zeitweisen Gedränge zeigt (z. B. zählte Hystreet.com am Samstag, 12. Oktober 2024 insg. 42.309 Passanten). Ihre Gestaltung wurde mehrfach aktualisiert (vgl. Abb. 1). Dabei erweisen sich die inzwischen groß gewachsenen Bäume einerseits als willkommene Spender von Schatten und Frischluft, beeinträchtigen andererseits jedoch die Wahrnehmung des historischen Stadtbildes.

Die bereits damals geplante Erweiterung der Fußgängerzone ins Sandstraßenviertel (Bergstadt) erwies sich dann allerdings als ein überaus mühsamer Prozess, obwohl hier der Druck der touristischen Besucher auf den öffentlichen Raum beson-



Abb. 2: Bamberg; Blick vom Inselrathaus in Richtung Domberg; Foto: Küffner, 2024.



Abb. 3: Bamberg; Anstieg durch die Karolinenstraße zum Dom; Foto: Küffner, 2024.

ders groß war (Gastronomieschwerpunkt; u. a. Volksfest „Sandkerwa“). Dabei wurde bereits 2005 im Verkehrsentwicklungsplan moniert: „Die Karolinenstraße und die Dominikanerstraße stellen Durchfahrtsmöglichkeiten durch städtebaulich sensible Bereiche dar und stören den touristisch bedeutsamen Fußgängerverkehr im Sandgebiet und zum Dom. Ihre Sperrung würde eine Fortsetzung der Fußgängerstraße vom Grünen Markt bis zum Dom ermöglichen.“⁶ Die Gastromeile am Fuß des Dombergs wurde schließlich ab 2007 in mehreren Etappen zur Fußgängerstraße ausgebaut. Dagegen ist für den direkten Aufgang vom historischen Brückenrathaus über die Karolinenstraße zum Domplatz bisher keine besuchergerechte Gestaltung erfolgt (vgl. Abb. 2, 3). Für den ÖPNV durch die Gassen der Bergstadt könnten Kleinbusse eine Lösung sein, wie sie z. B. Hamburg im Elbe-Stadtteil Blankenese einsetzt.

6 Stadt Bamberg, Baureferat, Stadtplanungsamt (s. A 3), S. D-13.



Abb. 4: Bamberg; Beginn der Langen Straße als wenig einladendes „Tor zur Kernstadt“;
Foto: Küffner, 2024.

Im Bereich der Langen Straße kam man bis heute über eher kosmetische Maßnahmen zur Abschwächung der Belastungen durch den für unverzichtbar gehaltenen Autoverkehr nicht hinaus, obwohl 2011 ein Verkehrsversuch mit einer Sperrung an vier Wochenenden keine problematischen Verlagerungseffekte ergab. Eine Welterbe-Anmutung konnte hier nicht entstehen (vgl. Abb. 4, 5) und der Einzelhandel verlor an Attraktivität. Hier schlagen die verschiedenen Gutachten die Umwandlung in einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich mit 20 Km/h, Beschränkung auf Anlieger- und Stadtbusverkehr in Einbahnrichtung, niveaugleichem Straßenbelag, Begrünung und Sitzbänken vor. Allerdings ist zu befürchten, dass aus alter Gewohnheit der „Anlieger-“ zum „Anlüger-Verkehr“ wird und sich trotz eines reduzierten Verkehrsaufkommens die erhoffte Flanieratmosphäre nicht einstellen wird. Die Möglichkeit eines Fußgängerbereichs, der die Hauptgeschäftslage Grüner Markt ergänzt, wird in keinem der Gutachten erwähnt.



Abb. 5: Bamberg; Lange Straße verkehrsberuhigt gestaltet aber weiterhin Teil des Cityrings mit 7900 Kfz/d (Radweg entgegen Einbahnrichtung); Foto: Küffner, 2024.

Der am Regnitzufer gelegene Freiraum Am Kranen fristet trotz seiner grandiosen Blickbeziehungen auf Regnitz, Dom, Michaelsberg und Altes Rathaus ein betrübliches Dasein ohne gestalterische Qualität (vgl. Abb. 6).⁷ Dabei bildet der Fluss ein wesentliches Element des historischen Bambergs als Verkehrsader und Energie-lieferant (Wehr mit heute noch aktiver Energiegewinnung). Heu- und Holzmarkt sind zu Parkplätzen degradiert, eine eindrucksvolle Botero-„Liegende“ als Teil des Bamberger Programms moderner Großskulpturen im öffentlichen Raum wirkt vereinsamt.

Die den zugeschütteten Stadtgraben einnehmenden Promenaden, die in der Gründerzeit dem Zeitgeist folgend mit repräsentativen Bauten und Baumpflanzun-

⁷ Vgl. auch *Schutzgemeinschaft Alt-Bamberg e.V.* (Hrsg.), *Mut zur Schönheit! Von einer bezeichnenden Posse am Kranen*, in: *denkmalweit* 19, 1923, S. 8-9.



Abb. 6: Bamberg; Am Kranen mit Regnitz / Schiffslände, Dominikanerkloster und Sandviertel, im Hintergrund Kloster St. Michael; Foto: Küffner, 2024.

gen gestaltet wurden, laden auch nicht mehr zum Promenieren ein, sondern vermitteln trotz einzelner Aufwertungsinitiativen eine chaotische Hinterhofatmosphäre.

Trotz der über viele Jahre hinweg mit weitgehender Bürgerbeteiligung erarbeiteten Planungen kommt die Stadt bei der Umsetzung wenig voran und werden Entscheidungen immer wieder verzögert. Eine Ursache liegt in einer schwachen Position des Oberbürgermeisters (SPD) ohne eine eigene Mehrheit und einer starken Zersplitterung des Stadtrates, in dem die Grünen nach der Kommunalwahl 2020 mit 12 von 44 Stadträten die größte Fraktion stellen, gefolgt von der CSU (10) und SPD (7) sowie weiteren neun (!) Gruppierungen. Hinzu kommt die „unendliche Kraft der Nein-Sager“, wie sie vom Wuppertaler OB Schneidewind (ehemaliger Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie) in einem Interview nach zwei Jahren Amtszeit eindringlich dargestellt wird.⁸ Das Welterbe-Zentrum beteiligt sich zwar als wichtiger Kommunikator, hat aber als städtische Behörde keine eigene Planungskompetenz.

⁸ Vgl. P. Unfried/H. Welzer, Wuppertal-OB Schneidewind im Gespräch. Die unendliche Kraft der Nein-Sager, in: *Taz FUTURZWEI*, 19.03.2024.

Bemerkenswert ist in Bamberg das starke Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen. So wurde 1968 zur Abwehr schädlicher Eingriffe in die historische Substanz die „Schutzgemeinschaft Alt-Bamberg e. V.“ gegründet. Sie gibt halbjährlich die Zeitschrift „denkmalweiter“ heraus und bezieht regelmäßig kritisch Stellung. So veröffentlichte sie 2020 ein Plädoyer für einen Masterplan „Öffentlicher Raum“⁹ und beklagte zuletzt im Hinblick auf die Verunstaltung des Platzes Am Kranen: „Wann begreifen die Verantwortlichen endlich, dass es in einer bedeutsamen Welterbe-Altstadt wie Bamberg IMMER um eine schöne, optische Lösung gehen muss?“¹⁰ Sie hat entscheidend dazu beigetragen, dass 1998 die von CSU und Bamberger Bürgerblock mit erheblichem Aufwand angestrebte Wiederaufnahme der Planung für die vom Stadtrat 1983 abgelehnte Bergverbindungsstraße in einem Bürgerentscheid keine Mehrheit fand (53% dagegen).

Im Bereich von Bergstadt, Inselstadt und Gärtnerstadt gibt es jeweils einen eigenen Bürgerverein. Diese beziehen ebenfalls Stellung zu Planungsfragen, zwei veröffentlichen eigene Zeitschriften. Speziell zu Fragen eines stadtverträglichen Verkehrs bringt sich der Verkehrsclub Deutschland VCD intensiv in die öffentliche Diskussion ein, aktuell mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen (Straßenworkshop, vgl. Abb. 7) und Vorschlägen für eine autofreie Innenstadt („Begegnungsstadt Bamberg. Für ein lebenswertes Welterbe“, vgl. Abb. 8) und die Umgestaltung der Langen Straße zu einem Boulevard (Animationsfilm).



Abb. 7: Aktionen des VCD Bamberg zur Langen Straße im Rahmen der Mobilitätswoche.

9 Schutzgemeinschaft Alt-Bamberg e. V. (Hrsg.), Plädoyer für einen Masterplan „Öffentlicher Raum“, in: denkmalweiter 15, 2020, S. 8-9.

10 Schutzgemeinschaft Alt-Bamberg e. V. (Hrsg.), Mut zur Schönheit! Von einer bezeichnenden Posse am Kranen, in: denkmalweiter 19, 2023, S. 8-9.



Abb. 8: Flyer der Initiative „Begegnungsstadt Bamberg“ zur Verkehrsentwicklung der Bamberger Innenstadt 2024

An aerial photograph of the Bamberg Old Town, showing the dense medieval street grid and the Regnitz river winding through the center. The map is used as a background for the text.

Neben den klassischen Mobilitätsformen sollen Leih- und Sharingmodelle, sowie neue Lieferkonzepte zum Mobilitätsmix beitragen. Lieferungen können z.B. durch flexibel buchbare Ladezonen vereinfacht werden. Stau wird aus der Stadt rausgehalten, aber alle können weiterhin mobil bleiben, ohne sich einschränken zu müssen.

Weniger Autos im Welterbe heißt: Weniger Stau, kürzere Fahrtzeiten, weniger Lärm.

Ziel 3: Für transparente Umsetzung: verbindlichen Zeit- und Maßnahmenplan aufstellen

Transparente Umsetzung mit verbindlichem Zeit- und Maßnahmenplan – und Öffentlichkeitsbeteiligung!

Wir haben selbst schon viele gute Ideen, wie die Begegnungsstadt erreicht werden kann. Aber nur eine Beteiligung betroffener Bürgerinnen und Bürger sowie von Verbänden führt zu Maßnahmen, die alle akzeptieren.

Öffentlichkeit beteiligen - Akzeptanz schaffen

Daher muss spätestens 6 Monate nach der Annahme des Begehrens die regelmäßige Information starten, gefolgt von Beteiligungen in Präsenzveranstaltungen und digitaler Form. Und was ist stimmiger, als eine Begegnungsstadt mittels vieler Begegnungen zu planen und umzusetzen? Begegnungsstadt umsetzen heißt: Bessere Information, mehr Dialog, gemeinsames Planen.

Modelle für eine flächenhafte Verkehrsberuhigung in historischen Innenstädten

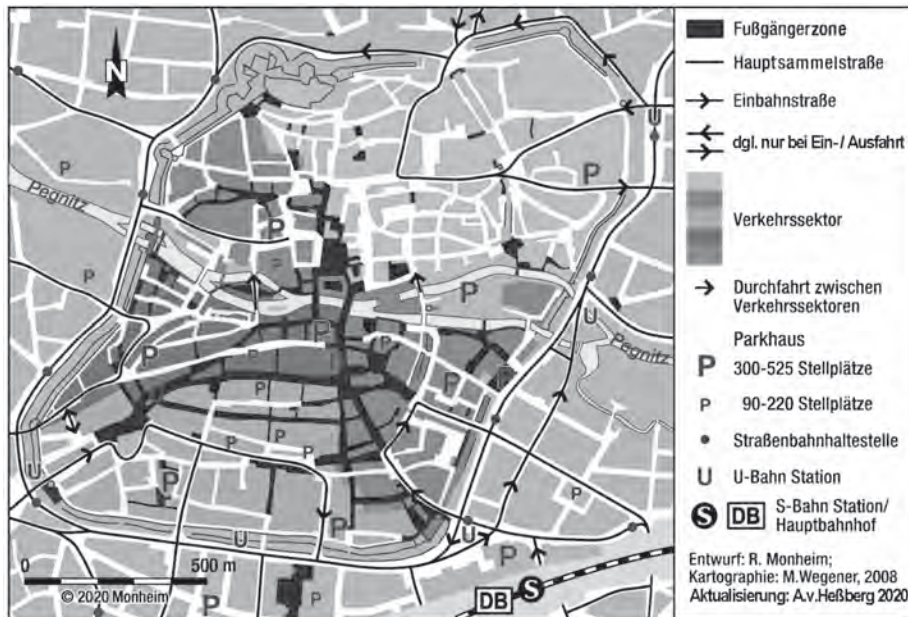


Abb. 9: Nürnberg; Verkehrserschließung der Innenstadt.

Dass es ungeachtet anhaltender Kontroversen möglich ist, schrittweise eine flächenhafte Verkehrsberuhigung und einen umfassenden Fußgängerbereich zu entwickeln, zeigen die Erfahrungen in Nürnberg. 1966 wurde in der Breiten Gasse eine erste, konventionelle Einkaufs-Fußgängerzone eingerichtet und bis 1970 umgebaut. Dies führte umgehend zu stark steigenden Besucherzahlen. Die übrige Innenstadt blieb zunächst in allen Richtungen für den Autoverkehr durchlässig. 1972 wurde die Fußgängerzone erheblich erweitert, doch hielt man weiterhin einen inneren Kfz-Erschließungsring für erforderlich, um einen Zusammenbruch des Altstadtrings durch verdrängten Autoverkehr zu verhindern. Allerdings trat nach der Schließung der Nord-Süd- und Ost-West-Querungen von vorher 22.500 bzw. 20.900 Kfz nur ein Viertel als Zusatzbelastung im verbleibenden Netz auf. Ein weiterer Einschnitt, der zu heftigen Kontroversen führte, bildete 1988 die probeweise Schließung der Querverbindung durch die nördliche Altstadt durch die Sperrung des Rathaus-

platzes. Der Zielverkehr in die Altstadt blieb nahezu unverändert. Außerhalb nahm die Belastung der Ausweichrouten nur um 29% der Verkehrsmenge am Rathausplatz zu. Ihren Abschluss fand die Neuregelung des Autoverkehrs 1992 mit der Untergliederung der Altstadt in fünf Verkehrszellen (Abb. 9). Innerhalb der Altstadt wurde die Verkehrsbelastung annähernd halbiert. Bei Besucherbefragungen ein Jahr nach der Einführung der Schleifenregelung fanden 63% diese gut und nur 13% schlecht, und selbst bei Autofahrern überwog mit 44% zu 27% die Zustimmung klar.

Die schrittweise Erweiterung des Fußgängerbereichs mit zahlreichen Einzelmaßnahmen auf deutlich über 10 km Straßenlänge ermöglichte die Schaffung einer Vielzahl attraktiver öffentlicher Räume. Diese werden systematisch für soziale und kulturelle Aktivitäten genutzt.

Die Vielfalt der angebotenen Nutzungsmöglichkeiten sowie die einladende Atmosphäre gut gestalteter öffentlicher Räume führen dazu, dass die Besucher der Innenstadt gerne größere Strecken auf sich nehmen. Selbst Autofahrer gehen nach Befragungen in fünf Parkhäusern im Mittel wochentags 1,4 und samstags 1,7 km. Im Mittel aller einkaufenden Innenstadtbesucher stieg der Anteil in sieben oder mehr Geschäfte Gehender 1988 bis 2009 werktags von 16% auf 32%; und samstags sogar von 35% auf 50%. Dies hängt mit einem gewandelten Verhalten der Innenstadtbesucher zusammen, die ihren Aufenthalt zunehmend als Shopperlebnis empfinden, bei dem der Weg zu Fuß nicht Last, sondern Lust ist, wobei es durch die Aufwertung der öffentlichen Räume wesentlich gefördert wird.¹¹ Dies dient auch der Überwindung einer einseitigen Konsumorientierung, die ohnehin durch Warenhauskrise und Onlinekonkurrenz unter Druck steht.

Ein weiteres Beispiel für eine gelungene flächenhafte Verkehrsberuhigung als Voraussetzung für die Inwertsetzung historischer Straßen- und Platzräume ist das Weltkulturerbe Regensburger Altstadt. Hier erreichte das Stadtplanungsdezernat 1982 unter Führung seines tatkräftigen Leiters Günter Stöberl die Durchführung eines Wettbewerbs für die Gestaltung der Straßen und Plätze der Altstadt. Trotz lebhafter Kontroversen fasste der Stadtrat 1983/84 die erforderlichen Umsetzungsbeschlüsse.¹² Für die Autozugänglichkeit der Anlieger wurde die Sonderregelung der „Wohnverkehrsstraßen“ eingesetzt (Diese erweisen sich allerdings mittlerweile infolge der geringen Regelbefolgung der Autofahrer als problematisch). Der ehemalige Bam-

11 R. Monheim, Zunehmende Vielfalt der Aktivitäten beim Innenstadtbesuch als Ausdruck der Entwicklung von Lebensstil und Stadtstruktur - das Beispiel der Nürnberger Innenstadt, in: Berichte des Arbeitskreises Geographische Handelsforschung 24, 2008, S. 15-20.

12 Vgl. *Stadt Regensburg*, Planungsdezernat (Hrsg.), Regensburg. Straßen und Plätze in der Altstadt. Gestaltung von öffentlichen Räumen, Regensburg 1988.

berger Professor für Denkmalpflege Achim Hubel hat 2016 ausgehend von Regensburg intensiv den Umgang mit Straßen und Plätzen in einer mittelalterlichen Stadt untersucht.¹³

Die Regensburger Altstadt erweist sich inzwischen bei Besucherbefragungen im deutschlandweiten Vergleich als beliebtester Spitzenreiter. Dazu trägt nicht zuletzt ein vielfältiger Einzelhandel bei, der geschickt die Potenziale der gut erhaltenen, kleinteiligen historischen Bebauung nutzt. Bei drei Welterbetagen 2009-2015 wurde der Einzelhandel in Baudenkmälern besonders herausgestellt (u. a. mit Flyern von fast 52 teilnehmenden Betrieben). Zwar ist die Zahl der Läden in der Regensburger Altstadt von 601 (2009) auf 447 (2022) zurückgegangen und die Verkaufsfläche von 72.000 qm auf 62.766 qm geschrumpft, dennoch blieb die Zahl der Leerstände mit 41/39 nahezu unverändert. Damit besteht eine italienischen Innenstädten vergleichbare Vielfalt.

Eigene Besucherbefragungen ergaben, dass in Regensburg die Tätigkeitsvielfalt und die Zahl aufgesuchter Läden deutlich größer sind als in anderen Innenstädten.¹⁴ Während in Deutschland autofreie Innenstädte manchen immer noch als Schreckgespenst gelten, haben viele historische Innenstädte in Italien schon länger strikte Regulierungen eingeführt, die nur noch den Anwohnern die Autonutzung gestatten und dies auch streng kontrollieren (Zona a traffico limitato). Dies ermöglicht die Wiedergewinnung der öffentlichen Räume als Aufenthalts- und Begegnungsräume und wertet die dort noch ausgeprägtere Wohnqualität entscheidend auf. Die Zustimmung zur Beschränkung der Autoerreichbarkeit ist bei den italienischen Innenstadtb Besuchern deutlich stärker als bei den deutschen: z. B. waren bei eigenen Befragungen 1994 in Florenz 77 % und in Nürnberg nur 39 % dafür, die Autoerreichbarkeit der Innenstadt weiter einzuschränken.¹⁵

13 Vgl. A. Hubel, Vom Umgang mit Straßen und Plätzen in einer mittelalterlichen Stadt, in: *Stadt Regensburg, Amt für Archiv und Denkmalpflege* (Hrsg.), *Regensburger Plätze – Geschichte und Funktionen städtischer Räume* (Beiträge des 31. Regensburger Herbstsymposiums für Kunst, Geschichte und Denkmalpflege vom 18.-20.11.2016), Regensburg 2017, S. 108-137.

14 Zur Geschäftsstruktur, dem Verhalten und den Einstellungen der Besucher vgl. J. Heller/R. Monheim, Die Regensburger Altstadt als „Markenartikel“, in: *Die alte Stadt* 25 (1/1998), S. 30-54; R. Junger/R. Monheim, Der Einfluss der Herkunft auf die Nutzung der Innenstadt – das Beispiel der Regensburger Altstadt, in: *Berichte des Arbeitskreises Geographische Handelsforschung*, H. 30, 2011, S. 27-34; weitere Beispiele in dem Schwerpunkttheft „Nutzungen und Verkehr in historischen Innenstädten“, hrsg. von R. Monheim, in: *Die alte Stadt* 25 (1/1998).

15 Vgl. M. Meini/M. Holzwarth/R. Monheim, Florenz und Nürnberg – unterschiedliche Entwicklungsmodelle für Altstädte, in: *R. Monheim* (s. A 14), S. 55-79.

Lehren für Bamberg

Aus den Erfahrungen anderer historischer Innenstädte kann man vor allem zwei Lehren ziehen: Der (Auto-)Verkehr ist sehr anpassungsfähig und seine Entwicklung kann nicht durch Verteilungsmodelle prognostiziert werden. Und bei entschlossenem politischem Gestaltungswillen, der sich nicht durch Proteste einzelner Interessengruppen (oft von der politischen Opposition unterstützt) blockieren lässt, ist es möglich, die historische Innenstadt zu einem in sich stimmigen Ensemble zu entwickeln, das insbesondere über gut gestaltete öffentliche Räume anziehend wirkt. Sie entspricht damit den Bedürfnissen einer Gesellschaft, in der Einkaufen in der Innenstadt weniger der Grundversorgung dient, sondern eher zur Freizeittätigkeit wird und sich die Innenstadt zum sozialen Ort entwickelt, der eine spezifische lokale Identität schafft, was heute zunehmend wertgeschätzt wird.

Für eine gedeihliche Entwicklung der Bamberger Innenstadt ist es erforderlich, diese an sich wandelnde gesellschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen, wobei der Status als Weltkulturerbe nicht als Hindernis, sondern als Potenzial und Verpflichtung verstanden werden sollte. Ein Verharren im Gewohnten mit „faulen Kompromissen“ führt dagegen zum Bedeutungsverlust, wie man an der Langen Straße beobachten kann. Es kommt nun darauf an, den im einleitenden Zitat dieses Beitrags postulierten Zielen beherzt Taten folgen zu lassen, einschließlich einer um Verständnis werbenden Öffentlichkeitsarbeit – nicht zuletzt bei den Einzelhändlern, deren Wahrnehmungen bei Befragungen stets negativer sind als die der Besucher der Innenstadt. Zu lange blieb es bei schönen Planungen!

Harmonie der Planer?

**Gottfried Feder, Alfred Striemer, Fritz Rechenberg
und ihr städtebauliches Gemeinschaftsideal
während des Nationalsozialismus**

Merkwürdige Kooperationen und befremdliche Lebensläufe sind in der Geschichte der modernen Stadtplanung keine Seltenheit. Dass ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft an einer der einflussreichsten städtebaulichen Monografien der NS-Zeit mitarbeitete, erstaunt dennoch. Zumal enge inhaltliche Übereinstimmungen mit einem weiteren Mitarbeiter bestehen, der über die Jugend- und Lebensreformbewegung zur NSDAP gekommen war. Und beide unter der Leitung eines Mitbegründers jener Partei zusammenarbeiteten. Die Rede ist von Alfred Striemer, Fritz Rechenberg und Gottfried Feder.

Im Folgenden soll rekonstruiert werden, wie ihre intellektuellen Biografien zusammenliefen und welche ideellen Gemeinsamkeiten (sowie Unterschiede) ihre Zusammenarbeit prägten. Dies betrifft vor allem ihr Ideal der Gemeinschaft, welches sie in das Zentrum der Stadtplanung stellten. Doch war dies überhaupt Ausdruck nationalsozialistischer Ideologie, oder ist jene befremdliche Zusammenarbeit eher im Kontext internationaler Strömungen wie dem Social Engineering zu verstehen?

1. Von der NSDAP-Leitung an die TH Berlin: Gottfried Feder

Gottfried Feder wurde 1883 in eine bayrische Beamtenfamilie geboren. Nach der Jahrhundertwende studierte er Bauingenieurswesen und wurde Teilhaber einer Bau-firma. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs politisierte er sich, beendete seine Ingenieurslaufbahn und entwickelte sich zum rechtsradikalen Aktivisten. Rasch stieg er zu einem der einflussreichsten völkischen Publizisten auf. Unter den von ihm unterstützten politischen Gruppen war die junge NSDAP, auf deren Vorsitzenden, Adolf Hitler, er einen gewissen ideologischen Einfluss ausübte. Dies drückte sich nur begrenzt in innerparteilicher Macht aus, doch Feder spielte eine wichtige Rolle für die Publizistik und Programmatik der NSDAP und gehörte 1931-1932 auch der Partei-

leitung an. Schon 1924 hatte er ein Reichstagsmandat erhalten und trat seitdem als Wirtschaftsexperte der Reichstagsfraktion auf.¹

Im Mittelpunkt seines ökonomischen Denkens stand die scharfe Trennung zwischen „schaffendem“ Industriekapital und „raffendem“ Finanzkapital. Ersteres assoziierte er mit konkreter, wertschaffender Arbeit, während er Letzteres als abstrakt, volkswirtschaftlich unproduktiv und letztlich parasitär darstellte. In dieser künstlichen Trennung und Gegenüberstellung der Sphären kapitalistischer Ökonomie war der Antisemitismus bereits angelegt, der bald in das Zentrum von Feders Agitation rückte.² Daneben beschäftigte er sich auch mit Themen wie der Bau- und Wohnungspolitik.³ Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wurde Feder zunächst Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, im März 1934 folgte seine Ernennung zum Reichssiedlungskommissar, wodurch städtebauliche Fragen erstmals in den Mittelpunkt seines Wirkens rückten. Allerdings bekleidete er jenen Posten nur für einige Monate und verlor im Zuge parteiinterner Säuberungen seit dem Sommer 1934 sukzessive seine politischen Ämter.⁴ Stattdessen erhielt Feder im November 1934 an der Technischen Hochschule (TH) Berlin eine Honorarprofessur für „Siedlungswesen, Raumordnung und Städtebau“, deren wissenschaftliche Ausrichtung seit 1935 allmählich Konturen gewann.⁵

In den Säuberungen innerhalb der NSDAP zeigte sich die Rivalität verschiedener Cliquen, aber auch der Widerstreit unterschiedlicher Vorstellungen davon, was der Nationalsozialismus sein sollte. Dies lässt sich auch an Feders städtebaulichen Ideen zeigen. In den 1920er-Jahren hatte er sich auf den großstädtischen Wohnungsbau konzentriert und nur beiläufig die Abwanderung aufs Land als ergänzenden Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot genannt.⁶ Doch seit der Weltwirtschaftskrise

1 Siehe zu Feders politischer Biografie insb. O. Plöckinger, Gottfried Feders Einfluss auf die wirtschafts- und staatspolitischen Vorstellungen der frühen NSDAP und auf Hitlers „Mein Kampf“, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 105 (2018), S. 500 ff. und 527; sowie: R. Bromley/T. Schenk, Mass-Producing Traditional Small Cities. Gottfried Feder's Vision for a Greater Nazi Germany, in: Journal of planning history 2 (2003), S. 108 ff.; J. Lilla et. al., Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945, Düsseldorf 2004, S. 133 f.; T. Meyer, Gottfried Feder und der nationalsozialistische Diskurs über Technik, in: ders./W. Lorenz (Hrsg.), Technik und Verantwortung im Nationalsozialismus, Münster 2004, S. 82 f. und 86 ff.; D. Schubert: Gottfried Feder und sein Beitrag zur Stadtplanungstheorie. Technokratische Richtwertplanung oder nationalsozialistische Stadtplanungsideologie?, in: Die alte Stadt 13 (1986), S. 193 ff.

2 M. Postone, Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: D. Diner (Hrsg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988, S. 252 f.; O. Plöckinger (s. A 1), S. 514 f. und 523 f.

3 O. Plöckinger (s. A 1), S. 515 f.

4 R. Bromley/T. Schenk (s. A 1), S. 112 ff.; J. Lilla (s. A 1), S. 133 f.; T. Meyer (s. A1), S. 90 ff.

5 A. Valerius, Der Lehrstuhl Feder an der TH Berlin. Ein Akteur nationalsozialistischer Stadtplanung und Raumforschung, unveröff. Masterarbeit, TU Berlin 2019, S. 21 f.

6 G. Feder, Die Wohnungsnot und die soziale Bau- und Wirtschaftsbank als Retterin aus Wohnungselend, Wirtschaftskrise und Erwerbsehend, München 1932, S. 21.

forderte er die organisierte, massenhafte Abwanderung aus den Großstädten sowie ländlichen Siedlungsbau als Teil einer umfassenden Reagrarisierung Deutschlands.⁷ Im Mittelpunkt seines kurzen Wirkens als Reichssiedlungskommissar stand dann auch die Propagierung und Planung neuer, musterhafter Kleinstädte.⁸

Feder stellte sich damit in die Tradition der Großstadtkritik, die seit der Jahrhundertwende ein zentrales Motiv der Lebensreformbewegungen nebst völkischer Kreise war und 1933/34 die (spärlichen) staatlichen Bauprogramme entscheidend prägte.⁹ Doch ab Mitte der 1930er wurde durch die Aufrüstungspolitik des NS-Staates das weitere Wachstum industrieller Zentren, unter ihnen viele Großstädte, unvermeidbar. Von der mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Stadtplanung wurde nun erwartet, dieses Wachstum zu gestalten und dabei dem Repräsentationsbedürfnis des Regimes Rechnung zu tragen.¹⁰

Feders Transfer von der Politik in die Wissenschaft war nicht zuletzt ein Ausdruck dieses Paradigmenwechsels.¹¹ Doch er war dadurch nicht „kaltgestellt“ worden. Feder selbst formulierte ein Wissenschaftsverständnis, welches die Trennung von Wissenschaft und Politik offensiv in Frage stellte. Und er stritt weiter für seine großstadtkritische Vision – mit wissenschaftlichen Schriften und populären Vorträgen, als Dienstleister für kommunale Planungen und umtriebiger Netzwerker.¹² So gelang es ihm, für dessen Lehrstuhl eigentlich nur eine Assistentenstelle vorgesehen war, durch das Einwerben von Forschungsgeldern ein Institut mit einem knappen Dutzend Mitarbeitenden aufzubauen.¹³ Unter ihnen war einer, der aus gutem Grund nicht auf den offiziellen Mitarbeiterlisten auftauchte.

7 G. Feder, Nationalsozialismus und Eigentum, in: *ders.*, Kampf gegen die Hochfinanz, München 1933, S. 319; G. Feder, Die letzten Ursachen der Weltwirtschaftskrise, in: *ebda.*, S. 340 und 342.

8 G. Feder: Das deutsche Siedlungswerk. Zwei programmatische Reden, in: *Siedlung und Wirtschaft* 16 (1934), S. 183 ff.; o.V., Planmäßige Schaffung neuer „Landstädtchen“, in: *Nationalsozialistische Gemeinde* 2 (1934), S. 281; J. Sollich, Herbert Rimpl (1902-1978), Berlin 2013, S. 44 ff.; H. Weihsmann, Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs, Wien 1998, S. 349 f.

9 W. Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, München 1992, S. 121 f. und 131 f.; B. Marchand, Nationalsozialismus und Großstadtfeindschaft, in: *Die alte Stadt* 26 (1999), S. 39 ff.; D. Schubert, Stadtplanung als Ideologie, Diss. FU Berlin 1981, S. 150 ff. und 172 f.; H. Weihsmann (s. A 8), S. 63 ff.

10 D. Kuchenbuch, Geordnete Gemeinschaft. Architekten als Sozialingenieure – Deutschland und Schweden im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2010, S. 171 ff.; D. Schubert (s. A 9), S. 157 ff.; H. Weihsmann (s. A 8), S. 67 ff. und 274 f.

11 E. Konter, Die Städtebaulehre an der Technischen Hochschule Berlin in den 40er Jahren. Eine Studie zur Kontinuität und Diskontinuität der Städtebaulehre in Berlin. Zweiter Teil, in: *Arch+* 84 (1986), S. 89.

12 A. Valerius / A. Woschech, Flugplattformen zwischen Arbeitsbeschaffung und Raumplanung. Vom Scheitern einer transatlantischen Technikvision ca. 1927-1943, in: *Technikgeschichte* 87 (2020), S. 244 und 246 f.

13 *Bundesarchiv Berlin* (im Folgenden: *BArch*), R 4901/13297 (Reichsministerium für Wissenschaft).

2. Von der SPD an die TH Berlin: Alfred Strierner

Alfred Strierner wurde 1879 geboren und wuchs in Berlin auf. Sein Vater, ein Kaufmann, war Mitglied der jüdischen Gemeinde. Seine Mutter trat vor der Ehe zum Judentum über, rekonvertierte aber mit ihren Kindern zum Protestantismus, als Alfred Strierner ungefähr 16 Jahre alt war.¹⁴ Er studierte Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaften und trat um die Jahrhundertwende der SPD bei. Wenig später begann er in Berlin als Journalist für das sozialdemokratische Pressewesen zu arbeiten.¹⁵ Strierner gehörte zur äußersten Parteirechten und plädierte vor dem Ersten Weltkrieg für den Zusammenschluss von Arbeitern und mittelständischen Unternehmern zur Zurückdrängung der Großbetriebe. In seinen Schriften verband er sozialistische, christlich-wertkonservative und nationalistische Versatzstücke.¹⁶ Einige Jahre später propagierte er unter dem Eindruck der Novemberrevolution eine Spielart nicht-zentralisierter Wirtschaftsplanung durch Vertreter von Unternehmern, Arbeitern, Verbrauchern und Staat.¹⁷ Zugleich warb er für die Dezentralisierung der Industrie und ihre Verlagerung aus den Großstädten.¹⁸ Die Abwanderung städtischer Arbeiter in ländliche Siedlungen förderte Strierner in diesen Notjahren nicht nur als Journalist, sondern auch als Aufsichtsratsvorsitzender einer Erwerbslosensiedlung.¹⁹ Daneben war er 1919-1920 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und ab 1921 der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte, schrieb für den Wirtschaftsteil des „Vorwärts“ und arbeitete 1920-1923 als Redakteur der gewerkschaftlichen „Betriebsrätezeitung“.²⁰ Hier führte seine Kritik an Arbeitskämpfen als Ausdruck von Partikularinteressen zu Kontroversen und schließlich seinem Ausscheiden aus der Redaktion.²¹ Strierner wurde daraufhin Chefredakteur der Borsig-Werkszeitung, die er als ein Medium der Verständigung zwischen Unternehmer und Arbeiter

14 *Entschädigungsamt Berlin*, Reg. Nr.: 20.072, Geschädigter Strierner, Alfred: Bl. W22, W24, E12, E24.

15 *Entschädigungsamt* (s. A 14), PrV Bl. 4; o. V., Alfred Strierner, in: C. Fischer-Defoy et. al. (Red.), *Vor die Tür gesetzt. Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder 1933-1945*, Berlin 2006, S. 354 f.

16 A. Strierner, *Zum Kampf um die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Klein- und Mittelbetriebes. Eine Sammlung von Aufsätzen im Interesse der Bildung eines Bundes der wirtschaftlich Selbstständigen*, München und Leipzig 1914, S. 2, 4 f., 12 f. u. a.

17 A. Strierner, *Zu Kritik der freien Wirtschaft. Eine neuzeitliche Begründung der Sozialisierung*, Berlin 1919, S. 26 f.

18 Ebda., S. 25.

19 A. Strierner, *Ländliche Siedlungsarbeit*, in: *Vorwärts*, 14.10.1920; *ders.*, Beilage Nr. 1 „Siedlung und Kleingarten“ zum *Vorwärts* 1921; *ders.*, *Das wachsende Dorf. Bauer – Handwerker. Ein neuer Weg zur ländlichen und Landstadt-Siedlung. Untersuchungen über die maximale Aufnahmefähigkeit der Bauernsiedlung mit örtlich geschlossenem Wirtschaftskreislauf für Handwerker, Kaufleute, Techniker und andere Berufe*, Berlin 1935, S. 6.

20 o. V., Alfred Strierner (s. A 15).

21 A. Strierner, *An die Leser der Betriebsrätezeitung*, überliefert in *BArch*, R/8034/III 456 (Reichslandbund), Bl. 171.

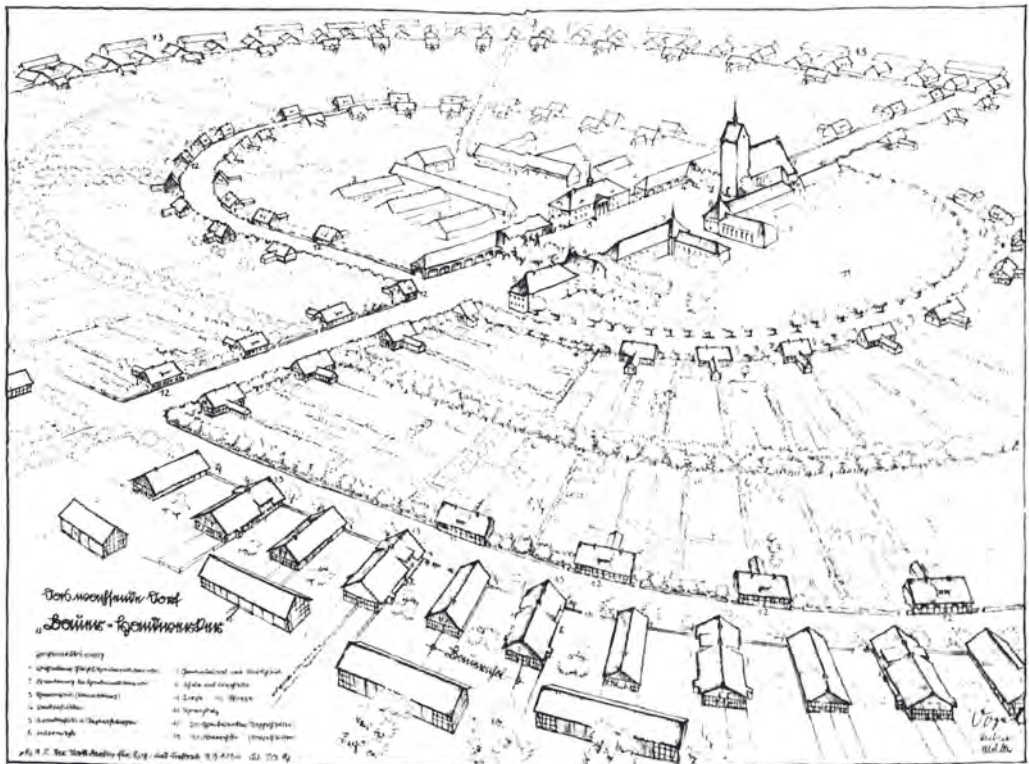


Abb. 1: „Das wachsende Dorf“; Plan von Regierungsbaumeister Vogel u. a.; aus: A. Striemer, *Das wachsende Dorf* (s. A 19), S. 20 f.

terschaft sah.²² Das Blatt wurde 1931 eingestellt, als die Berliner Borsigwerke im Zuge der Weltwirtschaftskrise abgewickelt wurden. Striemer wurde jedoch noch bis Ende 1932 weiterbeschäftigt, um ein Siedlungsprojekt für die nun arbeitslose Belegschaft zu organisieren.²³

Im Mai 1933 stand Striemers planwirtschaftliche Broschüre auf den Listen für die Bücherverbrennungen, eine berufliche Tätigkeit als Journalist war für ihn aufgrund der antisemitischen Gesetzgebung schon bald nahezu ausgeschlossen.²⁴ Den-

22 S. Guericke, *Die illustrierte Werkszeitung. Unternehmerische Selbstdarstellung und Bildstrategien am Beispiel der Borsig-Zeitung (1923-1931)*, in: *kunsttexte.de*, Nr. 1 (2017), S. 2 f., verfügbar: www.edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/7489/guericke.pdf [13.08.2024].

23 *Entschädigungsamt* (s. A 14), Bl. E15; *Landesarchiv Berlin* (im Folgenden: LAB), A Rep. 226 1591 (Conrad von Borsig).

24 W. Trefß, »Wider den undeutschen Geist« Bücherverbrennung 1933, Berlin 2003, S. 234.

noch konnte er 1933 einen volkswirtschaftlichen Vortrag, den er im Kontext seiner Siedlungstätigkeit für Borsig gehalten hatte, im Selbstverlag als Broschüre herausbringen.²⁵ 1935 veröffentlichte dann ein Berliner Verlag ein kleines Büchlein Striemers, welches seine Überlegungen fortführte. Er plädierte dort für die planmäßige Neugründung von Dörfern mit etwas mehr als tausend Einwohnern. Diese sollten Bauern und Handwerker sein und ihre Bedürfnisse großteils durch den Wirtschaftskreislauf innerhalb der Siedlung befriedigen.²⁶ Striemer verstand dies als eine Antwort auf die Wirtschaftskrise, denn eine krisenfeste Volkswirtschaft könne nur durch Abwanderung aus den Großstädten entstehen.²⁷ Zugleich bemühte er sich, Übereinstimmung mit den neuen Machthabern zu signalisieren:

„Die Idee der Gemeinschaft ist die tragende Idee unseres neuen Staates, die hier vorgeschlagene wirtschaftliche und soziale Ordnung trägt die Züge der nationalsozialistischen Weltanschauung.“²⁸

1935-1936 verbrachte Striemer einige Monate in den USA, kehrte dann aber nach Deutschland zurück, wo er Kontakte zu Gottfried Feder knüpfte.²⁹ 1939 veröffentlichte und bevorwortete dieser zwei Studien, in denen Striemer die sozioökonomische Struktur von Prenzlau und Peine analysierte. Der damaligen US-amerikanischen Stadtsoziologie nicht unähnlich, lag ihr Schwerpunkt auf einer Untersuchung der Mikroebene mit qualitativen Methoden.³⁰ Es spricht viel dafür, dass Striemer in den Jahren zuvor faktisch ein Mitarbeiter Feders gewesen war. So erhielt er feste monatliche Zahlungen, außerdem wurden beide Bücher zeitgleich und im selben Verlag wie „Die neue Stadt“, dem wissenschaftlichen Hauptwerk des Lehrstuhls, veröffentlicht. Unter den dort behandelten Städten wird auf Prenzlau besonders gründlich eingegangen.³¹ In seinem Buch über Peine thematisierte Striemer auch die Auswirkungen der Industrieansiedlung durch die „Reichswerke Hermann Göring“. Deren

25 A. Striemer, Der Kreislauf der Geldeinkommen. Seine Darstellung u. Erläuterung an Hand eines Kreislaufdiagramms das zum ersten Mal alle wirtschaftlichen Verknüpfungen im Kreislauf völlig klar darstellt, Berlin 1933. Vorangestellt ist der Verweis auf drei umfangreiche weitere Broschüren Striemers. Zum Siedlungswerk: ebda., S. 8 f.

26 A. Striemer, Dorf (s. A 19), insb. S. 10 ff.

27 Ebda., S. 5 f. So auch schon A. Striemer (s. A 25), S. 16.

28 A. Striemer, Dorf (s. A 19), S. 8.

29 Entschädigungsamt (s. A 14), Bl. F5 und F6. Hier dargestellt als versuchte Emigration. In verschiedenen Publikationen aus der NS-Zeit spielte Striemer vage auf dort gewonnene Einsichten zu stadtplanerischen Fragen an.

30 A. Striemer, Prenzlau. Leben und Arbeiten im Stadt- und Landkreis Prenzlau, Berlin 1939; A. Striemer, Peine. Leben und Arbeit im Stadt- und Landkreis Peine, Berlin 1939. Bisher als Einziger hierzu: D. Schubert (s. A 1), S. 206 f. Zu vergleichbaren Forschungen in den USA R. Schnell et. al., Methoden der empirischen Sozialforschung, München 2008, S. 34 ff.

31 G. Feder, Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung, Berlin 1939, S. 39 f. Zur Bezahlung Striemers: Entschädigungsamt (s. A 14), Bl. E 15.

Chefarchitekt, Herbert Rimpl, bereitete damals seine Promotion bei Feder vor, während mit Fritz Rechenberg ein früherer Angehöriger des Lehrstuhls an den Planungen der Reichswerke für das nahegelegene Salzgitter beteiligt war.³²

3. Von der Jugendbewegung an die TH Berlin: Fritz Rechenberg

Fritz Rechenberg wurde 1905 in Berlin geboren, wo sein Vater eine kleine Fabrik betrieb. Das für einen Unternehmersohn naheliegende Studium der Rechte und Ökonomie brach er rasch ab und studierte stattdessen 1924-1928 an der TH Berlin Bauingenieurswesen. Die darauf folgenden Jahre der Weltwirtschaftskrise waren für ihn von langen Phasen der Arbeitslosigkeit geprägt. Rechenberg unternahm Studienreisen durch Europa, nahm Zeichenunterricht und schrieb an seiner Doktorarbeit, die er 1934 an der TH Berlin vorlegte.³³

In jenem Text argumentierte Rechenberg, gestützt auf die statistische Untersuchung unter anderem von Verkehrsströmen, kommunalen Finanzen und der wirtschaftlichen Situation der Einwohner, dass die Kleinstadt mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern die ideale Siedlungsgröße sei.³⁴ Von einer städtebaulichen Reform der Großstädte riet er ausdrücklich ab, nur die Abwanderung ihrer Bewohner könne Verbesserungen bringen.³⁵ Trotz des umfangreichen Statistikeils weist das Buch einen großen ideologi-

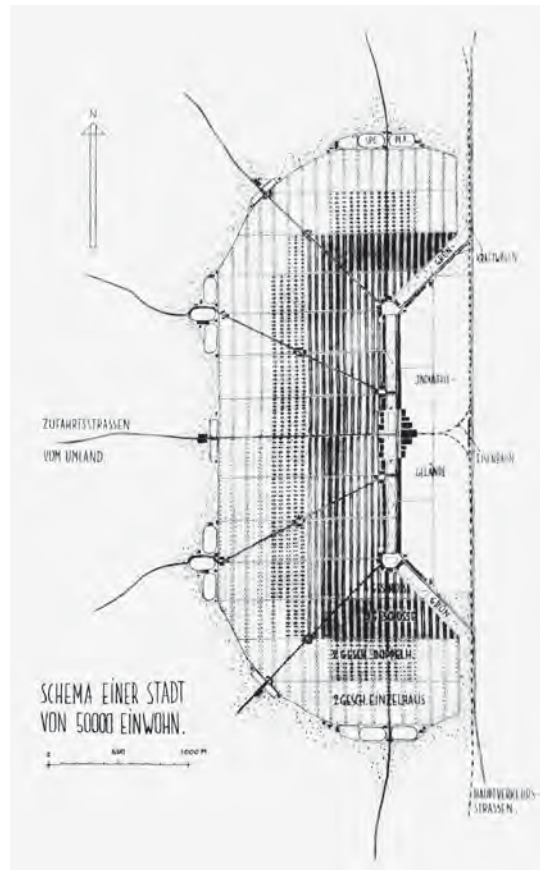


Abb. 2: Planschema einer Stadt von 5.000 Einwohnern, aus: F. Rechenberg (s. A 33), S. 60.

32 A. Striemer, Peine (s. A 30), S. 9, 24 und 85; J. Sollich (s. A 8), S. 155 f; siehe zu Rechenberg unten A 70.

33 F. Rechenberg, Die günstigste Stadtgröße, Berlin 1936, S. 88. LAB, A Rep. 243-04-7009 (Reichskammer der bildenden Künste).

34 F. Rechenberg (s. A 33), insb. S. 50 f.

35 Ebda., S. 7, 10, 37 f., 56.

schen Überschuss mit Anklängen an Romantik und Lebensreformbewegungen auf. Rechenberg verortete seine Arbeit in der Tradition einer großen ideellen Bewegung, „angefangen bei den Vegetariern, der Jugendbewegung [...] der zunehmenden Naturfreude“ (an anderer Stelle äußerte er seine Sorge hinsichtlich Bodenversiegelung und dem Zustand der Stadtbäume).³⁶ Zu den positiven Effekten des Kleinstadtlebens zählte er „eine tiefe, innere Religiosität“ und beklagte sich, dass es in einer wissenschaftlichen Arbeit verpönt sei, von Gefühlen zu sprechen. Dabei beruhe doch „jede Kraft des Menschen und alles wirklich Große auf dem Urtümlichsten, der Natur und dem Blut und Boden, auf dem wir stehen.“³⁷ Rechenberg, der in den ersten Jahren der NS-Herrschaft Mitglied der NSDAP wurde, bezog sich dabei auch auf Quellen wie Hitlers „Mein Kampf“ und den „Völkischen Beobachter“.³⁸ Gottfried Feder nannte er nicht, doch die Schriften Johann Wilhelm Ludowicis, Feders Stellvertreter als Reichssiedlungskommissar, zog er häufig heran.³⁹ Vielleicht auch deshalb wurde Fritz Rechenberg, der seit 1934 als Bauleiter für die Luftwaffe gearbeitet hatte, im November 1936 Assistent Feders.⁴⁰

4. Gemeinsame Wege

1939 erschien „Die neue Stadt“, das mit Abstand einflussreichste Werk des Lehrstuhls. Es trug Feders Namen, im Text ist jedoch von einer „Gemeinschaftsarbeit“ die Rede.⁴¹ Das Buch wurde in der Fachpresse positiv aufgenommen und erlebte drei Auflagen bis 1941; die dort formulierten städtebaulichen Richtwerte flossen indirekt in die Wiederaufbauplanungen vieler westdeutscher Städte ein.⁴² „Die neue Stadt“ wurde in Deutschland noch jahrzehntelang rezipiert und erlangte auch in Schweden und Japan Bekanntheit.⁴³ Das umfangreiche Werk versteht sich als eine Anleitung

36 Ebda., S. 5 (Zitat) und 11.

37 Ebda., S. 39 und 46.

38 Ebda., S. 41 ff. und 47. BArch R/9361/I 2794 (NSDAP-Mitgliederkartei).

39 F. Rechenberg (s. A 33), S. 6, 9 f., 32, 36 f., 39, 41 ff., 48, 51 und 88.

40 s. A 33.

41 So etwa G. Feder (s. A 31), S. 2, 379, 431 ff. und 460. Zum kollektiven Charakter und der Schulbildung um Feder: A. Valerius (s. A 5), S. 30.

42 o. V., Die Siedlungs-Gemeinschaft, in: Bauamt und Gemeindebau 21 (1939), S. 137; T. Steimle, Rezension zu Feder Gottfried: Die neue Stadt, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 151 (1940), S. 124 ff.; o. V., Unterredung mit Staatssekr. Prof. Gottfried Feder über Die neue Stadt, in: Baugilde 21 (1939), S. 33 ff.; E. J. Siedler, Gottfried Feder †, in: Gasschutz und Luftschutz II (1941), S. 237 (hier Angaben zu den Auflagen); G. Schmidt, Gottfried Feder und sein Werk, in: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland 2 (1942), S. 14 f. Zur Bedeutung für die Wiederaufbauplanungen: D. Kuchenbuch (s. A 10), S. 176 f. mit umfangreichen Archivmaterial. Zurückhaltender noch W. Durth (s. A 9), S. 212 ff.

43 W. Durth/N. Gutschow, Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950. Erster Band, Braunschweig 1988, S. 225 Ff. 44; H. Gutberger, Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration. Forschung für Raumplanung und Raumord-

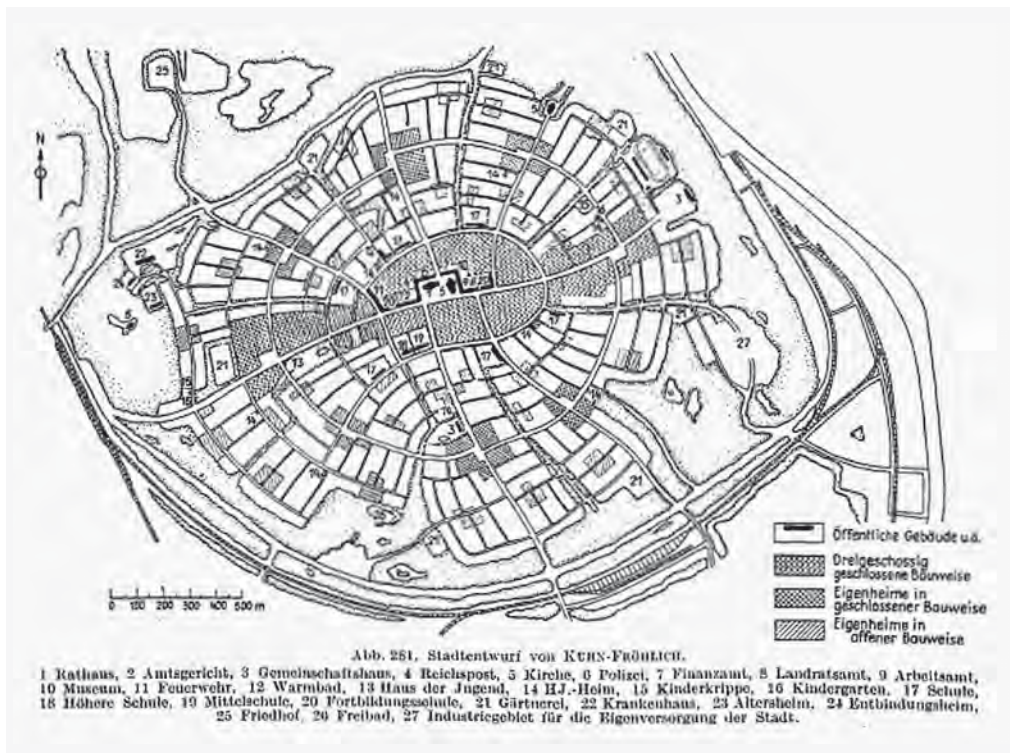


Abb. 3: Stadtentwurf zweier Studenten Feders, aus: *G. Feder* (s. A 31), S. 463.

zur Planung neuer Kleinstädte, wobei die Angaben über das dabei anzusiedelnde Gewerbe einen großen Teil des Buchs einnehmen.⁴⁴ Dies war schon in Striemers Büchlein von 1935 der Fall gewesen, wobei nahezu alle damals von ihm angeführten Betriebe nun auch in „Die neue Stadt“ auftauchten.⁴⁵ Doch während Striemer jene Zahlen noch recht freihändig geschätzt hatte, basierten sie nun auf der statisti-

nungspolitik 1930-1960, Wiesbaden 2017, S. 244; C. Hein/Y. Ishida, Japanische Stadtplanung und ihre deutschen Wurzeln, in: *Die alte Stadt* 25 (1998), S. 206 f.; C. Hein, Machi. Neighborhood and Small Town – The Foundation for Urban Transformation in Japan, in: *Journal of Urban History* 35 (2008), S. 93 und 97; E. Konter/U. Altröck, Studiengang Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin, in: K. Schwarz (Hrsg.), 1799-1999. Von der Bauakademie zur Technischen Universität Berlin, Berlin 2000, S. 255; D. Kuchenbuch (s. A 10), S. 16 und 178 ff.; D. Kuchenbuch, Architecture and Urban Planning as Social Engineering. Selective Transfers between Germany and Sweden in the 1930s and 1940s, in: *Journal of Contemporary History* 51 (2016), S. 23 und 34 f.; D. Schubert (s. A 1), S. 192 und 210 f.

⁴⁴ G. Feder (s. A 31), S. 249 ff.

⁴⁵ A. Striemer, Dorf (s. A 19), S. 13 ff.

schen Untersuchung 72 existierender Kleinstädte.⁴⁶ Dies war dieselbe Methode, die Rechenberg schon in seiner Dissertation angewandt hatte.

Selbstverständlich war nicht alles, was „Die neue Stadt“ ausmachte, in diesen Vorarbeiten angelegt. So lag die angenommene Zahl von 20.000 Einwohnern zwischen dem, was Striemer und Rechenberg zuvor als ideal ausgemacht hatten. Beide hatten sich nur am Rande für die räumliche Gliederung neuer Ansiedlungen interessiert, während diese in „Die neue Stadt“ eine wichtige Rolle spielte.⁴⁷ Damit im Zusammenhang stand ein weiteres neues Element, welches offenbar auf Feder zurückging: Im Sinne eines städtebaulichen Fordismus wurde maximale Effizienz im Lebensvollzug der Stadtbewohner durch die Schaffung kurzer Wege sowie die Normierung und Verwissenschaftlichung der Stadtplanung angestrebt.⁴⁸ So trugen Feder, Striemer und Rechenberg (neben weiteren Beteiligten) Unterschiedliches zu dieser „Gemeinschaftsarbeit“ bei. Doch was verband sie dabei?

Einige wichtige Gemeinsamkeiten wurden bereits genannt. Alle drei Autoren hatten sich unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise um das Jahr 1933 herum erstmals eingehend der Stadtplanung zugewandt. Sie waren sich einig, dass auf die Krise mit einer massiven Abwanderung aus den Großstädten reagiert werden müsse. Während der einsetzenden Rüstungskonjunktur bezogen sie weiterhin großstadtfeindliche Positionen, obwohl diese zunehmend marginalisiert wurden.

Bei Feder und Striemer geschah diese Hinwendung zu Fragen der Raumordnung in einer relativ späten Lebensphase. Beide verband die Zugehörigkeit zu einer Generation deutscher Ingenieure, in der ein technokratischer Antikapitalismus im Sinne eines „Dritten Weges“ zwischen Liberalismus und Marxismus weit verbreitet war.⁴⁹ Dem entspricht die bei beiden feststellbare Verklärung eines Typus von Unternehmern, die ihre Betriebe gestützt auf persönliche Autorität selbst leiten und paternalistisch für ihre Belegschaft sorgen; ein Gegenbild zur anonymen Aktiengesellschaft.⁵⁰ In scheinbarem Widerspruch dazu beschrieb Striemer in einer der von Feder herausgegebenen Monografien Klassenkämpfe als Grundlage der Gesellschaft. Doch zu-

46 G. Feder (s. A 31), S. 15 f., 27 f. und 75 f.; R. Bromley/T. Schenk (s. A 1), S. 121 ff.

47 G. Feder (s. A 31), S. 43 ff.; F. Rechenberg (s. A 33), S. 58 ff.; A. Striemer, Dorf (s. A 19), S. 20 f.

48 G. Feder (s. A 31), S. 1, 12 f., 19, 43 f., 433 ff. Studien hierzu gehen auf Feders Zeit als Reichssiedlungskommissar zurück, vgl. BArch, R 4002 271 (Deutscher Verein für Wohnungsreform), S. 21. Siehe auch G. Feder, Arbeitsstätte – Wohnstätte, Berlin 1939.

49 J. Herf, *Reactionary modernism. Technology, culture and politics in Weimar and the Third Reich*, New York 1984, S. 11 ff., 30, 35 ff., 155 ff. und 224 ff.; T. Rohkrämer, *Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880-1933*, Paderborn 1999, S. 56 ff. A. Striemer (s. A 16), S. 1 verweist explizit auf eine solche Sozialisation.

50 R. Bromley/T. Schenk (s. A 1), S. 109 ff.; J. Herf (s. A 49), S. 41 und 189 ff. G. Feder (s. A 31), S. 18; A. Striemer (s. A 16), S. 5; A. Striemer (s. A 17), S. 12; A. Striemer, Dorf (s. A 19), S. 8; A. Striemer, Prenzlau (s. A 30), S. 85.

gleich äußerte er die Überzeugung, dass durch Einwirken auf die Struktur der Stadt eine Harmonie der in ihr lebenden Klassen erreicht werden könne:

„Was die Menschen aber in Bewegung setzt, sie zur Arbeit bringt, ist der Kampf um das Stück Brot. Wie dieser Kampf sich abspielt, ob hart, verbissen, oder verstehend und helfend, unter Eigennutz oder Gemeinnutz, das entscheidet über das Gemeinschaftsleben, ob es erfreulich oder unerfreulich ist. [...] Wie aber muß die Struktur der Kleinstadt beschaffen sein, damit jeder in ihr dauernd Arbeit hat, zu Wohlstand gelangen kann und damit ein erfreulicher Geist herrscht, der alle Auftriebskräfte zur Entfaltung bringt?“⁵¹

Für Fritz Rechenberg, der seit 1937 das mittelständische Unternehmen seines Vaters im proletarischen Berlin-Kreuzberg nebenberuflich leitete, war der neuzeitliche Klassenkampf überhaupt ein Produkt der Großstadt:

„Erst die Großstadtkultur, die mit der Industrialisierung heraufkam, hat das sogenannte Proletariat geschaffen und die Menschen in Massen gegeneinander aufgewiegelt, sie um Ideen und Programme zu scharen versucht.“⁵²

Rechenberg ging, anders als Feder, sogar so weit, das Wachstum der Großstädte zur Ursache der Wirtschaftskrise zu erklären.⁵³ Zu dieser Position finden sich interessanterweise Parallelen bei Striemer. Der hatte 1935 geschrieben, durch jenes Wachstum sei der Warenaustausch in den Großstädten für die Einzelnen unüberschaubar geworden und so schließlich ins Stocken geraten. Helfen könne nur die Abwanderung in Siedlungsformen mit überschaubaren Wirtschaftskreisläufen. Dort sei der Warenaustausch in die persönlichen Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten eingebunden und könnte durch örtliche Führer so gelenkt werden, dass jeder eine „sinnvolle Arbeit“ finde.⁵⁴ In seiner Monografie zu Peine wiederholte Striemer diesen Gedanken:

„Die Kleinstadt hat den großen Vorzug der wirtschaftlichen und sozialen Übersehbarkeit, die in größeren Städten nicht mehr gewonnen werden kann. Die Kleinstadtwirtschaft ist lenkbar, hier kann jeder an den Platz gestellt werden, wohin er gehört, Armut und Not können hier beseitigt werden.“⁵⁵

Ein Jahr zuvor hatte Fritz Rechenberg in einem Artikel fast wortgleich geschrieben, Aufgabe des Städtebauers sei es,

51 A. Striemer, Prenzlau (s. A 30), Prenzlau, S. 2.

52 F. Rechenberg (s. A 33), S. 5. LAB, A, Rep. 342-02 - 25904 (Amtsgericht Charlottenburg).

53 F. Rechenberg (s. A 33), S. 5. Feder formulierte hingegen seine These vom Ende des technischen Zeitalters, vgl. A. Valerius/A. Woschek (s. A 12), S. 245. A. Striemer (s. A 25) deutete 1933 die Krise noch vorrangig als eine Stockung im Geldkreislauf aufgrund hoher Gewinne und der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen.

54 A. Striemer, Dorf (s. A 19), S. 5 f., 7 f. und 10. Zitat S. 6.

55 A. Striemer, Peine (s. A 30), Vorwort.

*„eine menschliche Gemeinschaft als städtischen Organismus so zu bauen, [...] daß jeder der Erwerbstätigen an einen bestimmten Platz gestellt wird, auf dem seine Existenz und sein Broterwerb bei ordentlicher Arbeit gesichert ist“.*⁵⁶

In diesen beiden sich bemerkenswert ähnelnden Formulierungen sind zwei Gedanken verbunden. Zum einen, dass Planer, wenn sie weitreichenden Zugriff auf das Soziale erhalten um die Menschen „an ihren Platz zu stellen“, harmonische Gemeinschaften schaffen und so moderne Probleme wie den Klassenkampf lösen könnten. Wie David Kuchenbuch am Beispiel Feders und Rechenbergs gezeigt hat, sollten solche Positionen als ein Teil des internationalen Trends des Social Engineering verstanden werden.⁵⁷ Doch in den Überlegungen von Striemer und Rechenberg ist ein zweites Moment enthalten: Die Gegenüberstellung des vermeintlich abstrakten, unverständlichen und unproduktiven Wirtschaftsgeschehens in der Großstadt mit dem konkreten, auf „sinnvoller“ bzw. „ordentlicher“ Arbeit fußenden Wirtschaften in den Kleinstädten. Dies entspricht Feders Unterscheidung zwischen dem abstrakten, nicht wirklich arbeitenden und daher „raffenden“ Finanzkapital sowie dem konkreten, auf echter Arbeit basierenden „schaffenden“ Industriekapital. Diese künstliche Unterscheidung der Wirtschaftssphären wurde von Striemer und Rechenberg auf ebenso künstliche Weise auf die Ebene der Siedlungsform übertragen. Besonders deutlich geschah dies bei Rechenberg, der in seiner Dissertation mehrfach andeutete, Großstädte seien nur aufgrund der Interessen kleiner wirtschaftlicher Eliten zu Lasten des Volkes entstanden.⁵⁸ An anderer Stelle erklärte er die Großstadtkultur zum Ursprung der abstrakten, entpersönlichten kapitalistischen Wirtschaftsform und insbesondere des – als unproduktiv weil nicht arbeitend imaginierten – Finanzkapitals:

*„Die Großstadtkultur auch konnte erst jenen Typ von Unternehmer und Großgeldverdiener schaffen, der auf Kosten der Anderen, Ärmeren, sich leicht Reichtümer erwirbt und mit Recht vom Volke gehaßt wird, weil er nicht so tätig mitarbeitet wie die Anderen. [...] Die Großstadtkultur auch brachte die Begriffe Kapital, Kredit, und ein groß organisiertes Handels-, Bank- und Börsenwesen mit sich, von dem alle Menschen, die nichts davon verstehen, sagen, daß es ein Geldverdienen ohne Arbeit ist. Und sie haben gefühlsmäßig nicht einmal so unrecht, denn so rechte, echte, wertschaffende Arbeit ist es nicht.“*⁵⁹

Wird diese abstrakte, als unproduktiv weil nicht-arbeitend imaginierte Seite des Kapitalismus mit einer konkreten Personengruppe assoziiert, ist der Rückgriff auf

56 F. Rechenberg: Die Siedlung als Ausdruck der Gemeinschaft, in: Bauen Siedeln Wohnen 18 (1938), S. 384 f. Zum Gedanken der Überschaubarkeit und der Einbettung wirtschaftlichen Handelns in persönliche Beziehungen: F. Rechenberg (s. A 33), S 39.

57 D. Kuchenbuch (s. A 10), S. 141 ff. und 176 ff.

58 F. Rechenberg (s. A 33), S. 7 und 56.

59 Ebda., S. 5.

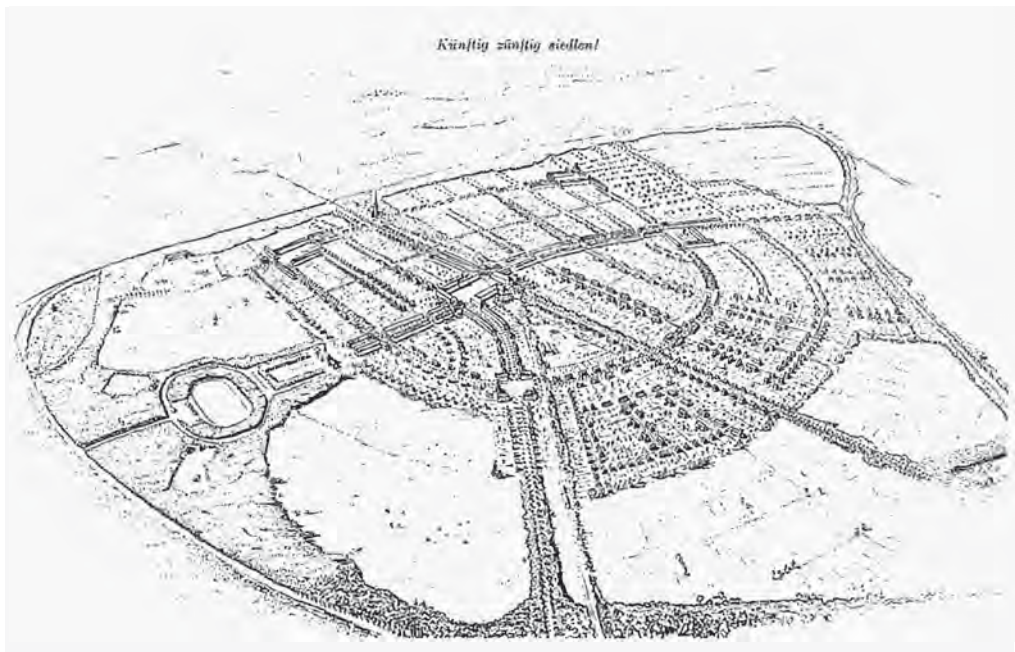


Abb. 4: „Künftig zünftig siedeln!"; Entwurf einer Siedlung bei Brandenburg / Havel von Fritz Rechenberg u.a., aus: G. Feder (s. A 31), S. 29.

antisemitische Vorstellungen naheliegend.⁶⁰ Ebenso naheliegend ist es, hier eine Trennlinie zwischen Feder und Rechenberg einerseits sowie Striemer andererseits anzunehmen. Feder, der noch vom Totenbett aus gegen christlich-jüdische Studierende aus seinem Seminar Stellung nahm, dürfte Striemers Herkunft unbekannt gewesen sein.⁶¹ Striemer hingegen hatte schon im Kaiserreich den Antisemitismus kritisiert, dabei aber einem vermeintlichen jüdischen Geschäftsgebaren eine Mitschuld an dessen Verbreitung zugeschrieben.⁶² An anderer Stelle nutzte er jedoch antisemitisch konnotierte Begrifflichkeiten, die auch Feder in seinen frühen Texten verwendete.⁶³ In den Beiträgen Feders und Rechenbergs zur Stadtplanung finden sich ebenfalls solche Anspielungen, jedoch keine explizite Erwähnung von Juden oder Judentum. Gerade darin und dem vermeintlich unpolitischen, empirischen Teil von

60 M. Postone (s. A 2), S. 246 und 249 ff.

61 Siehe Feders Stellungnahme zu Siegfried Moll vom August 1941: BArch R/4901/13915 (Reichsministerium für Wissenschaft), Bl. 4.

62 A. Striemer (s. A 16), S. 22 ff.

63 Vgl. ebda., S. 2 mit O. Plöckinger (s. A 1), S. 257.



Abb. 5: Die in „Die neue Stadt“ untersuchten Städte; vom Verfasser (A. V.) eingekreist: Orte in denen jüdische Einrichtungen existierten; Karte basierend auf G. Feder (s. A 31), S. 55, Berlin 1939, S. 55.

„Die neue Stadt“ verbirgt sich das antisemitische Programm. Denn während im Untersuchungszeitraum in mindestens 36 der 72 beforschten Städte jüdische Einrichtungen wie Synagogen existierten, tauchten sie im Zahlenmaterial und den daraus destillierten Idealstädten nicht auf (anders als Kirchen, die es in verkleinerter Form weiterhin geben sollte).⁶⁴ In den angestrebten neuen Städten, deren Wirtschaftsform konkret, überschaubar und von ehrlicher Arbeit sowie Harmonie zwischen den

⁶⁴ Zu Kirchen: G. Feder (s. A 31), S. 206 ff. Den Nachweis jüdischer Einrichtungen mittels Forschungsliteratur bringt A. Valerius (s. A 5), S. 36 f.

Klassen geprägt sein würde, sollte nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern das jüdische Leben abgeschafft werden. Naheliegenderweise teilte Striemer diesen letzten Punkt nicht. So erwähnte er im Zuge seiner detaillierten und umfangreichen Kritik an den wirtschaftlichen Nöten der kleinen Leute, auf die er während seiner Forschungen stieß, einmal auch jenes Beispiel aus Prenzlau:

„Früher bestanden hier am Uckerstrom acht Gerbereien [...] heute ist nur eine in Betrieb, wo Vater, Sohn und Gehilfe (jüdische Handwerker) Schaffelle gerben und nach Leipzig liefern. [...] Die in Betrieb befindliche Gerberei beschäftigte früher 21-23 Gehilfen. Felle müssen jetzt vom Großhändler gekauft werden, da von der Landwirtschaft unmittelbar nicht gekauft werden darf. [...] Bestehende Gerberei ist durchaus konkurrenzfähig gegen Fabriken. Monatlich nur 300 Felle Zuteilung.“⁶⁵

Wenn es einen grundlegenden Unterschied zwischen Striemer, Rechenberg und Feder gab, dann kam er in dieser Stellungnahme für Juden als Teil des kleinstädtischen Lebens zum Ausdruck.

Als weiterer Unterschied ließe sich ergänzen, dass Rechenberg, eine Generation jünger als Feder und Striemer, stärker durch die Gedankenwelt der Jugend- und Lebensreformbewegung beeinflusst war. Dass in „Die neue Stadt“ für eine Siedlung mit weniger als 8.000 Einwohnern die Einrichtung eines Reformhauses vorgesehen wurde, dürfte auf ihn zurückgehen.⁶⁶ Doch dieser Zug sollte nicht überbewertet werden. Immerhin war von den dreien Rechenberg am erfolgreichsten darin, am Lehrstuhl entwickelte Konzepte an die großstädtische Planungspraxis der NS-Zeit anzupassen.

5. Getrennte Wege

Fritz Rechenberg hatte bereits 1938 seine Assistentenstelle aufgegeben, woraufhin Feder eine regelrechte Fehde gegen ihn in Gang setzte.⁶⁷ Bis Anfang 1939 arbeitete Rechenberg im Planungsstab Herbert Rimpls für Salzgitter.⁶⁸ Aufbauend auf den dort gemachten Erfahrungen veröffentlichte er 1940 „Das Einmaleins der Siedlung“, welches als prägnante und deutlich anwendungsorientierte Weiterentwicklung von „Die neue Stadt“ gelten kann. Praktische Fragen standen hier stärker im Vordergrund als in seiner Dissertation, dennoch verzichtete er nicht auf ideologische Ausführungen zur Schaffung naturnaher kleinstädtischer Gemeinschaften und Großstadtkritik.

65 A. Striemer, Prenzlau (s. A 30), S. 27 f.

66 G. Feder (s. A 31), S. 21.

67 LAB, A Rep. 243-04 - 7009 (Reichsschrifttumskammer).

68 C. Schneider: Stadtgründung im Dritten Reich. Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie Ressortpolitik Repräsentation, München 1979, S. 63, 72 und 74; H. Weihsmann (s. A 8), S. 798, 802 f. und 806 f.

Doch letztere fiel nun gemäßigter aus, adressiert wurde weniger die Großstadt an sich, als ihr unbegrenztes und planloses Wachstum.⁶⁹ Eine solche Entwicklung hatte sich bereits 1938 angedeutet, als Rechenberg in einem Artikel vorschlug, den Umbau Berlins durch die Generalbauinspektion (GBI) zur Unterteilung in überschaubare Untereinheiten zu nutzen. Dafür sollte die Stadt in Zonen eingeteilt werden, zwischen denen der Umzug verboten sei. Eine Möglichkeit sei die Unterteilung in vier solcher Zonen entlang des zentralen Achsenkreuzes.⁷⁰ Diese auch von Feder in Vorträgen vertretene Idee dürfte kaum jemand ernst genommen haben, doch mit dem „Einmaleins“ war Rechenbergs Expertise für die GBI interessant geworden.⁷¹ Anfang 1941 erhielt er den Auftrag für die Grobplanung der Wohngebiete der Südstadt, die im Zuge des Germania-Projektes entstehen sollte. Nachdem er mehrfach ungefragt die monumentale Planung für deren Hauptachse kritisierte, ließ die GBI den Vertrag zum Jahresende auslaufen.⁷² Trotzdem wurde Rechenberg Berater des 1943 bei der GBI gegründeten „Arbeitsstab zum Wiederaufbau zerstörter Städte“, dessen Entwürfe die Grundlage für den Wiederaufbau vieler westdeutscher Städte legten.⁷³

Alfred Strierner bearbeitete nach 1939 Forschungsaufträge für verschiedene Staats- und Parteistellen, insbesondere für die Deutsche Arbeitsfront, die 1941 seine nächste Monografie herausgab. Hier deutete er die Stärkung der kleinstädtischen Wirtschaft gegenüber den urbanen Großbetrieben als Aufgabe der immer noch andauernden „Revolution von 1933“, deren Ziel eine „sozialistische Struktur“ sei.⁷⁴ Schon 1939 und 1940 hatte Strierner eine rege publizistische Tätigkeit in diesem Sinne entfaltet, die sich nicht auf die Fachpresse beschränkte und Widerspruch provozierte.⁷⁵ Offenbar

69 F. Rechenberg: Das Einmaleins der Siedlung. Richtzahlen für das Siedlungswesen. Ein praktischer Ratgeber für die Zahlenverhältnisse beim Entwurf von Siedlungen nach den Lebensbedürfnissen der Gemeinschaft, Berlin 1940, Vorwort sowie S. 9, 14, 77 und 110.

70 F. Rechenberg (s. A 56), S. 384.

71 Zu Feders Vorschlag und dessen Ablehnung: *BArch*, R 113/1152 (Reichsstelle für Raumordnung), Nr. 12, S. 3 f.

72 *BArch*, R 4606 / 3131 (GBI).

73 W. Durth (s. A 9), S. 212.

74 A. Strierner, Arbeit und Leben im Dorf, Landstadt, Mittelstadt. Eine sozialwissenschaftliche Forschungsarbeit über den Einfluß der Betriebsgrößen auf die Gestaltung der Arbeits- und Lebensräume, Berlin 1941, S. 170. Das Buch wurde vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF herausgegeben. Dessen Zusammenarbeit mit Strierner ist dokumentiert in *BArch*, NS/5/VI 39904. Weitere Aufträgegeber Striemers ergeben sich u. a. aus Entschädigungsamt (s. A 14), Bl. E28.

75 A. Strierner, Untersuchungen der sozialen Strukturveränderungen in Klein- und Mittelstädten, in: Reichsarbeitsblatt 27 (1939), S. 351 ff.; ders., Wirtschaftsbetrachtung vom Kleinen her, in: Der deutsche Volkswirt 14 (1940), S. 1676 ff.; ders., Für kleine Wirtschaftsräume, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 27.12.1941 (Abendausgabe). Kritisch zu Strierner: V. Muthesius, Sündenbock Großbetrieb?, in: Der deutsche Volkswirt 15 (1940), S. 96 f.; Fachgruppe Handelsvertreter und Handelsmakler in der Wirtschaftsgruppe Vermittlergewerbe: Der „kleine Wirtschaftsraum“, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 01.01.1942 (Morgenausgabe); F. Kl.: Rezension zu Peine..., in: Die Deutsche Volkswirtschaft 11 (1942), S. 384 ff.

im Zuge der Auseinandersetzungen um seine Forschungen und Forderungen wurde er Anfang der 1940er als Jude bei der Gestapo denunziert und daraufhin mit einem Arbeits- und Publikationsverbot belegt.⁷⁶

Gottfried Feder, der sich zuletzt mit der Anwendung und Weiterentwicklung seiner stadt- und raumplanerischen Konzepte im besetzten Osteuropa beschäftigt hatte, starb im Herbst 1941.⁷⁷ Sein Lehrstuhl und das Institut an der TH Berlin wurden daraufhin abgewickelt.⁷⁸

1946 wurde Alfred Striemer offiziell als Opfer des Faschismus anerkannt.⁷⁹ Fritz Rechenberg wurde 1947 in einem Entnazifizierungsverfahren als entlastet eingestuft.⁸⁰ Er arbeitete danach noch längere Zeit als Architekt in Hildesheim und publizierte regelmäßig.⁸¹ Für Striemer war die zweite Hälfte der 1940er eine letzte Phase intensiven Wirkens. Er wurde Landesplaner für die Provinz Brandenburg und führte für den Berliner Magistrat soziologische Untersuchungen Berliner Ortsteile durch.⁸² Dies geschah im Auftrag Hans Scharouns als Berliner Stadtbaurat, an dessen Lehrstuhl an der vormaligen TH Berlin (nun: TU Berlin) Striemer bis Ende der 1940er einen Lehrauftrag für „Strukturforschung“ innehatte.⁸³ Er war damit der einzige Wissenschaftler aus dem Kreis um Feder, der an seine alte Wirkungsstätte zurückkehrte.

6. Fazit

Am Beispiel Alfred Striemers, dessen Schriften bisher nahezu unbekannt waren, zeigt sich weniger die Heterogenität, sondern die ideologische Konsistenz des wissenschaftlich-stadtplanerischen Netzwerks um Gottfried Feder: Allen Beteiligten war die Vorstellung eines „Dritten Weges“ bzw. einer „anderen Moderne“ gemein. Diese stand unter nationalsozialistischen Vorzeichen und Striemer zeigte sich diesbezüg-

76 *Entschädigungsamt* (s. A 14), Bl. E1, E15, E24, E28. Dies anzweifelnd: Ebda., Bl. F5 und F6.

77 A. Valerius/A. Woschek (s. A 12), S. 247.

78 J. Sollich (s. A 8), S. 159; *BArch* (wie A 13) und auch *BArch*, R 4901 / 14926 (Reichsministerium für Wissenschaft), Bl. 3.

79 *Entschädigungsamt* (s. A 14), Bl. W8.

80 *LAB* (wie A 33).

81 D. Schubert (s. A 1), S. 210 f.

82 *Entschädigungsamt* (s. A 14), Bl. 4. Zwei dieser Studien sind überliefert als: *LAB*, B Rep. 009 239 sowie *LAB*, B Rep. 009 240 (beide: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen). Aus der Tätigkeit in Brandenburg resultierte: K. Erbs, unter Mitarbeit von A. Striemer, Neubauernsiedlung und Wiederaufbau des Landes. Merkblätter für die Gesamt- und Einzelplanung von Neubauernsiedlungen und Handwerkerstellen, Berlin 1947.

83 *Universitätsarchiv TU Berlin*, Lehrplan für den Wiederbeginn der Technischen Hochschule Berlin, IIa. Programm der Technischen Universität Berlin-Charlottenburg, III 1,2; III 2,4; III 3,3. Hierzu auch *Entschädigungsamt* (s. A 14), Bl. 13.

lich rhetorisch anpassungsbereit. Doch seine Übereinstimmungen mit Gottfried Feder und Fritz Rechenberg, die im letzteren Fall bis in die Formulierungen reichten, lagen tiefer. Manche der gemeinsamen Vorstellungen, etwa die Gegenüberstellung von harmonischer, klassenübergreifender Gemeinschaft und anonymem Großkapital, vertrat Striemer seit Jahrzehnten, sie hatten seine Hinwendung zu Problemen von Dorf und Kleinstadt vorbereitet. In seiner Person zeigte sich über Systemgrenzen hinweg ideologische Kontinuität einerseits, sowie biografische Brüche andererseits. In dieser Kombination spiegelt sich die Geschichte der Stadtplanung als wissenschaftlicher Disziplin, so ungewöhnlich Striemer als ihr Vertreter scheinen mag.

Was das am Beispiel von Rechenberg und Striemer diskutierte Programm des Netzwerks um Feder angeht, kann es teilweise als eine Spielart des Social Engineering angesprochen werden. Dies gilt etwa für die Idee der planmäßigen Schaffung harmonischer Gemeinschaften und den sehr weitreichenden Glauben an die Veränderbarkeit des Sozialen durch die Gestaltung des Raumes. Doch die von Striemer und Rechenberg vorgenommene Gegenüberstellung der Wirtschaftsweisen von Kleinstadt und Großstadt entspricht Feders Unterscheidung von „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital. Der darin angelegte Antisemitismus zeigt sich in dem nur vermeintlich unideologischen Zahlenmaterial von „Die neue Stadt“, in welchem das Ende jüdischen Lebens vorweggenommen wurde. Dass jene Daten auch diesbezüglich für westdeutsche Nachkriegsplaner brauchbar waren, lag daran, dass das antisemitische Programm des Nationalsozialismus in einer Konsequenz vollzogen worden war, die von den drei vorgestellten Stadtplanern offenbar nur Striemer ablehnte.

Rassische Verfolgung deutscher Juden in Waiblingen¹

„...das waren eigentlich gar keine Juden“

Waiblingen, 15 km östlich von Stuttgart, war 1933 noch eine kleine Oberamtsstadt mit rund 9.000 Einwohnern. Darunter dreizehn mit jüdischer oder halbjüdischer Abstammung, die sich indes ganz und gar als Deutsche gefühlt und verstanden hatten. Auch in den Erinnerungen späterer Zeitzeugen wären sie im Alltagsleben der Stadt ganz selbstverständlich als Mitbürger angesehen und wahrgenommen worden.² Ihr Erscheinungsbild habe nichts Fremdartiges gehabt, keinerlei Anlass für antisemitische Empfindungen hervorgerufen. In der noch pietistisch geprägten Stadt ohne Synagoge und ohne jüdische Gemeinde lebte niemand einen israelitischen Glauben sichtbar nach außen. Unisono war zu hören: „Unsere Waiblinger Juden, das waren eigentlich gar keine Juden, das waren Waiblinger“.

Davongejagt statt eingebürgert:

[1] Dr. Mowscha-Aisik Friedmann

[2] Erna Friedmann, geb. Levinsohn

„Meine Nationalität kann ich nicht genau bezeichnen. Sehr wahrscheinlich bin ich deutscher Abstammung, da seit ich mir es denken kann, seit meinen Urgroßeltern, in meiner Familie nur deutsch gesprochen wird. Zur Klarstellung möchte ich noch angeben, dass meine Urgroßeltern in Memel gewohnt haben, mein Großvater Deutschlehrer an einer deutschen Schule in Libau war, ich und meine beiden Schwestern deutsche Schulen in Libau besuchten und dass ich selbst nur deutsch spreche.“

Wer so auf sein Deutschsein pocht, will eingebürgert werden. Argumente des jüdischen Assistenzarztes Dr. Mowscha-Aisik Friedmann in seinem Einbürgerungsgesuch. Adressiert an das Oberamt Waiblingen,³ sechs Monate vor der NS-Machtergreifung. Da ihn Süddeutschland besonders lockte, hatte sich der 26-Jäh-

1 Juden in Waiblingen? Gab es überhaupt welche? 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wollte es der städtische Gemeinderat wissen. Und falls ja, was mit ihnen geschehen ist. Der Auftrag richtete sich an den Autor dieses Beitrags, damals auch für die Aufarbeitung der NS-Zeit eingesetzter Stadthistoriker.

2 Zeitzeugenbefragung des Autors ab den Jahren 1996.

3 Vgl. *Kreisarchiv Waiblingen*, A6 Bü 0371, Einbürgerung des Dr. Mowscha-Aisik Friedmann, Bl. 8.

rige im August 1930 beim örtlichen Bezirkskrankenhaus auf die freie Assistenzarztstelle an der Chirurgischen Abteilung beworben.⁴ Erfolgreich eingestellt hatte er sogleich das Aufgebot bestellt und geheiratet: Erna Levinsohn, die er während seiner Studentenzeit in Leipzig kennengelernt und mit der er sich in Waiblingen niedergelassen hatte. In seinen Einbürgerungsantrag musste er jetzt aber auch seine jüdische Frau einschließen, hatte sie doch durch ihre Heirat mit ihm, mit einem auf dem Papier Nichtdeutschen, ihre bisherige deutsche Staatsbürgerschaft durch Geburt verloren. So die damalige Rechtsprechung.

Für den Fall eines positiven Bescheids verspricht Friedmann, den „Nachweis seiner Entlassung aus der lettischen Staatsangehörigkeit sogleich beizubringen. Ein Problem „Doppelpass“ gäbe es nicht. Trennen würde er sich auch von seinem Hausbesitz in Libau im Wert von 32.000 RM. Seinen Antrag schließt er mit den Worten: „Da Unterzeichneter die Absicht und den Wunsch hat, in Deutschland dauernd zu bleiben, bittet er höflichst um Einbürgerung. Ein Antrag dieser Art ist bis jetzt nirgends vom Unterzeichneten gestellt worden. Unterzeichneter stand noch nie als Angeklagter vor Gericht und ist auch polizeilich nicht vorbestraft [...]. In Erwartung eines baldigen günstigen Bescheides zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung – Mowscha Friedmann“.⁵

Im Waiblinger Oberamt nimmt die Angelegenheit den üblichen Gang: Nachfrage in Leipzig über Friedmanns dortigen Lebenswandel, Leumundszeugnis, Auskunft aus dem Wohnortstrafregister, Mitteilung etwaiger Einbürgerungsbedenken. Die Antwort des Rates der Stadt Leipzig vom 2. August 1932 bestätigt, dass Friedmann von 1923 bis 1930 in Leipzig wohnhaft war, dort seine Studienzeit verbracht habe und Nachteiliges über ihn nicht bekanntgeworden sei. „Gegen seine Einbürgerung werden Bedenken nicht erhoben“, heißt es zusammenfassend.⁶

Zu den Gepflogenheiten eines Einbürgerungsverfahrens gehörte damals eine Stellungnahme der Wohngemeinde selbst. Und so gab der Waiblinger Gemeinderat dem anfragenden Oberamt die Erklärung ab, dass Dr. Friedmann und seine Ehefrau Erna „in Waiblingen bisher einen unbescholtenen Lebenswandel geführt, eine eigene Wohnung gefunden haben und im Stande sind, sich selbst zu ernähren“.⁷ Folglich befürwortete der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 11. August 1932 den Antrag ebenfalls.⁸ Mit einer Gegenstimme: damals vom ersten und noch einzigen NSDAP-Vertreter im Gemeinderat. Dieser hatte sich an sein Parteiprogramm gehal-

4 Ebda., Bl. 3, Lebenslauf.

5 *Kreisarchiv Waiblingen* (s. A 3), Handschriftliches Gesuch um Einbürgerung.

6 Ebda., Bl. 13..

7 *Stadtarchiv Waiblingen*, Niederschriften des Gemeinderats, verhandelt am 11.08.1932.

8 Ebda.



Abb. 1: Bezirkskrankenhaus Waiblingen 1928; Quelle: *Deutsches Architekturmuseum Frankfurt*. Das 1927/1928 von Richard Döcker als Terrassentyp erstmals in Stahlskelettbauweise errichtete Krankenhaus folgte der medizinischen Literatur jener Zeit, welche auf die wichtigen Heilfaktoren von „Licht, Luft und Sonne“ verwies.

ten: „Juden können keine Staatsbürger sein“, hieß es dort schon seit 1920. Dem schien sich das Württembergische Innenministerium als letzte Entscheidungsinstanz angeschlossen zu haben. Als ob der Vorabend einer NS-Machtübernahme schon durchscheine, wurde dort am 7. September 1932 geurteilt: „Im Hinblick auf die derzeitigen Verhältnisse, die Einbürgerungsgesuchen gegenüber besondere Zurückhaltung auferlegen, kann dem Gesuch des Dr. med. Mowscha-Aisik Friedmann zur Zeit nicht entsprochen werden, zumal sich der Gesuchsteller erst neun Jahre in Deutschland aufhält.“⁹ Und damit bekam auch Erna Friedmann ihre einstige deutsche Staatsbürgerschaft nicht mehr zurück.

Nach der NS-Machtübernahme sieht sich das Ehepaar zunehmenden Diffamierungen und Anfeindungen ausgesetzt. Nicht seitens der Waiblinger Bevölkerung, die Friedmann „als guten und sehr freundlichen Arzt“ schätzen gelernt hat.¹⁰ Es sind Rundfunk und Presse, welche die „deutschen Volksgenossen“ nun unaufhörlich über eine angeblich „rassische Minderwertigkeit“ der Juden belehren wollen: „Die Juden sind unser Unglück!“ „Es gibt keine anständigen Juden!“ „Wer mit Juden verkehrt, ist

⁹ *Kreisarchiv Waiblingen* (s. A 5), Bl. 22, Württ. Innenministerium an OA Waiblingen vom 07.09.1932.

¹⁰ (s. A 2).



Abb. 2: „Deutschland erwache!"; Quelle: Waiblinger Remstalbote, 01.04.1933.

kein Volksgenosse!“ Als „Volksfeind“ habe zu gelten, wer in einem jüdischen Geschäft einkaufe, sich von einem jüdischen Rechtsanwalt vertreten oder sich von einem jüdischen Arzt behandeln lasse.¹¹ Entsprechend ruft das NS-Regime selbst am 1. April 1933 zu einem reichsweiten Juden-Boykott auf.¹² In diesem Aufruf, damals weitergeleitet an alle Ortsgruppen, wird angeordnet: „In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen planmässigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte. [...] Die Aktionskomitees müssen bis in das kleinste Bauerndorf hinein vorgetrieben werden.“

Dass sich auch in Waiblingen ein solches Komitee gebildet hat, ist einer Anzeige im örtlichen Remstalboten zum 1. April 1933 zu entnehmen (vgl. Abb. 2). Und durch Zeitzeugen ist überliefert: Örtliche SA und SS hätten einen Fackelzug durch die Stadt organisiert, wären abschließend zur Wohnung der Friedmanns gezogen und hätten dort lautstark skandiert: „Juden raus!“¹³

Fluchtartig, noch in derselben Nacht, haben die Friedmanns Waiblingen den Rücken gekehrt. Erst über zwanzig Jahre später konnten sie die Stadt, in der sie sich einst als Deutsche dauerhaft niederlassen wollten, noch einmal besuchen und bei dieser Gelegenheit dem damaligen Chefarzt am Krankenhaus ihre Überlebensgeschichte hinterlassen. Sie waren nach Teneriffa übersiedelt, wo Dr. Mowscha-Aisik Friedmann ein bekannter Chirurg und Chefarzt werden konnte.¹⁴

11 Vgl. u. a. *Archivdirektion Stuttgart* (Hrsg.), *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden und Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945*, Bd. I, S. 46; P. Sauer/S. Hosseinzadeh, *Jüdisches Leben im Wandel der Zeit*, Gerlingen 2002, S. 120 f.

12 Vgl. Aufruf der Parteileitung der NSDAP, z. B. in *Stuttgarter NS-Kurier*, 29.03.1933.

13 Interview Vf. mit B. Oppenländer, 18.09.1996, mit Dr. P. Schwörer, 23.09.1996; vgl. auch *Stadtarchiv Waiblingen*, Zeitzeugenbefragung 1996, I, 12, Dr. P. Schwörer, Bandlaufzahl 315.

14 Interview Vf. mit Dr. P. Schwörer, 23.09.1996, über den Besuch der Friedmanns in den 1950er Jahren.

Holocaust an sich selbst:**[3] Dr. Walter Müller, Oberarzt und „SS-Sturmarzt“**

„Sehr geehrter Herr Assessor! Nach der Eröffnung von heute Vormittag ist für mich die Lösung klar. Ich werde meinem Leben, das sinnlos geworden ist, ein Ende bereiten [...]. – Hochachtend Dr. Walter Müller.

PS: Nachdem der Fall Müller nun erledigt ist, darf ich Sie höflichst bitten, meine diesbezüglichen Akten zu begraben u. nach aussen nur das Stillschweigen angedeihen zu lassen, das ich verdiene.“

Bereits sieben Tage nach erwähntem April-Boycott begannen sich die neuen NS-Machthaber der Gesetzgebung zu bedienen. Beim Waiblinger Oberamt war die Anweisung eingegangen, alle Beamten auf ihre Abstammung hin zu überprüfen und entsprechend Meldung zu geben: nichtjüdisch/jüdisch. Unstimmigkeiten ergaben sich hierbei bei Dr. Walter Müller, Leiter der Inneren Abteilung am Bezirkskrankenhaus. Offensichtlich hatte er bei seiner Einstellung falsche Angaben über seine Eltern gemacht. Der Verdacht eines jüdischen Vaters stand im Raum und damit eine Entlassung – wie es das neue Gesetz vom 7. April 1933 „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ verlangte. Also hatte man Dr. Müller zu einer Besprechung gebeten: auf den Vormittag des 27. Juni 1933. Dort hatte Müller versprochen, den Vorhaltungen auf den Grund zu gehen und Bescheid zu geben. Umgehende Antwort war die obige Ankündigung seines Selbstmords.¹⁵ Ausgeführt mit einem Schuss ins Herz.¹⁶ Noch am Abend desselben Tages.



Abb. 3:
Remstalbote, 29.06.1933.

Als uneheliches Kind aufgewachsen entstammte Walter Müller einer Verbindung, die nie amtlich beurkundet oder öffentlich gemacht werden sollte: Seine Mutter Berta Müller arbeitete im Jahr 1900 als Verkäuferin im „Geschäftshaus für Damenkonfek-

15 Kreisarchiv Waiblingen, PA Bü 0001, Bl. 95, Die Auffindung der zur Rekonstruktion der Vorgänge unabdingbaren Personalakte Dr. Walter Müller verdankt der Vf. Herrn W. Rentschler, Waiblingen.

16 Notariat I Waiblingen, Protokoll über die gerichtsarztliche Leichenschau in der Selbstmordsache Dr. med. Walter Müller.

tion Dreifus“ in der Stuttgarter Friedrichstraße 60. Hierbei war es zu einem Verhältnis mit dem Geschäftsinhaber Hermann Dreifus gekommen.¹⁷ Doch weder standesgemäß noch aus religiösen Gründen kam für den überaus vermögenden Kaufmann eine dauerhafte Verbindung in Frage. Zudem sollen die Eltern des Dreifus ihrem Sohn mit Enterbung gedroht haben, falls er sein uneheliches Kind anerkennen oder die Mutter als Nichtjüdin gar heiraten würde.¹⁸ Demzufolge vereinbarten Hermann Dreifus und Berta Müller eine uneheliche Geburt, finanzielle Unterstützung und, um eventuellem Gerede und Mutmaßungen sogleich vorzubeugen, für die Schwangere außerhalb Stuttgarts eine Wohnung zu suchen. Und so findet sich im Geburtsregister der Stadt Heilbronn folgender Eintrag: „Heilbronn am 15. Juli 1901. Die Hebamme [...] zeigte an, daß von der ledigen gewerbelosen Bertha Theresia Müller, katholischer Religion, wohnhaft Mönchseestraße 52, am 11. Juli [...] ein Knabe geboren worden sei und daß das Kind die Vornamen Walter Max erhalten habe.“¹⁹

13 Jahre später entscheidet sich Berta Müller, ihren Sohn zur Adoption freizugeben, um dessen zunehmendes Leiden in Schule, Kirche und unter Gleichaltrigen als damals so geschmähter „Bastard“ zu beenden.²⁰ Als Adoptivmutter des inzwischen 13jährigen Jungen erklärte sich eine Großtante Berta Müllers, Maria Müller, Witwe in Stuttgart, bereit. Im Adoptivvertrag vom 1. September 1913 ist festgehalten, dass das „unehelich geborene Kind [...] fortan ausschließlich den Familiennamen der Annehmenden ‚Müller‘ führen“ wird.²¹ Da Maria Müllers Ehemann, Johann Müller, Knopffabrikant in Stuttgart, jedoch bereits verstorben war, war noch ein Vormund erforderlich. Dazu hatte sich Hermann Dreifus bereiterklärt. Eine gemeinsame Anerkennung als Eltern war offensichtlich 1913 immer noch nicht in Frage gekommen – obwohl eine Verbindung zwischen Hermann Dreifus und Berta Müller weiterhin bestand: In dem Haus Hackländerstraße 28 auf der Stuttgarter Halbhöhe Gänsheide, 1918 von Hermann Dreifus erworben, war 1920 auch Berta Müller gemeldet.²²

Nach der Reifeprüfung am Stuttgarter Friedrich-Eugen-Realgymnasium beginnt Walter Müller seinen Makel zu verschleiern. Mit der Aufnahme seines Medizinstudiums in Tübingen und Freiburg trägt er auf amtlichen Papieren seine Adoptivmutter samt ihrem verstorbenen Mann als leibliche Eltern ein. Da sich sein Nachname durch

17 Zur Biographie des Hermann Dreifus vgl. die Recherchen von H. Rannacher für eine Stolperstein-Verlegung: <https://www.stolpersteine-stuttgart.de/biografien/hermann-dreifus-schottstr-59/> [21.10. 2024]; C. Heussler/H. Schultheiß, Marie Luise Deicher – eine Waiblinger Malerin neu entdeckt, in: Schwäbische Heimat 2020/1 (in den 1920er Jahren wirkte Hermann Dreifus als Mäzen Luise Deichers).

18 Diese Information verdanke ich Frau B. Hellstern, Singen, in den 1950er Jahren in Überlingen eng mit Berta Müller befreundet, sowie Frau R. Schlachter, Überlingen.

19 Abschrift in: *Kreisarchiv Waiblingen* (s. A15), Bl. 89.

20 (s. A 18).

21 Abschrift in: *Kreisarchiv Waiblingen* (s. A 15), Bl. 90.

22 *Stadtarchiv Stuttgart*, Adressbuch 1920.



Abb. 4: Ehepaar Walter und Marianne Müller, 1929; Quelle: *Sammlung H. Schultheiß*.

die Adoption nicht geändert hatte und inzwischen auch seine Adoptivmutter verstorben war, fährt er mit dieser Täuschung fort: auf seiner Stammliste anlässlich seiner Einstellung am Bezirkskrankenhaus Waiblingen sowie im Familienregister des Standesamts Waiblingen anlässlich seiner Heirat mit Dr. Marianne Huppert am 15. August 1929.²³ Damit hatte er begonnen, seine uneheliche Herkunft selbst vor seiner Frau zu verheimlichen.

Kennengelernt hatte er Marianne Huppert am Waiblinger Krankenhaus, dort schon vor ihm als Medizinalpraktikantin und als Assistenzärztin tätig. Waiblinger Zeitzeugen beschrieben beide als „das Traumpaar der Stadt“, damals überaus bewundert und in ärztlicher Hinsicht sehr geschätzt. In einer vom Waiblinger Land-

rat beim Stuttgarter Ludwigspital eingeholten Beurteilung Walter Müllers heißt es: „In Beantwortung Ihrer Anfrage vom 29/12/28 erlaube ich mir Ihnen mitzuteilen, dass ich selten einen jungen Arzt kennen gelernt habe, – und es sind mir in meiner langjährigen ärztlichen Tätigkeit schon sehr viele genau bekannt geworden, – der in jeder Hinsicht, durch Fleiss, Kenntnisse, persönliche Gewandheit und Zuverlässigkeit, wie auch durch tactvolles Betragen Vorgesetzten und Untergebenen wie auch den Kranken aller Stände gegenüber so meine volle Zufriedenheit und mein uneingeschränktes Vertrauen gehabt hätte wie Dr. Walter Müller. [...] Ich bin überzeugt, Sie werden stets nur mit Befriedigung auf diese Wahl zurückblicken und er wird sicher bald das volle Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben verstehen.“²⁴

In den 1920er Jahren notierte Walter Müller seine Lektüren in einem Notizbuch: Darwin, Wagner, Nietzsche und auch Houston Stewart Chamberlain, mit „Rasse und Nation“ einer der intellektuellen Wegbereiter des nationalsozialistischen Rassismus und Antisemitismus; aber auch Thomas Mann, Seneca, Mörike, Heinrich Heine u. a. Überaus fasziniert ist er von Oscar Wilde: „Ich bin sicher auf der ganzen Welt der beste Wilde-Jünger.“ Sich selbst sieht er als „Übermensch“, „Herrenmensch“, schreibt aber auch von seiner „großen Selbstverachtung“, berichtet von seinen „Tag-

²³ Stadtarchiv Waiblingen, Familienregister.

²⁴ Kreisarchiv Waiblingen (s. A 15), Bl. 11.



Abb. 5: Dr. Walter Müller 1929 vor dem Waiblinger Bezirkskrankenhaus in seinem neu erstandenen Opel 4/16 PS. Schon während seines Medizinstudiums schreibt er in sein Notizbuch: „Mein idealster Lebenszweck wäre 1 Milliarde Mark zu verprassen.“; Quelle: *Sammlung H. Schultheiß*.

träumen“, in denen er sich ein „Wunsch-Ich“ erschafft und diagnostiziert woran er leidet: an der „Differenz zwischen dem Ideal-Walter und dem Real-Walter“.²⁵

Noch vor der Machtergreifung schließt sich Walter Müller der örtlichen SS an, der zu dieser Zeit in Waiblingen zwei weitere Ärzte und ein bekannter Architekt angehören. Auf Teile einer leistungsbewussten und ehrgeizigen akademischen Oberschicht übte diese nationalsozialistische Elite-Truppe damals offenbar große Strahlkraft aus. Walter Müller, der Einstellungsuntersuchungen für neue Mitglieder durchführt, wird dort als „SS-Sturmarzt“ bezeichnet.

Endgültig zusammen bricht Walter Müllers Täuschungsgebäude in eingangs erwähnter Besprechung auf dem Oberamt. Dort war man auch auf eine Vaterschaftsanerkennung des Hermann Dreifus aus dem Jahr 1930 gestoßen, in der es heißt: „Vor mir dem öffentl. Notar [...] erscheint heute in meiner Kanzlei Herr Hermann Dreifus, Kaufmann in Stuttgart, Robert-Bosch-Straße 110. [...] Derselbe gibt folgende Erklärung zu notariellem Protokoll: Am 11. Juli 1901 hat die ledige Bertha Theresia Müller [...] zu Heilbronn ein Kind männlichen Geschlechts geboren, das die Vornamen Walter Max erhalten hat. – Ich erkenne an, der Vater des Kindes zu sein.“²⁶

Über die Motive des Hermann Dreifus lässt sich bislang nur spekulieren. Hängt diese Anerkennung mit Walter Müllers Eintritt in die SS zusammen? Der einge-

25 Notizbuch W. Müller, Recherchesammlung H. Schultheiß.

26 Abschrift in: *Kreisarchiv Waiblingen* (s. A 15).

schaltete Heilbronner Bezirksnotar mutmaßte: „Hermann Dreifus und dessen Eltern haben die Kindsmutter nach der Geburt, damit das Kind nicht einer reichen Heirat des Kindsvaters hinderlich ist, veranlasst, den Namen des Kindsvaters zu verschweigen; sie haben der Kindsmutter Schweigegehalt gegeben. [...] Und nun kommt das Merkwürdige und durchaus jüdisch typische. Nachdem das Kind schon 29 Jahre alt und leitender Arzt des Bezirkskrankenhauses in Waiblingen war, erinnert sich der Kindsvater Hermann Dreifus plötzlich seiner Pflichten vor Gesetz, Volk und Familie. Jetzt will er für seine Vaterschaft und sein Geld etwas haben, jetzt will er mit dem Sohne, der etwas geworden ist, glänzen. Anders kann es nicht aufgefasst werden, denn das Vaterschaftsanerkennnis in diesem Lebensalter des Sohnes hätte sonst jeden Sinns entbehrt.“²⁷

Nach dem Oberamtstermin vom 27. Juni 1933 teilt Walter Müller seiner Frau mit, abends leider nicht in die Oper mitkommen zu können – obwohl sie zwei Eintrittskarten für Bizets „Carmen“ im Stuttgarter Großen Haus erworben hatten. Er gibt an, noch einen schwierigen Fall bekommen zu haben – am Krankenhaus.²⁸ Doch nach ihrer Rückkehr sieht seine völlig ahnungslose Frau auf dem Sekretär einen Umschlag liegen, beschriftet mit „Marianne“. Darin fünf Seiten, beginnend mit:

*„Mein liebster Schmerzling! Es tut mir so leid, Dir wehe tun zu müssen, aber es geht nicht anders. Man hat in meiner Abstammung ein Haar gefunden u. durch oberamtliche Erhebung kam heraus, daß ich mit größter Wahrscheinlichkeit unter den Arierparagraphen falle. Ich habe Dir das nie gesagt, weil ich es nicht fertigbrachte u. unter keinen Umständen an diese Tatsache glauben wollte. Du wirst mir zugeben, daß ich unter diesen Umständen den Weg wählen durfte, denn der Gedanke, nicht mehr in der NSDAP mittun zu dürfen u. nicht mehr mit meinen SS-Kameraden zusammenkommen zu dürfen, ist mir unerträglicher als der Verlust von Kassenzulassung und Krankenhausposten. Ich kenne Dich so gut, daß ich weiß, daß Du mich verstehen wirst...“*²⁹

Der Historiker Wolfram Pyta, der sich ebenfalls mit dem Fall Walter Müller und dessen Notizbuch beschäftigte, kam zu der Ansicht: „Walter Müller war ein Suchender. Sich selbst als ‚Übermensch‘ zu sehen, war eine Mode dieser Zeit – im Sinne Friedrich Nietzsches ‚Der Übermensch als Degenerationserscheinung‘. Müller war ein Aufsteiger und zählte sich zur selbst ernannten Leistungselite – der SS. Nicht mehr dazugehören, hat den überzeugten Nazi in den Selbstmord getrieben. ‚Die Unbedingten‘, wie sich diese Zwischen-Kriegsgeneration nach Nietzsche nannte, duldeten keine halben Sachen.“³⁰

27 Kreisarchiv Waiblingen (s. A 15), Schreiben Bezirksnotar Heilbronn an den Landrat von Waiblingen.

28 Interview Vf. mit Frau M. Llacer, Wuppertal.

29 Abschiedsbrief W. Müller, Recherchesammlung H. Schultheiß.

30 Zit. n. Waiblinger Kreiszeitung, 21.04.2008.



Abb. 6: Trauerfeier für Dr. Walter Müller – Ehrenbegräbnis als SS-Mann, 6. Juli 1933;
Quelle: Sammlung H. Schultheiß.

Unter Beteiligung aller örtlichen Parteigliederungen erhielt Walter Müller ein Ehrenbegräbnis als SS-Mann. Der wahre Hintergrund seines Selbstmords, seine halbjudische Abstammung, wurde seitens des Oberamts nicht öffentlich gemacht. Es hieß, Walter Müller, von jüdischen Kreisen der Durchführung verbotener Abtreibungen am Krankenhaus verdächtigt, habe sich aus Gram darüber das Leben genommen.³¹ Über die Trauerfeier berichtete der örtliche Remstalbote: „Selten hat das Hinscheiden eines Mannes solch allgemeine Trauer und solch herzliche Anteilnahme ausgelöst wie der Tod des Oberarztes Dr. W. Müller. [...] Am Donnerstag wurde sein Leichnam in der Friedhofskapelle aufgebahrt. Dort ruhte der bleiche Mann mit dem Ehrenkleid der SS angetan unter Lorbeerbäumen. Am Sarge hielten seine SS-Kameraden die Ehrenwache, vor der Kapelle standen SA-Leute. Nun begann ein nicht endendes Wallfahrten zu der Friedhofskapelle. Alle Kreise unserer Stadt, Junge und Alte kamen, um dem Toten noch einen Blick der Liebe und Dankbarkeit zu widmen. [...] Die Blumengebinde um ihn her häuften sich, zwischen die prachtvollen Kränze der Verbände und Vereinigungen legten schlichte Leute kleine einfache Blumensträußchen als letzten Dank für erfahrene Hilfe in Leibesnot und als ergreifendes Zeichen

31 Vgl. Interviews des Autors u.a. mit E. Haas 15.01.1997. Erwin Haas, damals selbst Mitglied der örtlichen SS, hatte bei der Beerdigung die SS-Standarte über das Grab gehalten.

seltener Treue.“ Selbst der Waiblinger SS-Sturmbannführer, der damals noch Rache für die infamen Abtreibungsvorwürfe angekündigt hatte, erfuhr das wahre Motiv erst nach Erkundigung beim Oberamt zwei Jahre später.³²

Nach dem Tod ihres Mannes hat die 28jährige Dr. Marianne Müller Waiblingen bald verlassen. Sie absolvierte eine tropenmedizinische Zusatzausbildung in Tübingen und bewarb sich bei Albert Schweitzer in Lambarene/Afrika, mit dem sie in einen Briefwechsel trat. Eine Verfügung des Reichsgesundheitsministeriums aufgrund der Entlassung vieler jüdischer Ärzte verhinderte jedoch ihre Ausreise, so dass sie sich in Wuppertal als praktische Ärztin niederließ. Nach einer unglücklichen Ehe, in der sie auch einen Großteil ihres Vermögens verloren hatte, stellte sie 1969 einen Antrag auf Witwengeld bezogen auf ihren ersten Mann Walter Müller. Laut Beamten-gesetz möglich, da ein Anspruch wiederauflebt, wenn die Ehe einer wiederverheirateten Witwe aufgelöst wird. Da Walter Müller aber die für eine Gewährung von Witwengeld notwendige Voraussetzung einer zehnjährigen Dienstzeit noch nicht erfüllt hatte, erkannte das „Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ auf eine Ausnahme und gewährte Witwenbezüge in Höhe von fortan 756,38 DM monatlich. Im Bewilligungsbescheid vom 23. April 1970 ist ausgeführt: „Es bedarf keiner weiteren Begründung, dass Dr. Müller aus rassischen Gründen im Zuge der nationalsozialistischen Verfolgung aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden sollte. Der objektive Schädigungstatbestand [...] ist daher erfüllt. Die Tatsache, dass Dr. Müller freiwillig aus dem Leben schied, bevor in seinem Fall konkrete Verfolgungsmaßnahmen in die Tat umgesetzt wurden, ändert daran nichts.“³³

In dem Wiedergutmachungsverfahren kam es auch zu einer Anfrage an das Berliner Document Center, ob Walter Müller „Mitglied der SS oder einer anderen einschlägigen Organisation gewesen ist“.³⁴ Antwort war: keine Mitgliedschaften.

Dr. Marianne Müller, 1987 verstorben, verfügte ein Begräbnis in Waiblingen neben in ihrem ersten Mann Walter. 21 Jahre später entzündete sich um dieses Doppelgrab mit einem „jüdischen SS-Mann“ in der Stadt eine leidenschaftliche Auseinandersetzung. Abräumen oder Erhalten? Nationale und internationale Presse griffen den Streit auf. Die Frankfurter Allgemeine schrieb: „Über den Fall Müller gab es eine Bürgeranhörung: Der Oberbürgermeister Andreas Hesky und viele Bürger änderten im Laufe dieser sehr sachlichen Diskussion ihre Meinung. Hesky und einige Waiblinger waren zunächst der Auffassung, man solle das Grab nicht weiter pflegen. Anfragen von Geschichtslehrern und Recherchen von Historikern überzeugten

32 *Kreisarchiv Waiblingen* (s. A 15), Bl. 110, Schreiben des Oberamts an den SS-Sturmbann II/81 Waiblingen, 06.08.1935.

33 Vgl. *Kreisarchiv Waiblingen* (s. A 15), Bl. 129.

34 Ebda., Bl. 120.

**Abb. 7:**

Doppelgrab Friedhof Waiblingen, 2005;
Inschriften auf den Grabplatten:

Dr. WALTER MÜLLER

geb. 11. Juli 1901, gest. 28. Juni 1933

Dr. med. MARIANNE MINGES

geb. 4. März 1905, gest. 28. Juni 1987

aber viele, dass es durchaus sinnvoll sein könne, das Leben von Walter Müller als Geschichte eines Verführten zu erzählen [...].³⁵ Am Ende dieser Bürgeranhörung zählte man 137 Stimmen für einen Graberhalt, 71 Stimmen dagegen. Für Erhalt plädierte auch der Antrag der Stadtverwaltung. Der städtische Gemeinderat indes entschied entgegen dem Verwaltungsantrag aufgrund der Zugehörigkeit Walter Müllers zur SS auf Abräumen.³⁶

Deutsche Volkslieder in Amerika:

[4] Adolf Kahn, Viehhändler

[5] Hilde Kahn

[6] Bella Kahn

[7] Irma Kahn

[8] Alfred Kahn

„Ob wir uns damals als Deutsche gefühlt haben? Diese Frage ist uns immer wieder gestellt worden. Nun, meine Großmutter hat alle ihre fünf Söhne für Deutschland ins Feld geschickt und den Jüngsten schon in den ersten Tagen des Ersten Weltkriegs verloren. Das war auch der Grund, warum man mit der Ausreise gezögert hat. Man konnte nicht glauben, dass man als etwas anderes als deutsch angesehen würde. Dies war übrigens die Meinung der meisten jüdischen Männer. Auch sprachen wir Schwäbisch. Mein Vater konnte sogar sagen, von welchem Dorf jemand kam. Je nach kleinen Unterschieden im Dialekt.“

³⁵ <https://www.faz.net/aktuell/politik/streifzuege/waiblingen-opfer-und-taeter-1545147.html> [02.11.2024].

³⁶ Vgl. *Waiblinger Kreiszeitung*, 31.06.2008. Zur Geschichte Dr. Walter Müllers und seiner Frau hat Vf. Ein Theaterstück mit dem Titel „Karten für Carmen“ verfasst, das bisher noch nicht uraufgeführt wurde.

Mit diesen Worten erinnert sich die 1914 in Waiblingen geborene Hilde Kahn an ihren Heimatort zurück, den sie im Alter von 23 Jahren verlassen hatte.³⁷ Im Jahre 1937 war sie mit ihrem Vater und ihrer Schwester Bella den bereits in die USA ausgewanderten Geschwistern Irma und Alfred gefolgt. Ihre Mutter Rosa Kahn, damals vor vier Jahren verstorben, wurde bestattet auf dem israelitischen Teil des Steigfriedhofs Stuttgart-Bad Cannstatt.



Abb. 8: Familie Kahn 1926 in Waiblingen; im Vordergrund Rosa und Adolf Kahn, dahinter die Kinder Hilde, Alfred und Irma. Nicht abgebildet ist Bella Kahn, die zu diesem Zeitpunkt eine Cousine in New York besuchte; Foto: *Stadtarchiv Waiblingen*.

Hilde Kahns Eltern stammten beide aus Baisingen, einer typischen Judengemeinde. Nach ihrer Heirat hatten sie sich im Jahre 1905 in Waiblingen niedergelassen. „Handelsmann, Israelit“ steht über Adolf Kahn im dortigen Familienregister.³⁸ Das Waiblinger Adressbuch weist ihn als „Viehhändler“ aus.³⁹ Und die Geschäfte müssen gut gegangen sein, wie man aus seinen festgehaltenen Gewerbesteuerabgaben schließen kann.⁴⁰ Adolf Kahn verdiente soviel, dass er seine auf sechs Personen angewachsene Familie sorglos ernähren und seinen vier Kindern den Besuch der Höheren Schule ermöglichen konnte.

Was die Religion betrifft, so berichtet Hilde Kahn, kamen ihre Eltern aus religiösen Häusern. Deswegen sei ihre Mutter zunächst auch betrübt gewesen, an einem Ort, an dem es keine jüdische Gemeinde gab, leben zu müssen. Schließlich aber habe

37 Hilde Di Silvio, „So fing ein neues Leben an“, in: R. Beckmann/H. Schultheiß (Hrsg.), *Juden in Fellbach und Waiblingen 1930-1952*, Remshalden 2009, S. 147.

38 *Standesamt Waiblingen*, Familienregister VIII, Bl. 436.

39 Vgl. *Stadtarchiv Waiblingen*, Adressbücher entsprechender Jahrgänge.

40 *Stadt Waiblingen Steueramt*, Gewerbesteuerabgabe Adolf Kahn.

sie sich damit abgefunden und sich der etwa 10 km entfernten Gemeinde Cannstatt angeschlossen. Ihrem Vater wiederum sei die Religion nicht so wichtig gewesen. Und als er vom Schlachtfeld des Ersten Weltkriegs heimgekehrt war, gar nicht mehr. Als Kinder wären sie von der Mutter einige Male mit dem Zug nach Cannstatt zur Synagoge geschickt worden, hätten sich dort aber immer recht fremd gefühlt. Dies alles sei später auch der Grund gewesen, weshalb eine Ausreise nach Palästina niemals in Frage gekommen wäre.

Die gefährliche Situation in Hitler-Deutschland hätten ihre bereits ausgewanderten Geschwister zuerst erkannt und gewarnt. Jedoch habe sich der Vater zunächst gesträubt. Erst als dann Freunde, darunter sogar gutmeinende Männer aus der Partei, ihm den Rat gegeben hätten, zu gehen, habe er nachgegeben. Daraufhin vermittelten die bereits ausgewanderten Geschwister die aus den USA verlangten Bürgschaften. Ein Jahr nach Antragstellung beim amerikanischen Konsulat in Stuttgart wurden die Visa erteilt. Und bevor es am 15. Mai 1937 mit dem Zug zur Einschiffung nach Bremen ging, musste noch die Wohnungseinrichtung verkauft werden. Zu Schleuderpreisen, da ohnehin nur die Mitnahme von 10 Reichsmark erlaubt war.

„Wir sind in Waiblingen niemals bedroht oder verhaftet worden“, versicherte Hilde Kahn rückblickend. Trotzdem aber wäre in den USA das vorherrschende Gefühl Dankbarkeit gewesen. Habe man doch immer mehr erfahren über das, was in Deutschland vorging. Dass sie von den Waiblingern bis zu ihrer Abreise im allgemeinen gut behandelt worden sind, unterstreicht Hilde Kahn mit einem Beispiel: Als die Partei einmal Kohlen für die bedürftige Bevölkerung gesammelt habe, hätte man ihnen auch zwei Zentner angeliefert, weil jemand sie da eingeschlossen haben muss. Wer dafür verantwortlich war, hätten sie allerdings nie herausbekommen. Zuletzt wären sie in Waiblingen nämlich recht schnell verarmt gewesen. Wegen der langen Pflege und Krankheit der Mutter bis zu ihrem Tod 1933 habe man nur wenig ansparen können. Danach seien gleich die beruflichen Einschränkungen für den Vater gekommen. Zuletzt habe dann allein ihre Stelle in einem Stuttgarter Haushalt, der glücklicherweise noch Juden einstellte, für den Lebensunterhalt sorgen müssen. Sie hätten eben von Glück sagen können, dass ihr Vater so beliebt gewesen sei. Um Vorurteilen gegen jüdische Händler zu begegnen, habe er seine Kühe sogar immer mit Tragegarantie verkauft. „Klar“, so Hilde Kahn, „gab es auch Menschen, die man dann nicht mehr sah. Doch das haben wir denen nicht übelgenommen. Man hatte ja gewusst, dass dies aus eigener Selbsterhaltung geschah. Daneben hat es aber auch Menschen gegeben, die sich um alles gar nicht gekümmert haben, die entweder nur nichtsahnend waren oder ganz einfach mutig.“⁴¹

41 Interview H.S. mit Hilde Di Silvio, geb. Kahn (tel.), 26.09.1997.



Abb. 9, 10, 11: In der neuen Heimat Philadelphia, USA;
links: Adolf Kahn mit Enkel,
rechts: die Geschwister Bella und Alfred Kahn in US-Militäruniform;
unten: Geschwister Alfred und Irma Kahn mit ihrem Vater;
Fotos: Haus der Stadtgeschichte Waiblingen.

Angelkommen in Amerika wäre den Geschwistern wichtig gewesen, wie ihr Vater die Flucht verkraftet. Doch habe er, in Amerika von Rheuma geplagt, nicht mehr auf eigene berufliche Beine zurückfinden können. Er habe Sehnsucht gehabt nach der deutschen Sprache. Und gegen das Heimweh hätten sie mit ihm in Philadelphia „Am Brunnen vor dem Tore“ gesungen und andere deutsche Volkslieder.

Ihr Vater sei 1956 „friedlich im Bett“ gestorben und ihre Geschwister Bella und Alfred beide 1971. Einmal noch ist Hilde Kahn in ihre Geburtsstadt zurückgekehrt. Eine Freundin aus Schultagen, mit der sie immer in Kontakt geblieben war, hatte sie 1984 anlässlich der Gedenkveranstaltungen zur Zerstörung der Stadt vor 350 Jahren im 30jährigen Krieg eingeladen. Bei dieser Gelegenheit hatte ihr der damalige Oberbürgermeister Dr. Ulrich Gauß auch eine gemeinsame Stadtbegehung angeboten. Diese jedoch habe sie als „unnötig“ und „zuviel der Ehre“ abgewiesen.



Antreten vor Eichmann:

[9] **Getrud Deicher, Witwe**

[10] **Lore Deicher**

„Im Jahr 1944 mussten wir Mischehen vor Eichmann antreten. Stundenlang standen wir, bis wir im Gänsemarsch vor diesen damals schon so Gefürchteten kamen, weil bekannt war, dass wenn Eichmann in Theresienstadt ist, wieder Transporte gehen. Eichmann trug damals ein Monokel. Mich frug er, wo meine Tochter ist, ob ich immer in Stuttgart gelebt habe. Als ich sagte, auch in Heilbronn, sagte er: ‚Da ist doch eine Gaststätte, und da fährt die Straßenbahn hin und ein See ist auch dabei.‘ Als ich ihm den Trappensee nannte, warf er sich in Positur, rückte mit der Hand an seiner Krawatte und sagte: ‚Ja, ja, der Trappensee.‘ Damit war ich entlassen.“

Während die 42jährige Gertrud Deicher in Theresienstadt Angst um ihr Leben haben muss,⁴² lebt ihre halbjüdische 17jährige Tochter Lore in Waiblingen bei den Eltern ihres Mannes. Längst schon hat die nationalsozialistische Rassenverfolgung das gemeinsame Familienleben zerstört.

Nach ihrer Heirat im Jahre 1922 hatten sich der Waiblinger Eugen Deicher und seine in Bad Rappenau geborene Frau Gertrud in Heilbronn niedergelassen. Eugen Deicher arbeitete als Kaufmann. Seine Gewerbekarte weist ihn als Besitzer der „Firma Eugen Deicher“ aus, die Stoffpolierscheiben herstellt. Gertrud Deicher ist Jüdin und Mitglied der jüdischen Gemeinde in Heilbronn. 1924 kommt die Tochter Lore zur Welt und wird evangelisch getauft.

Im beginnenden NS-Staat besteht bei den Deichers nun eine sogenannte „privilegierte Mischehe“, da nur ein Elternteil jüdisch ist und aus der Ehe hervorgegangene Kinder nicht der israelitischen Religionsgemeinschaft angehören. Lore Deicher kann die Mädchen-Oberrealschule in Heilbronn eben noch abschließen, ein Studium an der Staatlichen Akademie der bildenden Künste in Stuttgart wird ihr jedoch verweigert, wie allen „Mischlingen 1. Grades“.

Da der in Waiblingen geborene Eugen Deicher nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt – sein Vater war in den USA gewesen und hatte dort die amerikanische angenommen –, muss er jährlich seinen Fremdenpass verlängern. Da er dies leid ist, stellt er 1940 einen Einbürgerungsantrag.

In ihren Erinnerungen schreibt seine Frau: „Es wurde ihm jedoch in Heilbronn mitgeteilt, er solle sich erst von seiner jüdischen Frau scheiden lassen, dann stehe dem Erwerb der Deutschen Staatsbürgerschaft nichts im Wege. Mein Mann hat dies nicht

42 Vgl. Gertrud Deicher, Erinnerungen aus ihrem Nachlass bei P. Riesle, Waiblingen.



Abb. 12, 13, 14: v.l.n.r.: Gertrud Deicher (1899-1979) und Eugen Deicher (1895-1940) um 1931 in Heilbronn; Eugen Deicher mit Tochter Lore 1934 in Waiblingen; Quelle: *P. Riesle* (s. A 41).

getan. Dies und so viele andere Schikanen führten dazu, dass sich mein Mann im Juni 1940 das Leben nahm.“⁴³

Das bereits 1935 erlassene „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes [...] durchdrungen von der Erkenntnis, dass die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist“, hatte künftige „Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“ verboten.⁴⁴ Bereits bestehende sog. „Mischehen“ sahen sich nun noch größeren Repressalien ausgesetzt, die in vielen Fällen in eine Scheidung mündeten. Schon 1934 hatte das Oberlandesgericht Karlsruhe eine solche ausgesprochen, indem es davon ausging, dass der Kläger bei Kenntnis der Sachlage seine 1930 mit einer Jüdin eingegangene Ehe nicht geschlossen haben würde. Zur Sachlage führte das Urteil aus: „Man hat heute erkannt, daß die jüdische Rasse hinsichtlich des Blutes, des Charakters, der Persönlichkeit und der Lebensauffassung etwas ganz anderes ist als die arische Rasse, und daß eine Verbindung und Paarung mit einem Angehörigen dieser Rasse für den Angehörigen der arischen Rasse nicht nur nicht wünschenswert ist, sondern verderblich, unnatürlich und widernatürlich, weil sie den Arier als einzelnen,

⁴³ Ebda.; vgl. auch *H. Schultheiß/U. Stietz*, „Wenn Eichmann in Theresienstadt ist, gehen Transporte“. Gertrud und Eugen Deicher. Vom Schicksal einer „privilegierten Mischehe“, in: *R. Beckmann/H. Schultheiß* (s. A 36) S. 182.

⁴⁴ Vgl. Reichsgesetzblatt 1935 Tl.1, S. 1146 ff.

namentlich aber auch in seiner Eigenschaft als Volksgenossen, in die Gefahr bringt, seiner Rasse und seinem Volkstum fremd zu werden und darüber hinaus artfremde Kinder zu erzeugen.“⁴⁵

Nach dem Selbstmord ihres Mannes, der diesem Druck nicht standhalten konnte, verlässt Gertrud Deicher Heilbronn und zieht nach Stuttgart, wo sie unter glücklichen Umständen Arbeit in einem Büro findet. Am 10. Januar 1944 wird Gertrud Deicher von der Gestapo auf 6 Uhr 30 in das berüchtigte Hotel Silber bestellt, wo bereits weitere Juden versammelt sind. Alle werden in einen großen Saal geführt, wo man ihnen erklärt, sie seien verhaftet und kämen nach Theresienstadt. Auf Lastwagen werden alle zum Packen nach Hause gefahren, wo ihr Eigentum beschlagnahmt wird. Und am Tag darauf geht es mit dem Zug nach Theresienstadt. Gertrud Deicher: „Als wir nach langer Reise ankamen, wurde eine ältere Frau mitten ins Gesicht geschlagen, dass sie zu Boden fiel (‘Heintel’ hieß dieser ‘hohe’ SS Mann). Dann gings im Fußmarsch ins Lager. Was uns dort erwartete, war furchtbar. Die Menschen schlichen nur so auf der Straße, waren abgemagert und sahen ganz gelb aus. In den ersten Wochen lag ich auf dem Steinboden auf dem Speicher und hatte nur eine ganz dünne Matratze. Das Essen war so schlecht und so wenig. Drei Kartoffeln, darunter faule Wassersuppe, die man nicht essen konnte, und wenn es mal Spinat gab, was ganz,

GHETTO THERESIENSTADT
ARBEITS AUSWEIS Trsp. *111-5* Nr. *6*

Name *DEICHER*
 Vorname *GERTRUDE*
 Geborene *1899* Verheiratungsjahr

UBIKATION:
 Datum *20.11.44* Wohnt *Deicher 7* Bestätigung d. Evidenz *E HAUPTSTADT*

DIESER ARBEITS AUSWEIS IST IN DEN PERSONAL AUSWEIS EINZULEGEN.

GHETTO THERESIENSTADT
 Gesundheitswesen No. *099946* *D*

Ges. Efnh. *Dr. med. 21/11/44*
 Ambulanz: *Dr. med. 21/11/44* Dat: *21/11/44*
Deicher Gertrud
Läusefrei
111-5
 Unterschrift d. Arztes, Tat. No.
 Name
 Trsp. No. Ubik.

Abb. 15, 16: „Arbeitsausweis“ und Bescheinigung „Läusefrei“ aus Theresienstadt; Quelle: P. Riesle (s. A 41).

45 Oberlandesgericht Karlsruhe, Aktenzeichen II 208/33; veröffentlicht auch im NS-Kurier, 05.04.1934, S. 6.



Abb. 17: Lagerausweis Gertrud Deicher; Quelle: P. Riesle (s. A 41).

ganz selten vorkam, war er voller Sand. Nur die Päckchen, die ich später von meiner Tochter bekam, hielten mich aufrecht. Dabei habe ich das Wenige mit Frauen geteilt, die überhaupt nichts bekamen.“⁴⁶

Während ihrer Zeit in Theresienstadt erlebt Gertrud Deicher auch, wie ein Propagandafilm gedreht wird, der die Wirklichkeit auf den Kopf stellte. Ihre Baracke, Bäcker gasse 7, die sie mit 280 Frauen bewohnt und in der immer drei Betten übereinanderstehen, wird für die Aufnahmen ausgewählt. Die Baracke wird hergerichtet und frisch gestrichen. Altes Holz wird entfernt, und nur noch jeweils ein Bett mit rotem Vorhang findet Platz. Dann wird gefilmt: Ein Ehepaar muss Arm in Arm den Gang entlanggehen, Mädchen müssen in Gruppen zusammensitzen, als wären sie beim Friseur. Andere müssen lesen oder Karten spielen. Vor der Baracke wird ein Mann mit einem Huhn unter dem Arm an einer Schmiede vorbeigeschickt, vor der gerade ein Pferd beschlagen wird. All diese Menschen, die gefilmt wurden, so erinnert sich Gertrud Deicher, seien danach einem Transport zugeteilt und vergast worden.⁴⁷

Gertrud Deicher hat das Lager Theresienstadt überlebt. Auch dank der regelmäßigen Essenspakete ihrer Tochter aus Waiblingen. Dennoch brachten die nach der Lagerbefreiung zur Abholung geschickten Stuttgarter Busse sie so schwerkrank zurück, dass sie noch ein Jahr im Waiblinger Krankenhaus verbringen musste. Anschließend blieb Gertrud Deicher in Waiblingen, wo sie im Jahre 1979 im Alter von 80 Jahren starb und neben ihrem Mann im Familiengrab auf dem Waiblinger Friedhof bestattet wurde.

46 (s. A 41).

47 Vgl. ebda., S. 141.

Wehrunwürdig:

[11] Johann Bertram, Kaufmann⁴⁸

„Nachdem es meiner Mutter anscheinend nicht mehr möglich war, das Kostgeld, das übrigens nicht sehr hoch war, aufzubringen, kam ich nach Esslingen a.N. ins Waisenhaus Wilhelmspflege, welches unter jüdischer Leitung stand. Dort wurde ich als von christlichen Leuten Erzogener nicht gerne gesehen.“

Zeilen aus dem Lebenslauf des 30jährigen Kaufmanns Johann Bertram, geschrieben für die Behörden, die den mit einer Waiblingerin verheirateten Familienvater als „Volljude“ verdächtigten.⁴⁹ Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 hatte der Zweite Weltkrieg begonnen, und es war die reichsweite Anordnung ergangen: „Alle haftfähigen männlichen Juden polnischer Staatsangehörigkeit sind sofort festzunehmen.“⁵⁰

Der Grund, warum Bertram als Pole behandelt sowie als „Volljude“ verdächtig wird, ist folgender: Seine in Russland geborene jüdische Mutter war durch Gebietsveränderungen nach dem Ersten Weltkrieg polnische Staatsangehörige geworden und konnte keine näheren Angaben mehr über den Verbleib des Vaters Leonid Gollwanoff machen. Außer dass sie sich in Berlin kennengelernt hatten und Gollwanoff sie nach der Geburt des Sohnes verlassen habe. Diesen hatte sie dann in eine deutsche Beamtenfamilie zur Pflege gegeben.

Bertrams Situation als Erwachsener wurde dadurch nicht einfach. Regelmäßig muss der kaufmännische Angestellte bei der Kleiderstoffhandlung Halla & Co. im Stuttgarter Hindenburgbau seine Arbeitskarte verlängern. Obwohl in Deutschland geboren und bei hiesigen Pflegeeltern aufgewachsen, gilt er als Staatenloser. Einer unzutreffenden Auskunft zufolge hatte Bertram sogar die ihm durch Geburt zustehende polnische Staatsbürgerschaft erworben, um mit dieser dann den Übergang zur deutschen Staatsbürgerschaft beantragen zu können. Da dieser Antrag jedoch abgelehnt wurde, war er versehentlich polnischer Staatsbürger geworden und 1939 in ein bedrohliches Erfassungsraster geraten. Mit dem Argument, der polnischen Sprache nicht mächtig zu sein, beantragte er dann sogleich wieder seine Aberkennung.

Als „Halbjude“ oder „jüdischer Mischling 1. Grades“, hätte Bertram nach dem 1935 erlassenen „Reichsbürgergesetz“ sowie dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes“ noch Reichsbürger werden können.⁵¹ Die Ausnahmebedingungen erfüllte er: Verheiratet war er weder mit einer Jüdin, noch gehörte er der israelitischen Religi-

48 Name auf Wunsch der Anhörigen geändert.

49 Stadtarchiv Waiblingen, 373, 2, Lebenslauf des „J. Bertram“ vom 12.10.1939.

50 Ebda., Schreiben des Landrats von Waiblingen an den Bürgermeister von Waiblingen, 11.09.1939.

51 Vgl. Nürnberger Gesetze vom 15.09.1935.

ongemeinschaft an. Doch solange den Behörden über Betrams Vater keine sicheren Nachweise vorlagen, war an eine Einbürgerung nicht zu denken. Bertram schaltete daher von sich aus die im NS-Staat gegründete „Reichsstelle für Sippenforschung“ in Berlin ein, um das Verbleiben seines Vaters zu klären und die Angaben seiner Mutter über dessen arische Abstammung bestätigen zu lassen.

Der Waiblinger Bürgermeister, der nicht recht weiß, ob er Bertram verhaften lassen soll oder nicht, berichtet dem Landrat: „Bertram gibt beharrlich an, Mischling 1. Grades zu sein. Einen Nachweis über seine Abstammung ist er augenblicklich nicht in der Lage beizubringen. Er hat sich deshalb auch an das Rasse- und Sippenforschungsamt gewandt, um ein Gutachten über seine Abstammung zu erhalten. Die Führung des Bertram war bisher einwandfrei. Er hat sich mir gegenüber auch bereit erklärt im deutschen Heere mitzukämpfen. Sobald eine Antwort vorliegt, werde ich wieder berichten.“⁵²

Um den Vorschriften Genüge zu tun, weist der Bürgermeister die Schutzpolizeidienstabteilung an, Bertram solange regelmäßig zu überwachen. Doch bei der Reichsstelle in Berlin kommt man offenbar nicht recht vorwärts. Innerhalb eines halben Jahres erinnert der Bürgermeister dort dreimal an die Angelegenheit. Auch Bertram will seine Einbürgerung beschleunigen und meldet sich im März 1940 freiwillig zur Wehrmacht. Doch ohne einen arischen Nachweis seines Vaters gilt er nach dem Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 als „wehrunwürdig“.

Nach dem Krieg gab Bertram in seinem Wiedergutmachungsverfahren zu Protokoll: „Anschließend begannen weitere Vorladungen auf das Landratsamt und Bürgermeisteramt, wobei jedes Mal sehr unerfreuliche Maßnahmen angedroht wurden. Das eine Mal wurde mir eröffnet, dass ich nun kurzfristig mit meiner Ausweisung aus dem Reichsgebiet zu rechnen habe, das andere Mal, dass ich nun nach den Judengesetzen behandelt würde. [...] Einmal geschah mir, dass ich beim Landratsamt wieder einbestellt war. Der zuständige Beamte erklärte mir, dass er nicht weiter warten werde und Maßnahmen einleiten würde, die für Juden gelten, u.a. Tragen des Judensterns.“⁵³

Im November 1944 erhielt Bertram einen Deportationsbescheid. Die Fahrt ging ins Arbeitslager Leimbach, ein Außenlager des KZ Buchenwald. Aufgrund der dortigen „schweren Arbeit mit Schippe und Schaufel“ kommt es bei ihm zu einem schweren Herzleiden. Ein von der Gestapo bestellter Arzt erklärt ihn schließlich für arbeitsunfähig, so dass er am 28.02.1945 nach Waiblingen zurückkehren kann.⁵⁴

Erhalten geblieben in Betrams Familie ist der Lagerausweis. Und eine Tochter des Bertram, die 1977 das Schicksal ihrer Großmutter erforschte, fand heraus, dass diese 1941 von Berlin nach Riga deportiert wurde, wo sie ums Leben gekommen sei.

52 *Stadtarchiv Waiblingen* (s. A 48), 11, Schreiben des Oberbürgermeisters an den Landrat, 14.09.1939.

53 Vgl. *Staatsarchiv Ludwigsburg*, ES 5247.

54 Ebda.

Von der Gestapo in Dienst genommen:

[12] Alfred Marx, Amtsrichter

„Ich konnte jetzt feststellen, dass die Umzugskosten Waiblingen-Stuttgart nicht nur 100,-- sondern RM 183,63 betragen haben, vgl. das angeschlossene Schreiben des Justizministeriums an den Herrn Landgerichtspräsidenten vom 22.6.1961. Von diesem Betrag hat aber der Staat RM 178,-- ersetzt, so dass, was diesen Umzug anlangt, ein ungedeckter Betrag von RM 5,63 verbleibt. Dazu kommen noch Nebenkosten [...], die ich zu schätzen bitte, für jeweiliges Abnehmen und Aufmachen von Vorhängen, für die Anschaffung von Vorhängen, die wegen der jeweils anderen Ausmessung der Fenster [...] erforderlich waren.“⁵⁵

„Wäre ich nicht durch Verfolgung in das am meisten fliegergefährdete Gebiet Stuttgarts verlegt worden, so wäre mein Hausrat nicht zerstört worden. Man kann also nicht sagen, dass mein Fliegerschaden mehr auf die Zufälligkeiten des Luftkriegs als auf Verfolgung zurückzuführen sei.“⁵⁶

1971, einige Jahre nach seiner Pensionierung als Landgerichtsdirektor in Stuttgart mit der Bezeichnung Landgerichtspräsident a.D., erinnerte sich Alfred Marx an seine zwangsweise Versetzung 1935 von Waiblingen nach Stuttgart und daran, dass seine damaligen Umzugskosten nicht restlos bezahlt worden wären. Und so beauftragte er das Justizministerium, bei der Waiblinger Spedition Eckardt die 36 Jahre alte Rechnung ausfindig zu machen. Und hätte er nicht auch in Stuttgart umziehen müssen, wäre sein Hausrat nicht zerstört worden, wofür er gleichfalls Entschädigung forderte.

1918, nach seiner Notreifepfung am humanistischen Gymnasium Cannstatt, hatte Alfred Marx 1918 als kriegsfreiwilliger Telegraphist noch am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Danach absolvierte er das Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen und trat im Jahr 1929 die Stelle als Amtsrichter in Waiblingen an.⁵⁷

Dort ist er schon bald mit dem Abtreibungsdelikt des ersten Waiblinger NSDAP-Ortsgruppenleiters befasst. Da dieser als bislang einziger Vertreter der NSDAP auch dem Waiblinger Gemeinderat angehört, setzt Alfred Marx Bürgermeister Wendel in Kenntnis, „dass gegen den Schotterwerksbesitzer und Stadtrat Hermann Weisbarth von Waiblingen ein Strafverfahren wegen versuchter Abtreibung (§ 218 StGB.) in Tateinheit mit einem Verbrechen im Sinne des § 226 StGB. (Körperverletzung mit Todesfolge) eingeleitet ist.“⁵⁸ Das Vergehen, bei dem durch einen eigenhändigen Ab-

⁵⁵ Vgl. Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 350 I Bü 5932 (ES 6352 Alfred Marx), Bl. 209.

⁵⁶ Ebda., Bl. 177.

⁵⁷ HStA Stuttgart, Q 3/12, Handakten Alfred Marx, Erläuterungen.

⁵⁸ Stadtarchiv Waiblingen, 1202, 1, Schreiben des Amtsgerichts an das Bürgermeisterramt Waiblingen vom 07.06.1932.

treibungsversuch auch das schwangere Mädchen starb, behandelt er zunächst als Totschlagsdelikt. Später erklärt er dem städtischen Gemeinderat, dass der Sachverhalt mit der Anklage „fahrlässige Tötung eine erhebliche Abschwächung“ in der Beurteilung erfahren habe.⁵⁹

Da Alfred Marx noch Kriegsteilnehmer war, wird er aufgrund dieser Ausnahmeregelung im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ nicht sofort aus dem Staatsdienst entlassen. Seine Waiblinger Stellung aber muss er räumen, da nach den nationalsozialistischen Rasse- und Rechtsauffassungen kein Jude mehr Strafrecht über Deutsche ausüben darf. Marx wird daher an das Landgericht Stuttgart versetzt, wo man für ihn eine rein verwaltungsrechtliche Verwendung als Hilfsrichter findet. Endgültig aus dem Staatsdienst entlassen wird er zum 1. Januar 1936, erhält aber noch ruhegehaltfähige Dienstbezüge bis 31.12.1938.⁶⁰

Im November 1939 wird Alfred Marx verhaftet und muss einige Wochen im Lager Dachau verbringen, ehe er im Januar 1940 in der „Jüdischen Mittelstelle“ in Stuttgart tätig wird.⁶¹ 1939 hatten die Nationalsozialisten die Gründung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ verfügt und in Stuttgart die Abteilung „Jüdische Mittelstelle“ eingerichtet. Die neu gegründete Reichsvereinigung – in die zwangsweise alle Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden galten, eingegliedert wurden und Pflichtbeiträge entrichten mussten – sowie deren Abteilungen standen ab September 1939 unter Kontrolle des Reichssicherheitshauptamtes beziehungsweise der Gestapo und hatten deren Anordnungen umzusetzen. Leiter der Stuttgarter „Mittelstelle“ wurde im Oktober 1940 Alfred Marx.

Zuvor hatte Karl Adler diese Stelle inne, der als angesehener Direktor des Konservatoriums für Musik in Stuttgart 1933 als „Zerstörer der deutschen Musik gebrandmarkt und entlassen worden war“. 1940 hatte er sich noch zur Ausreise in die USA entschlossen – auch weil er die Möglichkeiten als Leiter der „Jüdischen Mittelstelle“ anderen Juden zu helfen, immer mehr schwinden sah.⁶²



Abb. 18: Alfred Marx (1899–1988);
Quelle: *Landeshauptstadt Stuttgart*
(Hrsg.), *Friedhöfe in Stuttgart*, Bd. 4:
Steigfriedhof, Stuttgart 1995, S. 67.

59 Ebda. Die Angelegenheit sorgte damals in Waiblingen für großes Aufsehen, zusammen mit dem Gerücht, Marx wäre seitens der NSDAP unter Druck gesetzt worden, insbesondere weil der überaus vermögende Weisbarth die Gründung des Stuttgarter NS-Kuriers finanziell unterstützt habe.

60 Vgl. *Staatsarchiv Ludwigsburg*, EL 350 I, Bü 5932.

61 Zur „Jüdischen Mittelstelle“ vgl. u. a. R. Müller, *Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1988, M. Zelzer, *Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden*, Stuttgart 1964, S. 172 ff.; A. Marx, *Das Schicksal der jüdischen Juristen in Württemberg und Hohenzollern 1933–1945*, in: *Die Justiz. Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg* 1965, H 6, 7, 8.

62 Vgl. ebda; F. Richert, *Karl Adler. Musiker Verfolgter Helfer*, Stuttgart 1990.

Die Rolle späterer Leiter kritisierte Hannah Arendt bereits 1960. Während des deutschen Vernichtungsprozesses hätten sie für Ruhe und Ordnung bei der Zerstörung des eigenen Volkes gesorgt.⁶³ Mit deren Motiven beschäftigte sich 42 Jahre später Beate Meyer. Bezeichnenderweise mit der Überschrift „Das unausweichliche Dilemma“.⁶⁴ Handlungsspielräume der Leiter lotete sie zwei Jahre später aus. Dabei kam sie zu dem Schluss, dass deren Einsatz im Verbund mit jüdischen Gemeindehelfern, ursprünglich als Hilfestellung zur milderen Ausführung der Gestapoanordnungen gedacht, sich zu einem effektiven Werkzeug der Gestapo entwickelt habe.⁶⁵

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Karl Adler hatte sich Alfred Marx entschieden, der Gestapo Folge zu leisten. Seine Briefe tragen die Stempel der „Geheimen Staatspolizei Stuttgart“. An das Bürgermeisteramt Waiblingen, seinen früheren Wohnort, schreibt er am 22. März 1941: „Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland hat vom Reichssicherheitshauptamt Berlin die Weisung erhalten, mit größter Beschleunigung ein alphabetisches Verzeichnis derjenigen Juden aufzustellen, die seit 1933 aus Deutschland ausgewandert sind. Wir bitten die Unterlagen der jüdischen Kultusvereinigung Stuttgart, Hospitalstraße 36, zur Verfügung zu stellen und wären mit Rücksicht auf die befristete Anforderung für baldgefl. Erledigung dankbar.“⁶⁶ Damit war die „Jüdische Mittelstelle“ nun auch in die nationalsozialistischen Deportationsplanungen verwickelt. Neben dem Stempel der Gestapo unterzeichnet Marx unter Beachtung des Gesetzes von 1937, wonach männliche Juden „Israel“ als zusätzlichen Vornamen zu führen haben, mit: „Alfred Israel Marx – Amtsrichter a. D.“ (vgl. Abb. 19).

Neben seiner Mittelstellen-Tätigkeit war Alfred Marx lange Zeit auch über seine „arische“ Frau geschützt, da in „privilegierter Mischehe“ lebend. Erst mit dem allerletzten Transport aus Stuttgart, als auch dieses „Privileg“ nicht mehr half und die Mittelstelle von den Nationalsozialisten nicht mehr gebraucht wurde, musste er Stuttgart verlassen. Am 11. Februar 1945. Der Transport ging nach Theresienstadt.

Nach der Befreiung dieses Lagers durch die Rote Armee am 18. Mai 1945 sah sich Alfred Marx in der Lage, selbständig den Heimweg nach Stuttgart anzutreten, ohne die zur Abholung geschickten Busse aus Stuttgart abwarten zu müssen. Ab 10.09.1945 kann er wieder als Landgerichtsrat tätig werden. Mit Wirkung vom 24.06.1947 wird er

63 Vgl. H. Arendt, Eichmann in Jerusalem, München 1964, S. 161 ff.

64 B. Meyer, Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Deportationen und die untergetauchten Juden, in: B. Kosmala/C. Schoppmann (Hrsg.), Überleben im Untergrund. Berlin 2002.

65 B. Meyer, Handlungsspielräume regionaler jüdischer Repräsentanten (1941-1945). Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und die Deportationen, in: Die Deportation der Juden aus Deutschland (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20), Göttingen 2004.

66 Stadtarchiv Waiblingen, 373, 25, Jüdische Mittelstelle Stuttgart an das Bürgermeisteramt Waiblingen, 22.03.1941.

zum Ersten Staatsanwalt (A2 C1) befördert und am 01.01.1948 zum Oberlandesgerichtsrat und Landgerichtsdirektor (A2b). 1950 wird er Landgerichtsdirektor am Landgericht Stuttgart und schließlich zum Landgerichtspräsidenten ernannt.⁶⁷

Mit seinem Mittelstellenwissen hilft er in den ersten Nachkriegsjahren bei der Erforschung jüdischer Schicksale und fungiert als Öffentlicher Kläger bei Spruchkammerverfahren.

Der „Entschädigungssache Alfred Marx“ vom 01.07.1965⁶⁸ ist zu entnehmen, dass ihm als Wiedergutmachungsleistung die seit 1939 entgangenen Beamtenbezüge mit Einrechnung von Beförderungen in Höhe von 3.235,02 DM zustehen. Ferner erhielt er für Umzugskosten, Luftkriegsschäden der Wohnungseinrichtung („Küche, Schlafzimmer, Bibliothek, Teppiche, Silber, Porzellan, Ölgemälde“) 8.525 DM, wg. „Schadens an Freiheit“ 600 DM, wg. geleisteter Judenvermögensabgabe 2.400 DM und wg. Deportation nach Theresienstadt 6.000 DM.⁶⁹ Und auf seinen Antrag aus dem Jahr 1971 hin schließlich noch den vom Justizministerium ermittelten Fehlbetrag in Höhe von damals 5,63 Reichsmark für seinen ersten Umzug von Waiblingen nach Stuttgart.

Alfred Marx starb im Jahre 1988 in Stuttgart und wurde im Familiengrab im israelitischen Steigfriedhof in Bad Cannstatt bestattet.

JÜDISCHE MITTELSTELLE

STUTTGART-N
DANKSTRAßE 151
TELEFON 1111

22. März 1941.

An den
Bürgermeisteramt
Waiblingen.

Unser Anliegen ist:
Betr. Erhebung über die seit 1933 ausgewanderten Juden.

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland hat vom Reichsicherheitshauptamt Berlin die Weisung erhalten, mit größter Beschleunigung ein alphabetisches Verzeichnis derjenigen Juden aufzustellen, die seit 1933 aus Deutschland ausgewandert sind. Die Reichsvereinigung hat die Jüdische Kultusvereinigung Württemberg, Bezirksstelle der Reichsvereinigung, aufgefordert, die entsprechenden Unterlagen bis 31.3.1941 einzureichen.

Verlangt wird:
Vor- und Zuname (bei Frauen der Mädchennamen)
Geburtsort
Geburtszeitpunkt
Geburtsort
Staatsangehörigkeit
Letzter Wohnort und Adresse
Zeitpunkt der Auswanderung
Hilfsland.

Da die Jüdische Kultusvereinigung am dortigen Platz keinen Vertrauensmann hat, bitten wir die Unterlagen der Jüdischen Kultusvereinigung Stuttgart, Hospitalstr. 96 zur Verfügung zu stellen und wären mit Rücksicht auf die befristete Anforderung für baldgfl. Beilegung dankbar.

Jüdische Mittelstelle
Alfred Marx
Mittelstelle a. D.

22. März 1941
Bürgermeisteramt Waiblingen
2104

Am 16. 1. 41 gefertigt
Einnahme - 5 - in den
Jahre bei 20.000 Mark gemittelt

Abb. 19: Schreiben der „Jüdischen Mittelstelle“ an das Bürgermeisteramt Waiblingen; Quelle: Stadtarchiv Waiblingen (S. A 66).

67 Vgl. Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 350 I, Bü 5932, Bl. 162 u. a.

68 Ebda.

69 Ebda., Bl. 166, 235.

Deportiert „im Rahmen der gesamteuropäischen Entjudung“:

[13] Berta Kahn, Witwe

„Ich bitte um die Erlaubnis, vom 21. dieses Monats für 14 Tage zu meiner Mutter in Heilbronn verreisen zu dürfen. Ich will meiner Mutter bei der Kartoffelernte behilflich sein.“

Im September 1941 kann sich die 61jährige Bertha Kahn aufgrund der vielfältigen Überwachungsvorschriften längst nicht mehr frei bewegen.⁷⁰ Will sie Waiblingen verlassen, muss sie beim Bürgermeisteramt schriftlich darum ersuchen. Über die jeweilige Erlaubnis führt die Ortspolizei Buch. Diesem ist auch zu entnehmen, dass Berta Kahn die Erlaubnis erteilt wurde, am 10. Oktober 1941 für drei Monate jeden Sonntag in Stuttgart einen „englischen Auswanderer-Kurs“ zu besuchen.⁷¹

Demnach hatte sich Bertha Kahn noch um eine Auswanderung bemüht, zumal ihr Sohn Beno bereits 1936 in die USA ausgewandert und ihr Mann 1939 im Alter von 65 Jahren in Waiblingen verstorben war. Im Waiblinger Adressbuch von 1939 findet sich nur noch: „Kahn, Berta, Witwe, Fuggerstraße 14.“⁷² In den späteren Büchern fehlt dieser Eintrag. Denn am 20. oder 21. November 1941, so lässt sich heute rekonstruieren, muss Sie von der Stuttgarter „Jüdischen Kultusvereinigung“ bzw. der „Jüdischen Mittelstelle“ folgende übliche Mitteilung erhalten haben: „Auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei haben wir Sie davon zu verständigen, dass Sie zu einem Evakuierungstransport nach dem Osten eingeteilt sind.“⁷³

Berta Kahn, die seit wenigen Wochen nach der „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden“ den Judenstern tragen muss, kann ihren Auswandererkurs nicht mehr abschließen. Der letzte Eintrag in der örtlichen Überwachungsliste betrifft die Erlaubnis zu einer „einmaligen Fahrt von Waiblingen nach Stuttgart zum Einkauf von Schuheinlagen“ am 20. November 1941.

Der Deportationsbescheid für Berta Kahn ging vom Landrat mit dem Vermerk „Eilt sehr!“ an den Bürgermeister. Dieser erfährt: „Nach einem Erlass der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Stuttgart vom 18. November 1941 werden im Rahmen der gesamteuropäischen Entjudung laufend Juden nach dem Reichskommissariat Ostland befördert. Aus Ihrer Gemeinde ist die Jüdin Bertha Kahn, geb. am 22.5.80 für die Evakuierung erfasst.“⁷⁴ (vgl. Abb. 20).

70 Stadtarchiv Waiblingen, 373, 26, Berta Kahn an die Ortspolizeibehörde Waiblingen, 18.09.1941.

71 Ebda., 36, Verzeichnis.

72 Stadtarchiv Waiblingen, Adressbuch 1939.

73 Zu weiteren Einzelheiten vgl. H. Schultheiß, „...werden im Rahmen der europäischen Entjudung laufend Juden...“. Deportation der Bertha Kahn, in: R. Beckmann/H. Schultheiß (s. A 37), S. 157-170.

74 Stadtarchiv Waiblingen, 373, 38, Landrat an den Bürgermeister der Stadt Waiblingen, 21.11.1941.

Berta Kahn bleiben noch sieben Tage Zeit, bis sie am 28.11. um 10.33 Uhr in Begleitung eines Beamten in den Zug Richtung Stuttgart-Killesberg steigen muss. Drei Tage später fuhr dort der erste Deportationszug mit württembergischen Juden nach Riga ab. Mit der „Transportnummer 1025“ endet die örtliche Spurensuche zu Berta Kahn.

Als nach dem Krieg die Stuttgarter Staatsanwaltschaft eine Untersuchung „wegen der Beschlagnahme des Judenvermögens und der Evakuierung der Juden“ einleitet, heißt es in einem Schreiben an die Waiblinger Polizei: „Es kommt hauptsächlich darauf an, die Namen der Beamten zu ermitteln, die bei den Aktionen beteiligt waren. Die Nachbarn der betroffenen Juden werden wohl die beste Auskunft geben können.“⁷⁵

Eine Anfrage geht auch an das Waiblinger Bürgermeisteramt: „War das Bürgermeisteramt mit der Angelegenheit befasst? Sind noch Akten vorhanden? Sind in der dortigen Stadt überhaupt irgendwelche Aktionen gegen Juden vorgenommen worden?“⁷⁶ In seiner Antwort schreibt Nachkriegsbürgermeister Adolf Bauer lediglich: „Ausschreitungen gegen Juden sind hier nicht vorgekommen. Die einzige noch hier wohnhafte Jüdin wurde am 28. November 1941 in ein Sammellager verbracht. [...] Ihre Einrichtungsgegenstände wurden dem Finanzamt zum Verkauf übergeben. Bargeld war nicht mehr vorhanden.“⁷⁷

Beno Kahn, der als amerikanischer Soldat gegen Hitler-Deutschland gekämpft hatte, kam nach dem Krieg nach Waiblingen, um Näheres über den Verbleib seiner

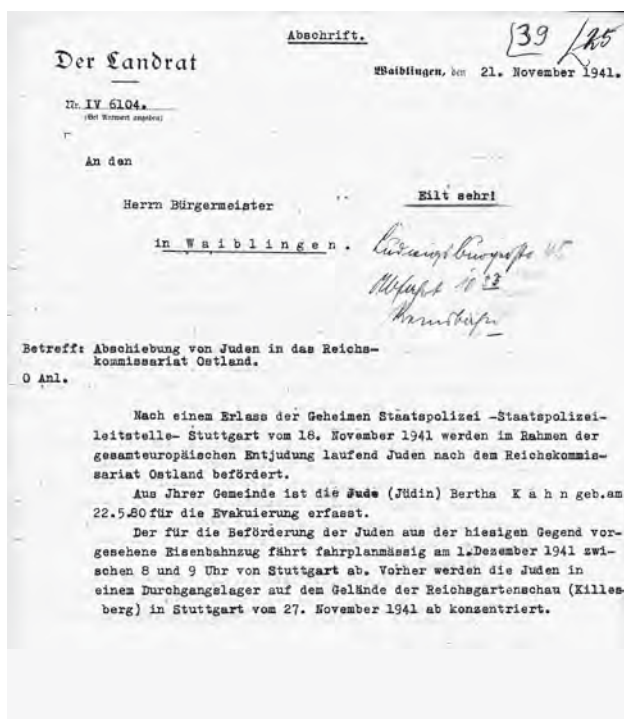


Abb. 20: Aufforderung vom 21.11.1941 zur Abschiebung von Berta Kahn; Quelle: Stadtarchiv Waiblingen (s. A 74).

75 Ebda., 373, 47, Schreiben der Staatsanwaltschaft Stuttgart an die städt. Polizei Waiblingen vom 24.08.1948.

76 Ebda., 373, 42.

77 Ebda., 373, 49, Schreiben des Bürgermeisteramts Waiblingen vom 13.09.1948.



Abb. 21, 22: Sammellager Killesberg, 28.-30. November 1941; li.: Suppenküche, re: Lagerhalle;
Fotos: Stadtarchiv Stuttgart.

Mutter zu erfahren. Doch mehr als den Zielort des Transportes konnte man ihm im Rathaus nicht nennen. Er suchte frühere Bekannte auf, um eventuelle Einzelheiten in Erfahrung zu bringen. Darunter auch ein Familie, mit der sie seit den 1920er Jahren durch nachbarschaftliches Wohnen befreundet waren. Er fuhr auch weiter nach Riga, konnte aber das genaue Schicksal seiner Mutter jedoch nicht in Erfahrung bringen.

Die genauen Todesumstände von Berta Kahn sind bis heute unbekannt. In dem von Beno Kahn betriebenen Entschädigungsverfahren wird gemutmaßt: „Die mit württemberg-badischem Transport vom 1.12.1941 nach Riga Deportierten sind am 4.12.1941 in Riga angekommen und in das Lager Jungfernhof gebracht worden. Nach den Aussagen des seinerzeitigen Lagerarztes Dr. Ludwig Elsass [...] und den Ausführungen Max Kaufmanns in seinem Buch ‚Churbn Lettland‘ (Die Vernichtung der Juden Lettlands), S. 231-234, sind die Deportierten zum weitaus größten Teil bei der sogenannten Großaktion ‚Dünamünder-Konservenfabrik‘ am 27.3.1942 umgekommen. Es ist daher mit Sicherheit anzunehmen, dass die damals 61-jährige Verfolgte den 27.3.1942 nicht überlebt hat.“⁷⁸

Im Jahre 1959 wurde die „Entschädigungssache Berta Kahn“ entschieden. Die Entziehung von Wertsachen wurde mit 177,- DM festgestellt, der zum Zeitpunkt der Deportation noch vorhanden gewesene Hausrat, einschließlich der Gegenstände, die sie in die Deportation mitgenommen hatte, mit 6.000,- DM. Der „Schaden an Freiheit, hier Freiheitsentziehung und Freiheitsbeschränkung“ wurde mit 900,- DM beziffert.⁷⁹

⁷⁸ Staatsarchiv Ludwigsburg, ES 25685, Kahn, Berta, 23, Bescheid in der Entschädigungssache Berta Kahn wegen „Schadens an Freiheit, hier Freiheitsentziehung und Freiheitsbeschränkung“ vom 28.10.1959.

⁷⁹ Vgl. ebda.

FORUM

Dankwart Guratzsch

Dann ist Dämmen bloß dumm

Wie erreicht man die Klimaziele im Gebäudesektor? Bisher werden den Hausbesitzern kurzerhand Auflagen gemacht: Sie müssen dämmen! Doch energetisch rechnet sich das keineswegs in jedem Fall. Denn die Rechnung wird ohne einen wesentlichen Faktor gemacht.¹

Dämmungsprogramme sind ein zentrales Projekt des Bundesbauministeriums zum Klimaschutz. Und: Klimaschutz geht uns alle an. An diesen beiden Kernaussagen zur energetischen Nachrüstung im Bauwesen ist nicht zu rütteln. Aber auf das *Wie* kommt es an. Und da gehen die Meinungen auseinander. Denn Dämmung birgt Risiken. Dämmung ist teuer. Und Dämmung verändert die Kosten-Nutzen-Bilanz jedes Bauwerks.

Da nimmt es schon wunder, dass die wissenschaftlichen Grundlagen dünn sind. Der „Leitfaden Dämmung“ der Gemeinnützigen Beratungsgesellschaft co2online informiert: „Ein Altbau verliert bis zu 35 Prozent der erzeugten Wärme über nicht gedämmte Außenwände, bis zu 20 Prozent über ein ungedämmtes Dach. Diese Wärmeverluste lassen sich nicht ganz vermeiden – aber deutlich senken. Die Einsparungen fallen meist umso



Fachwerk in Backnang; Foto: H. Schultheiß.

höher aus, je älter ein Haus ist.“² Das ist der Tenor fast aller Veröffentlichungen zur energetischen Nachrüstung im Städtebau. Aber trifft es zu?

Da sind, wie immer deutlicher wird, grundsätzliche Zweifel angebracht. Denn die Rechnung wird ohne einen wesentlichen Faktor, die Graue Energie, gemacht. Sie steckt in jedem Bestandsbau und ist für den Klima-

1 Dieser Text erschien erstmals am 14.10.2024 online in der WELT; <https://www.welt.de/kultur/plus253906440/Energetische-Sanierung-Dann-ist-Daemmen-bloss-dumm.html?icid=search-product.onsitesearch> [16.10.2024].

2 Leitfaden Dämmung vgl. <https://www.co2online.de/modernisieren-und-bauen/daemmung/leitfaden-daemmung/> [15.10.2024].

schutz von maßgeblicher Bedeutung. Warum? Weil vorhandene Gebäude nicht einfach alt, reparaturbedürftig und womöglich unwirtschaftlich sind. Sie sind für den Klimaschutz das, was für den Sparer das Sparbuch, das Bankschließfach, das Aktiendepot sind. In jedem Haus steckt Energie, konkret dasjenige Quantum an Energie, das aufgewandt werden musste, um es zu errichten.

Dazu gehört die Vorbereitung der Baustelle. Dazu gehören die Baustoffe von ihrer Gewinnung über ihre Verarbeitung bis hin zu ihrem Transport zur Baustelle. Dazu gehören die Handwerker-, Architekten- und Ingenieurleistungen einschließlich des Transports der Arbeitskräfte an die Baustelle. Dazu gehört der energetische Aufwand bei der Ausführung des Baus einschließlich der eingesetzten Kräne, Gerüste und Baumaschinen. All diese Leistungen summieren sich zu einem Betrag, der sich umso höher verzinst, je länger das Gebäude steht und genutzt wird.

Doch diese Summe, die von Haus zu Haus unterschiedlich hoch ist, taucht in den offiziellen Berechnungen der energetischen Effizienz von Gebäuden nicht auf. Der Dortmunder Architekturprofessor Günther Moewes beklagt: „Es wird meist nur die unmittelbare Herstellungenergie für das jeweilige Produkt zugrunde gelegt. Nicht jedoch die Herstellungenergie der Rohstoffgewinnung, der Produktionsgebäude, der genutzten Maschinen, Computer und Inventar bis hin zu den notwendigen Fahrten zu allen Arbeitsstätten und dem entsprechenden Anteil von Herstellungs- und Betriebsenergie der dazu notwendigen Fahrzeuge.“ Mit anderen Worten: Das ganze Rechnungsgebäude der Energieeffizienz des Bautenbestandes steht auf tönernen Füßen.

Würfelhusten, Zeilenbauweise, Punkthochhaus

Der Augenblick, an dem alle diese Einzelposten zu Buche schlagen, ist der Abriss des Ge-

bäudes, um für einen Nachfolgebau Platz zu machen. Kostet schon der Abriss als solcher Energie, so wandert mit dem Altbau zugleich der gesamte in ihm gespeicherte Riesenkumpen von grauer Energie auf den Müll – eine Vergeudung von Ressourcen, von der wir erst allmählich begreifen, dass ihr neben Milliardenwerten auch unschätzbare energetische Potenziale geopfert worden sind. Sie war durchaus gewollt. „Architektur ist keine angewandte Archäologie“, hatte Bauhauschef Walter Gropius getönt, denn das neue Bauen, die neue Sachlichkeit wollte und sollte ihre Leistungsfähigkeit zeigen. Dafür mussten die Altbauten weg.

Ein solcher Umgang mit dem Bautenbestand war in tausenden Jahren Baugeschichte völlig unüblich gewesen. Homo sapiens war sich des Wertes jedes bearbeiteten Balkens und handgeschöpften Ziegels voll und bewusst. Häuser wurden deshalb nicht abgerissen und neu gebaut, sondern achtsam umgebaut und weiterentwickelt. Das ist der Sinn, der in dem alten deutschen Wort „haushälterisch“ steckt. Man muss das Haus halten, um die Werte zu hüten, die es birgt.

Die Lehre gilt bis heute. Was nützen die schönsten Architektenzeichnungen, Architekturwettbewerbe, Wohnungsbau- und Stadtumbaukonzepte, wenn man die energetischen Grundkosten ignoriert? Moewes zu WELT: „Die Hauptfunktion der Dämmung besteht im Grunde darin, einen Teil der vermeidbaren Energieverluste zu kompensieren, die ein unsinniger Städtebau anrichtet: Die Blockrandbebauung der Gründerzeit und der Zwanzigerjahre des zwanzigsten Jahrhunderts erzeugt infolge ihres besseren A/V-Verhältnisses nur 37 Prozent der Wärmeverluste einer Siedlung aus freistehenden Einfamilienhäusern.“ Damit ist das Entscheidende über den Nonsens neuer Städtebaukonzepte vom „Würfelhusten“ über die Zeilenbauweise bis zum Punkthochhaus gesagt.

Enorme Einsparungseffekte

Bevor man überhaupt über Dämmungsprogramme und Energieeinsparung im Bauwesen spricht, müsste energetischer Kassensturz in der Baubranche gemacht werden. Dazu gehört die Analyse der Bautypen und ihrer Haltbarkeitsdauer. Niemand hat untersucht, wie viel graue Energie tatsächlich in einem Fachwerkbau, einem Holzhaus, einem Ziegelbau oder einem Betonkasten steckt, erst recht nicht, wie lange und wie oft er sich sanieren lässt. Wenn die Baubranche als größter Energieverbraucher überhaupt in der Energiewende weit abgehängt hinter allen anderen Branchen hinterherhinkt, so hat das etwas mit Forschungstau zu tun. Das Riesenaufgebot von Fachinstituten schafft es nicht, den tatsächlichen Energieverbrauch einzelner Gebäude- und Städtebautypen zu ermitteln und die daraus resultierenden Nachrüstungsbedarfe hieb- und stichfest zu dokumentieren.

Warum greift das Ministerium nicht nach der ausgestreckten Hand der Verbände, Unternehmen und Institutionen des Bauwesens, die ein Abrissmoratorium fordern? Abrissmoratorium heißt, dass vor Inangriffnahme eines jeden Bauprojekts geprüft werden muss, ob sich der Verwendungszweck des geplanten Neubaus nicht durch die Sanierung, Umbau und Weiterentwicklung von Bestandsgebäuden ebenso gut (und ressourcenschonender) erreichen lassen würde – und zwar unabhängig davon, ob sie „schön“, unpraktisch oder heruntergekommen sind. Nur so könnte vermieden werden, dass der ungeheure energetische Aufwand für die Errichtung eines Hauses doppelt aufgebracht werden muss: nämlich so wie einst schon für den Altbau nun ein zweites Mal für den Neubau, wobei zwischen einst und jetzt bei Gebäuden der viel gepriesenen Moderne oft nur zwanzig Jahre liegen.

Auf die ganze Bundesrepublik hochgerechnet, würde das Energieeinsparungseffekte erbringen, die der Energieeinsparung bei der

Dämmung von Hunderttausenden Gebäuden entsprechen würden und diese am Ende sogar überflüssig machen könnten. Gleichzeitig würde ein solcher „haushälterischer“ Umgang mit dem Bautenbestand die unvergleichliche Chance eröffnen, Bausünden der Vergangenheit gutzumachen. Denn in jeglichem Umbau, jedem Weiterbau und jeder Aufstockung steckt das Potenzial, ein hässliches Bauwerk zu verschönern, ein schlecht funktionierendes zu optimieren, ein reparaturbedürftiges auf Vordermann zu bringen, ein energetisch verpfushtes intelligent nachzurüsten.

Und wie lange hält das alles?

Dabei kommt unweigerlich noch einmal die Dämmung ins Spiel. Der unermüdliche Streiter für eine neue Bauphilosophie, Günther Moewes, nimmt auch hier kein Blatt vor den Mund. Die Risiken des Dämmmaterials hält er für längst nicht hinreichend erforscht. Feuer, Tiere, Entsorgung – wo soll man anfangen? Moewes verweist auf den Brand des Grenfell Towers in London mit 72 Toten. Nach Angaben der Feuerwehr habe die Dämmung „wie Benzin“ gewirkt. Von den 80 Brockhause-Schulen in Deutschland seien drei vor Fertigstellung abgebrannt. Ursache auch hier die angeblich „nicht entflammbare“ Steinwolle-Dämmung. Oder das Beispiel des Gästehauses einer DDR-Uni: „Ratten auf dem Balkon im 8. Geschoss. Mäuse im 6. Geschoss. Die waren nicht die Treppen hinaufgekommen, sondern durch die Fassaden-Dämmung.“

Und wie lange hält das alles, und wie muss es entsorgt werden? Es gibt laut Moewes „keine Erkenntnisse über die unterschiedliche Dauerhaftigkeit verschiedener Materialien. Es gibt sinnigerweise nur eine DIN über die Dauerhaftigkeit von Holz.“

Natürlich ist es bequemer, dem Hausbesitzer Auflagen zu machen, als über deren Sinn öffentlich Rechenschaft abzulegen. Aber die schlichte Wahrheit lautet: Kein Be-

standsgebäude gewinnt an Stabilität, Lebensdauer und finanzieller Tragfähigkeit durch Dämmung. Für viele Eigentümer ist das eine Horrorsrechnung, die sich nur mit Mieterhöhungen ausgleichen lässt und die damit auf die Gesellschaft und den Wohnungsmarkt durchschlägt.

Zusätzlich stellt sie den Wohnungsbesitzer – sei er Mieter, sei er Eigentümer – gleichsam unter Kuratel. Denn Dämmung kann nur sinnvoll sein bei Einhaltung bestimmter Verhaltensregeln. Schon heute sind Thermometer im Handel, die dem Eigentümer sagen, ob er sich in seiner Wohnung wohlfühlen hat (offenbar traut man ihm nicht mehr zu, das unter den Bedingungen einer verschärften Klimavorsorge noch selbst am besten zu wissen) und ob er die Fenster öffnen darf oder nicht. Die Transformation in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.

Dem bayerischen Kultusminister Markus Blume platzt bei soviel Gängelung in der Klimapolitik der Kragen. Er macht es an der Studie des Umweltbundesamtes „Klimaschutz bei denkmalgeschützten Gebäuden“ vom März 2024 fest. Die Studie biete, so Blume in einem Brandbrief an die Bundesbauministerin, ein „völlig unzureichendes Bild“ der „möglichen Energieeinsparungspotenziale in der Denkmallandschaft“. Sie müsse umgehend eingestampft werden.

So machten denkmalgeschützte Wohngebäude laut Blume in Bayern gerade einmal „ca. 0,004 Prozent des gesamten Gebäudeendenergieverbrauchs aus“, in Deutschland insgesamt 0,006 Prozent des Wohngebäudeendenergieverbrauchs“. Von hier erzielbaren Energieeinsparungseffekten könne also keine Rede sein. Die Einsparungen seien „vernachlässigbar gering“ und stünden „in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der mit den vorgeschlagenen Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Denkmälern verbunden wäre.

Dabei macht der Minister die energetische Bilanz noch nicht einmal auf. Denn für die bei Denkmalgebäuden oft besonders diffizile Dämmung muss ja nochmals Energie aufgewandt werden, müssen Materialien gewonnen, verarbeitet, transportiert und eingebaut werden, von all den Risiken und der Entsorgungsproblematik ganz zu schweigen. Soviel freilich haben die „Transformierer“ bereits erreicht: Statt Euphorie und Tatendrang am Bau herrscht Konfusion. Man nennt es – Bauwende!³

3 Vgl. D. Guratzsch, Klimagerechte Neubauten. Bauwende – Der 99-Millionen-Tonnen-Irrweg; <https://www.welt.de/kultur/plus248410288/Bauwende-Der-99-Millionen-Tonnen-Irrweg.html> [15.10.2024].

Judith Breuer

Wie „tote Leiche“:

Der Hinweis „Historische Altstadt“ auf touristischen Schildern

Um die 3.500 Hinweistafeln informieren an den Autobahnen in Deutschland mit einer Grafik und einem Schriftzug in Braun-Weiß über Kulturstätten und Landschaften entlang der Strecken. Die ersten dieser offiziell genannten touristischen Unterrichtungstafeln wurden 1984 an der A8 und A81 im Regierungsbezirk Stuttgart aufgestellt und werben seitdem mit der jeweils charakteristischen Silhouette für die „Burg Teck“ und die „Löwensteiner Berge“. Weitere touristische Hinweisschilder folgten, darunter zahlreiche für Altstädte. Mehr als 30 Tafeln weisen heute auf eine „Historische Altstadt“ hin, wie die von Leer an der A31, die von Höchst an der A66 oder die von Neuötting an der A94. Die Mehrzahl der Tafeln mit dieser Formulierung steht in Baden-Württemberg und Bayern.

Bei jeder Vorbeifahrt an einer solchen Tafel stößt sich die Autorin an der pleonastischen Formulierung; und sie dürfte damit nicht allein sein. Dass Altstädte historisch, also alt und im Unterschied zu altem Brot von Geschichte geprägt sind, dürfte selbstverständlich sein, auch dass man in Altstädten eine Bebauung mindestens aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vorfindet, dazu eine meist sogar bis auf das Mittelalter zurückgehende oft kleinteilige Anlage mit schmalen Straßen. All dies ist in der Silbe „Alt“ enthalten; es braucht nicht noch das sinnverwandte Adjektiv „historisch“. Dieses ist nicht mehr als eine überflüssige Informationsdoppelung.

Für die touristischen Tafeln gelten bundeseinheitliche Richtlinien. Bislang war eine Größe von 2x3m vorgegeben; seit 2008 for-

dern die Richtlinien zur besseren Lesbarkeit Tafeln von 2,40x3,60m mit entsprechend größerer Schrift und Grafik.¹ Die Genehmigung dafür obliegt der zuständigen Straßenverkehrsbehörde. Den Text entwerfen in der Regel die für ihre Altstadt werbenden Kommunen. Die Schilder zeigen Wirkung, wie eine Umfrage durch Mitarbeiter der Hochschule Harz in Wernigerode im Jahr 2019 erbrachte. Um die 80% der Autofahrenden gaben an, mindestens einmal im Jahr spontan einem solchen Schild zu einer Sehenswürdigkeit gefolgt zu sein, die in der Regel nicht weiter als 10 km von der Anschlussstelle entfernt ist.²

Noch mehr Auto-Reisende dürfte ein genauer beschreibendes Adjektiv oder eine erläuternde Beifügung zum Besuch der beworbenen Stadt ermuntern. Geeignet, weil die Altstadt in ihrer gewachsenen Struktur charakterisierend, sind Eigenschaftsworte, wie

1 Richtlinien für touristische Beschilderung, 2008 bekannt gegeben. Bestehende Tafeln sind erst bei einem altersbedingten Austausch durch größere zu ersetzen (Mailauskunft vom 05.04.2024 des Bundesministeriums für Digitales u. Verkehr – Bürgerservice, Berlin, an die Autorin).

2 Liste der Listen der Unterrichtungstafeln in Deutschland, Wikipedia-Artikel, Stand 24.02.2024; Touristische Unterrichtungstafel, Wikipedia-Artikel, Stand 24.02.2024; S. Gross (Hrsg.), Touristische Beschilderung an deutschen Autobahnen. Wahrnehmung, Effekte, Entscheidungsverhalten, München/Tübingen 2020, S. 19, 20, 41, 88, 89, 105; J. Panter, Schilder an der Autobahn. Info braun-weiß. Spiegel-online: <https://www.spiegel.de/auto/aktuell/schilder-an-der-autobahn> [11.08.2006].



Tafel mit Hinweis zur Historischen Altstadt Waldenbuch, 2010 aufgestellt, derzeit wegen des Ausbaus der Autobahn 81 entfernt; Quelle: *Autobahn GmbH Niederlassung Südwest*.

„umwehrt“, „ummauert“ und „malerisch“ oder solche, die das heutige Bild umschreiben, wie „durchgrünt“, „verkehrsberuhigt“ und „lebendig“. Informativ ist auch eine Apposition, die die landschaftliche Einbettung beschreibt, wie „am Fluss“ oder – wie etwa bei Rosenfeld – „in Spornlage“. Auch bietet sich die ergänzende Nennung einer besonderen Sehenswürdigkeit an, wie „mit Stadtmauer“ als Alternative zu „ummauert“ und „umwehrt“ oder auch, was z. B. für Möckmühl und Waldenbuch zutrifft, „Altstadt mit Schloss“.

Eine prägnante Charakterisierung der beworbenen Altstadt anstelle eines unfreiwillig komischen bis ärgerlichen Pleonasmus dürfte die Lektüre der Hinweistafeln sicherlich angenehmer machen und damit mehr Interesse wecken. Dies könnte sich auch in einer noch

größeren Zahl von Besuchern niederschlagen. Wenn diese Möglichkeit kein Grund für eine Abkehr von der bisherigen Formulierung und zu mehr Einfallsreichtum bei der Aufstellung neuer Schilder ist?!

AUTORINNEN/AUTOREN

Dr. Judith Breuer

Promotion im Fach Kunstgeschichte; arbeitete seit 1980 am Landesdenkmalamt (heute Landesamt für Denkmalpflege) in Stuttgart; anfangs mit der Inventarisierung der Kulturdenkmale in Stuttgart betraut, war sie bis zu ihrem Ruhestand in wechselnden Kreisen als Gebietskonservatorin tätig.

Dankwart Guratzsch

Studium der Geschichte und Germanistik in Marburg, München und Hamburg; 1970 Promotion an der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg mit einer Arbeit über das Presseimperium Alfred Hugenbergs; seit Mitte der 1970er Jahre Feuilletonredakteur bei der Tageszeitung Die Welt mit Schwerpunkten Architektur, Städtebau und Stadtentwicklung; mehrere Auszeichnungen für Veröffentlichungen im Sinne des Denkmalschutzes

Dr. Thomas Götz

Studium in München und Siena; Promotion über Bürgertum und Liberalismus in Tirol im 19. Jahrhundert; seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Europäische Geschichte in Regensburg; aktuelle Forschungsschwerpunkte insbesondere neuzeitliche Stadt- und Umweltgeschichte; Herausgeber der „kleinen bayerischen biografien“ und der „kleinen münchner geschichten“; letzte Buchveröffentlichung: Die bayerische Stadt – vom 19. ins 21. Jahrhundert.

Prof. Dr. Rolf Monheim

Hatte eine Professur für Angewandte Stadtgeographie und Stadtplanung an der Universität Bayreuth inne. Nach Studium der Geographie, Geschichte und Soziologie in Bonn, München und Aachen, Promotion und Habilitation an der Universität Bonn. Seit 2007 freiberufliche Tätigkeit in Forschung, Beratung und als Referent. Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich Stadtentwicklung und Verkehr, Einzelhandel sowie Freizeit und Tourismus. Seine Forschungen befassen sich insbesondere mit der Erreichbarkeit, Nutzung und Bewertung von Innenstädten aus Sicht ihrer Besucher.

Hans Schultheiß

Studium der Germanistik, Geschichte und Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg; 1986-1990 wiss. Angestellter am Lehrstuhl für Landesgeschichte der Universität Stuttgart, 1991-1993 bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; 1994-2021 Stadthistoriker und Museumsleiter in Waiblingen; 1987-2024 Chefredakteur der Zeitschrift Die alte Stadt / Forum Stadt. Als Theaterautor historischer Stoffe zweimal Arbeitsstipendien des baden-württembergischen Kunstministeriums für Uraufführungen.

Alexander Valerius M.A.

studierte Technik- und Wissenschaftsgeschichte an der TU Berlin, dort 2019 Masterarbeit zum Lehrstuhl Gottfried Feders; derzeit Promotion zum sozialwissenschaftlichen Werk Felix Weils am Lehrstuhl für die transnationale Geschichte des Judentums, Humboldt Universität zu Berlin.

Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



51. Jahrgang
2024

Inhaltsverzeichnis
51. Jahrgang 2024

Herausgegeben von Forum Stadt -
Netzwerk historischer Städte e.V.

in Verbindung mit Harald Bodenschatz,
Tilman Harlander, Johann Jessen,
Matthias Klopfer, Hans-Rudolf Meier,
Elisabeth Merk und Jürgen Reulecke

Forum Stadt
Verlag

ISSN 2192-8924



Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.«
in Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,
Matthias Klopfer, Hans-Rudolf Meier, Elisabeth Merk und Jürgen Reulecke

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Simone Cutui (Lektorat)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern,
Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt

Postfach 100355

73728 Esslingen

Email: hans.schultheiss@email.de

Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 100 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 102,- Einzelheft EUR 26,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH

Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen

Fax +49 (0) 8581 - 9605-754

E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)

Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart

E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbe-
dingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2024 Forum Stadt e.V., Esslingen

Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Vier-
teljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadt-
soziologie, Denkmalpflege und Stadtentwick-
lung« unter dem Obertitel »Die alte Stadt«.

Jahrgangsverzeichnis 2024

Schwerpunkthefte

Geschichtlich bedingte Gegenwartsarbeit... Jubiläumsausgabe zum 50jährigen Bestehen der Zeitschrift Die alte Stadt / Forum Stadt

Heft 1/2024, hrsg. von *Hans Schultheiß* 5 ff.

Zirkuläre Stadt gegen die Klimakrise

Heft 3/2024, hrsg. von *Hans-Rudolf Meier* 211 ff.

Abhandlungen

Altrock, Uwe

Großsiedlungen in der Zeitschrift Die alte Stadt / Forum Stadt 33

Angermann, Kirsten

Zirkularität und Denkmalpflege 290

Bleek, Jennifer

Architektur und Platz. IBA-Initiative zur Neuorientierung bei der
Gestaltung öffentlicher Räume in den 1980er Jahren am Beispiel
des Prager Platzes 145

Bodenschatz, Harald

Die autogerechte Stadt: rascher Siegeszug und langer Abschied 49

Devlieger, Lionel/ Vande Capelle, Arne

Ein Beitrag zur Praxis des zirkulären Bauens in der Stadt 255

Götz, Thomas

Aus dem Agrikultursystem ins Anthropozän: Stadt, „Kulturlandschaft“
und Energieregime auf dem Weg in die Gegenwart 307

Harlander, Tilman

Die Beiträge zum Nationalsozialismus in der Zeitschrift
Die alte Stadt / Forum Stadt 67

Hasse, Jürgen

Urbanität – vom Kopf auf die Füße gestellt.
Eine neovitalistische Perspektive auf das Leben der Stadt 131

<i>Meier, Hans-Rudolf</i>	
Die Beiträge zur Denkmalpflege in der Zeitschrift Die alte Stadt / Forum Stadt – Themen und Debatten	19
<i>Meier, Hans-Rudolf</i>	
Zirkuläre Stadt gegen die Klimakrise	211
<i>Monheim, Rolf</i>	
Potenziale öffentlicher Räume im UNESCO-Welterbe „Altstadt von Bamberg“ für die Stärkung der Innenstadtidentität	325
<i>Philipp, Klaus Jan</i>	
Das Historische als Kontinuum	9
<i>Rettich, Stefan / Tastel, Sabine</i>	
Die zirkuläre Stadt. Bedeutung und Ressource obsoleter Systeme für die Bauwende	217
<i>Rudolph-Cleff, Annette / Labidi, Nourdin</i>	
Regionale Chancen in der Wiederverwendung und -verwertung von Baustoffen. Ein Beitrag mit Resultaten aus dem BMBF-Projekt „WieBauin – Wiederverwendung von Baumaterialien innovativ“ in der BMBF-Fördermaßnahme „Stadt – Land – plus“	237
<i>Schubert, Dirk</i>	
„Die neue Gesellschaft bauen“. Wohnungsbaupolitik in London und Hamburg: divergente und konvergente Trends	163
<i>Schultheiß, Hans</i>	
Rassische Verfolgung deutscher Juden in Waiblingen	359
<i>Senge, Nico / Töller, Annette Elisabeth / Weigel, Alix</i>	
Abfallvermeidung als Königsdisziplin der kommunalen Kreislaufwirtschaft. Eine Studie zu 22 kreisfreien Städten in NRW	273
<i>Thomas, Carina</i>	
Flächensanierung und soziale Stadterneuerung. Die „Aktion Maxvorstadt“ im Ringen um den Erhalt ihres Stadtviertels	89
<i>Valerius, Alexander</i>	
Harmonie der Planer? Gottfried Feder, Alfred Striemer, Fritz Rechenberg und ihr städtebauliches Gemeinschaftsideal während des Nationalsozialismus	341
<i>Zehner, Klaus</i>	
Stadt mit zwei Gesichtern: Aufstieg, Fall und Regeneration von Liverpool (UK)	189

Forum

Schultheiß, Hans
Wegmarken einer städtischen Arbeitsgemeinschaft 109

Breuer, Judith
Hinweis „Historische Altstadt“ auf touristischen Schildern 391

Guratzsch, Dankwart
Dann ist Dämmen bloß dumm 387

Autorinnen/Autoren 126, 207, 303, 393

